

P o l e n (Seiten 223 bis 235)

01) Dr. Łukasz Kamiński, Vorsitzender der Polnischen Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen, zu schriftlichen Drohungen

27. 10. 2021



Dr. Łukasz Kamiński · Foto: Polona Avanzo

„Es gibt einen schmalen Grat zwischen gewalttätigen Worten oder Drohungen und echter Gewalt“

Die Nachricht von Morddrohungen und Kugeln, die per Post an den slowenischen Premierminister Janez Janša, Verteidigungsminister Matej Tonin, Innenminister Aleš Hojs, den SNS-Vorsitzenden Zmagelj Plemeniti und die beiden Fraktionen in der Nationalversammlung, DeSUS und SNS, geschickt wurden, hallt im Ausland wider. Dr. Łukasz Kamiński, Vorsitzender der Polnischen Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen, äußerte sich gegenüber Demokracija ebenfalls zu diesen Bedrohungen.

Kamiński war Ende August in Slowenien zu Gast bei einer internationalen Konferenz anlässlich des Europäischen Tages des Gedenkens an die Opfer aller Totalitarismen, die in Ljubljana stattgefunden hat. Er bezeichnete die Drohungen als besorgniserregende Nachrichten und betonte, dass, sobald Gewalt an die Stelle von Debatten und Argumenten tritt, dies den Anfang vom Ende der demokratischen Ordnung bedeuten könnte.

„Es gibt einen schmalen Grat zwischen gewalttätigen Worten oder Drohungen und echter Gewalt. Ich hoffe, dass solche Taten von allen Vertretern aller politischen Kräfte verurteilt

werden. Wir wissen aus der Geschichte, dass der Moment, in dem Gewalt an die Stelle von Debatte und Argumentation tritt, ein gefährlicher Moment ist, da er den Anfang vom Ende der demokratischen Ordnung markieren kann“, so Dr. Kamiński.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Demokracija-Chefredakteur Jože Biščak zur Verabschiedung der Resolution gegen Polen

22. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Archiv Demokracije; Bearbeitung: Matic Štojs Lomovšek

„Was im Europäischen Parlament passiert ist, ist eine Schande und ein ungeheurer Versuch, einen souveränen Staat zu unterjochen!“

„Es ist ganz klar, was die progressive Elite in Brüssel und die Marionetten von Soros stört. Die derzeitige Regierung Polens hat eine konservative Weltanschauung. Deshalb ist die heutige Verabschiedung der Entschließung eine Schande für die Europäische Union“, kommentierte Jože Biščak, Chefredakteur der Wochenzeitung Democracy, gegenüber einer der meistgelesenen polnischen Tageszeitungen, *Polityka*, die gestrige Entschließung des Europäischen Parlaments.

Das Europäische Parlament hat gestern in Straßburg mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, in der es heißt, dass Polens „illegitimes Verfassungsgericht die Verfassung nicht auslegen kann“, da es lediglich „ein Instrument zur Legalisierung illegaler Handlungen der polnischen Behörden“ sei. Die Abgeordneten argumentierten, dass die EU die polnischen Bürger schützen müsse.

Jože Biščak, Chefredakteur des slowenischen Wochenmagazins *Demokracija*, kommentierte für *Polityka* die Annahme der Resolution. „Was heute im Europäischen Parlament geschehen ist, ist eine Schande für die Europäische Union. Die Tatsache, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine völlig linke EntschlieÙung angenommen haben, die dem polnischen Verfassungsgericht die Legitimität abspricht, seine eigene Verfassung auszulegen, ist beispiellos und ohne Beispiel in der Geschichte der Europäischen Union. Lassen Sie es mich klar und deutlich sagen: Polen ist ein souveräner Staat und ein Mitglied der EU. Der oberste Akt eines souveränen Staates ist die Verfassung, und die einzigen, die das Recht haben, diese Verfassung auszulegen, sind die polnischen Verfassungsrichter. Es ist ganz klar, was die progressive Elite in Brüssel und die Soros-Marionetten stört. Die derzeitige polnische Regierung hat ein konservatives Weltbild und Polen entwickelt sich schnell“, so Biszcak.

Er erinnerte die Abgeordneten daran, dass der mutige polnische Feldherr Johann III. Sobieski von Polen vor etwas mehr als drei Jahrhunderten einen bedeutenden Beitrag zur Zukunft Polens und Europas geleistet habe. Ohne Sobieski und seine Armee, die den Vormarsch des Islams vor Wien gestoppt hat, gäbe es heute keine Europäische Union, könnten sich keine linken Abteilungen auf dem Brüsseler Boden breitmachen und auf Kosten der ehrlichen Menschen leben. Er hält den Versuch, Warschau den rein politischen Zielen Brüssels unterzuordnen, für inakzeptabel. „Alle Abgeordneten, die für die EntschlieÙung gestimmt haben, haben gezeigt, wie töricht und einfach es ist, das Europäische Parlament zu benutzen, um zu versuchen, dem Progressivismus zu huldigen. Die Resolution ist daher unrechtmäßig, und der EU-Gerichtshof kann sich in keiner Weise über die Verfassung und das Verfassungsgericht eines bestimmten Landes hinwegsetzen“, argumentiert der Chefredakteur von *Demokracija*. Die Länder sind der Europäischen Union nicht beigetreten, um sich von einer Elite sagen zu lassen, was richtig und falsch ist, um für die Nationalstaaten zu entscheiden, sondern um durch den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr Wohlstand für alle zu sichern.

An die Adresse der Polen richtete Jože Biščak seinen Aufruf: „Ich rufe die Polen auf, stark und stolz zu bleiben, wie sie es in ihrer Geschichte immer waren. Liebe polnische Männer und Frauen, die tapferen Männer und Frauen mit Mut, die die Bastion von Werten wie Glaube, Kultur, Familie und Tradition sind, lasst euch nicht von den Drohungen und dem Geschrei der Linken einschüchtern. Die Brüsseler Bestie mag schwarze Wolken aufziehen lassen und sie über Ihr Land schicken, aber lassen Sie sich nicht einschüchtern und stehen Sie für Ihre Ideale ein, die Ihnen heilig sind und für die es sich zu kämpfen lohnt“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen: Vor einem Jahr hat das Verfassungsgericht die eugenische Prämisse aufgehoben – Zeit für den nächsten Schritt

Von Roman Motoła

22. 10. 2021



Bildquelle: PCh24

Vor einem Jahr verkündete das polnische Verfassungsgericht nach monatelangen Beratungen ein Urteil, das das Leben vieler gezeugter Kinder rettete. Die Richter, die es unterzeichnet haben, haben ein glorreiches Kapitel im Kampf für einen wahrhaft humanen, zivilisierten Staat hinterlassen. Damit schafften sie die so genannte eugenische Prämisse ab, nach der es nach altem polnischem Recht möglich war, dem ungeborenen Kind das Leben zu nehmen, wenn nur der Verdacht auf eine Krankheit oder Behinderung bestand. Ist dies das Ende des Kampfes um das Leben?

Die Geschichte der parlamentarischen Entschließungsanträge zu diesem Thema war recht komplex. Der erste Antrag wurde bereits im Herbst 2017 eingereicht. Da sich der Gerichtshof nicht vor Ende der letzten Legislaturperiode des Sejm und des Senats mit der Angelegenheit befasst hat, mussten die Parlamentarier ihre Untersuchung wieder aufnehmen. Dies geschah durch 119 Abgeordnete am Vorabend von Heiligabend 2019. Die Petenten beriefen sich auf mehrere Artikel des Grundgesetzes, darunter Artikel 30 (angeborene und unveräußerliche Menschenwürde), Artikel 32 (Gleichbehandlung durch die öffentliche Gewalt) und Artikel 38 (Garantien für den rechtlichen Schutz des Lebens eines jeden Menschen).

Es dauerte daher fast ein Jahr, bis der Fall verhandelt wurde. Während dieser Zeit erinnerten die Befürworter des Lebensschutzes den Obersten Gerichtshof ständig an den moralischen, vorrangigen Aspekt des Falles. Zu dieser Zeit gab es im parlamentarischen Gefrierschrank ein bürgerliches Projekt „Stoppt die Abtreibung“ der Stiftung Leben und Familie, das auch eugenische Prämissen betraf. Die Regierung hat sie jedoch völlig außer Acht gelassen und die Landsleute nicht zum ersten Mal wissen lassen, was sie von ihren Volksinitiativen halten.

Auf der anderen Seite übten die Abtreibungsbefürworter, die zwar nur wenige sind, aber über einen starken finanziellen und medialen Hintergrund verfügen, weiterhin Druck aus. Es gelang ihnen, große Gruppen von „Verteidigern der Frauenrechte“ auf die Straße zu bringen, die sich nicht immer darüber im Klaren waren, worum es bei dem lautstarken, äußerst emotionalen Protest eigentlich ging. Abtreibungsfanatismus mischte sich wie üblich mit aggressivem Antiklerikalismus. Beide Phänomene haben, angestachelt durch die großen Medien, eine wahrhaft explosive Atmosphäre geschaffen, in der alle rationalen Argumente einfach niedergeschrien wurden.

Nicht das Ende der Straße, sondern eine Etappe.

Das Urteil der Proteste hat nicht zum Schweigen gebracht, ganz im Gegenteil. Die Abtreibungsgegner, die nach dem 22. Oktober 2020 erneut auf die Straße gingen, wurden nicht einmal von der „tödlichen Epidemie“ erschreckt. Schließlich beruhigten sich die Demonstrationen und die Organisatoren konzentrierten sich darauf, ein Netz von „Diensten“ für Mütter zu organisieren, die über ihren eigenen Nachwuchs verunsichert sind. Viele rechte Politiker erklärten das Thema *Pro-Life* für abgeschlossen.

Kaum jemand diskutiert ernsthaft über das Recht auf Leben von Kindern, die infolge von Straftaten gezeugt wurden. Auch die Argumentation der Autoren des Projekts „Stoppt die Abtreibung“ (vollständiger Schutz des ungeborenen Lebens durch Streichung aller abtreibungsfreundlichen Ausnahmen) aus dem Jahr 2016 stieß auf breites Unverständnis. Auch die Begründung mit der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Mutter sei überflüssig, da sie ohnehin zuerst gerettet wird, wenn die Entscheidung notwendig ist, es sei denn, sie selbst äußert einen anderen Willen.

Nach Angaben der *Dziennik Gazeta Prawna* wird diese Ausnahmeregelung heute jedoch derart missbraucht, dass im vergangenen Jahr in Polen bis zu 300 Frauen unter dem Vorwand einer möglichen Schädigung der psychischen Gesundheit ihre Kinder legal getötet haben. Noch auffälliger sind Organisationen, die die so genannte Abtreibung als einzig mögliche Lösung bei schwierigen oder unerwarteten Schwangerschaften anpreisen. Sie organisieren Auslandsreisen in Länder, in denen die Ungeborenen ungehindert getötet werden, sie versorgen Mütter mit Abtreibungspillen, sie unterhalten Kontakte zu Pseudo-Heilern, die den Abtreibungs-Untergrund mitbegründen. Es fällt ihnen schwer, sich in ihren blutigen Prozessen auch nur im Entferntesten gestört zu fühlen, wenn die wichtigste Person des Landes solche Worte äußert: – *Es ist unsinnig zu sagen, dass Abtreibung verboten ist. Sie ist weiterhin zulässig, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis eines Verbrechens ist und das Leben oder die Gesundheit der Frau bedroht. Es geht nur um Down- und Turner-Syndrom, bei denen die Möglichkeit der Abtreibung abgeschafft wurde. Aber ich weiß auch, dass es Anzeigen in der Presse gibt, die jeder halbwegs intelligente Mensch versteht und eine solche Abtreibung im Ausland, ob billiger oder teurer, organisieren kann. (...) Unter den Möglichkeiten, einen Schwangerschaftsabbruch zuzulassen, gibt es ein Hindernis in Form der psychischen Gesundheit. Für manche Menschen mag es inakzeptabel sein, aber es kann verwendet werden* (aus dem Interview von Jaroslaw Kaczynski für „Wprost“, 23. Mai 2021).

Opfer von „kriminellen Handlungen“ haben auch das Recht zu leben.

Die Richter, die – ja, mit einer Verzögerung, die viele Menschenleben gekostet hat – das Urteil vom 22. Oktober 2020 unterschrieben haben, haben ein ruhmreiches Kapitel im Kampf für einen wirklich humanen, zivilisierten Staat geschrieben. Die Zahl der dadurch geretteten Kinder ist nicht zu ermitteln, da nicht alle in den offiziellen Statistiken erfasst

werden. Schließlich hat das Gesetz auch eine erzieherische Wirkung, und so manche Mutter hat schon aus Angst, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, davon Abstand genommen, eine Straftat zu begehen.

Die Frage des Schutzes des Lebens eines jeden Kindes sollte jedoch unermüdlich erläutert und publik gemacht werden, damit die Politiker am Ende, auch wenn es Jahre dauert, ihre Bedeutung anerkennen müssen. Damit sie wissen, dass es sich für sie schon aus rein pragmatischen Gründen nicht „lohnt“, sich für die Abschaffung des Rechts auf Leben oder gar für die Erhaltung des derzeitigen *Status quo* einzusetzen.

Es besteht keine Illusion, dass sie, von einigen Ausnahmen abgesehen, das Thema nicht von sich aus aufgreifen werden, es sei denn, sie werden von ihren Parteioberen dazu überredet. Die Aufgabe der Medien und der konservativen Kreise in der Frage des *Pro-Life* besteht daher darin, ein absolut lebensfreundliches Klima zu schaffen; eine ständige Aktion, die auf einen Zustand abzielt, in dem die von der Linken im fötalen Lebensstadium „entmenschlichten“, behinderten oder kranken Menschen ihre ihnen innewohnende Würde im gesellschaftlichen Bewusstsein zurückgewinnen. Die Arbeit von (vor allem katholischen) Organisationen, die Müttern in schwierigen Lebenssituationen echte Unterstützung bieten, die sich für Behinderte einsetzen und die den Wert eines jeden Lebens betonen, wie zerbrechlich und kurzlebig es auch sein mag, ist in dieser Hinsicht von unschätzbarem Wert.

Die Abgeordneten, denen wir den Antrag an das Verfassungsgericht verdanken, verwiesen unter anderem auf das Urteil vom Mai 1997, in dem die Richter darauf hinwiesen, dass menschliches Leben auch vor der Geburt beginnt und dass jedem Menschen verfassungsrechtlicher Schutz zusteht, unabhängig davon, ob er bereits geboren ist oder nicht. Bei den Bemühungen um die Wiederherstellung des vollen, universellen Rechts auf Leben für die jüngsten Polen sollte man sich auch dieses elementare Argument in Erinnerung rufen.

Quelle: [PCh24](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Polen: Gesetzentwurf „Stop LGBT“ wird im Sejm debattiert

20. 10. 2021



Foto: Fundacja Życie i Rodzina

Über das von der Stiftung [Życie i Rodzina](#) (Leben und Familie) vorgelegte Volksbegehren „Stop LGBT“, der von 140.000 Unterzeichnern unterstützt wurde, werden am 28. und 29. Oktober die polnischen Abgeordneten in erster Lesung debattieren.

Mit der polnischen Verfassung „nicht vereinbare“ Postulate...

Den Urhebern dieses Volksbegehrens zufolge sind „im öffentlichen Raum die deutlich organisierten Aktivitäten von Gemeinschaften, an denen homosexuelle Aktivisten beteiligt sind (sogenannte LGBT-Gruppen), sichtbar.“

Sie stellen das Modell der Familie als Verbindung von Frau und Mann in Frage und fordern die Gleichberechtigung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Sie bemühen sich auch um eine Gesetzesänderung im Bereich der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare.

Diese Postulate sind mit Art. 18 der Verfassung der Republik Polen nicht vereinbar, und ihre Umsetzung steht in völligem Widerspruch zu den in Polen allgemein akzeptierten und von der Mehrheit der Bürger vertretenen ethischen Normen [...].

Die LGBT-Bewegungen nutzen regelmäßige öffentliche Demonstrationen, um Druck auf Gesellschaft und Gesetzgeber auszuüben. Sie wollen, dass gesetzliche Änderungen vorgenommen werden, um ihren Forderungen gerecht zu werden.

Die so genannten Gleichstellungsmärsche fordern die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Möglichkeit der Adoption von Kindern durch Homosexuelle, die Legalisierung der Abtreibung und die Erleichterung der so genannten Geschlechtsumwandlung. Es werden auch christliche Symbole und Werte verspottet und polnische Nationalsymbole instrumentalisiert. Die Teilnehmer an den Versammlungen verhalten sich oft in einer Weise, die gegen die öffentliche Moral verstößt“, und dieses Projekt

„Stop LGBT“ ist daher „ein Weg, sich den Aktivitäten der LGBT-Lobby zu widersetzen, die Verbreitung von Homo-Propaganda im öffentlichen Raum zu stoppen und den Schutz von Kindern und Familie zu stärken“, um der LGBT-Ideologie Einhalt zu gebieten, „Stopp der homosexuellen Propaganda, Stopp der Beleidigungen, Stopp der homosexuellen Ehe bzw. Adoption“.

„Ein diskriminierender Antrag...“

Auf Seiten einer bestimmten Zivilgesellschaft und der liberalen Medien hat diese Initiative die Wirkung eines roten Tuches. So veröffentlichte das Portal [Wyborcza](#) am Donnerstag, den 14. Oktober, einen offenen Brief an die Abgeordneten des Sejm, in dem diese aufgefordert werden, dieses „faschistische Gesetz“ abzulehnen, das „eine Tragödie für viele unschuldige Menschen und eine Schande für unser Land“ wäre:

„Dies ist ein diskriminierender Antrag, der LGBT+ Menschen und ihre Familien trifft und gegen die wichtigsten christlichen Werte und Traditionen verstößt: Nächstenliebe und Gleichheit aller vor Gott.

Dieses Projekt wurde von 140.000 Polen unterzeichnet – aufgrund der Anti-LGBT+-Ideologie, die in der Gesellschaft verankert ist, des mangelnden Wissens zu diesem Thema und der daraus resultierenden Ängste: Homophobie und Transphobie [...]

Deshalb möchten wir darum bitten, dass niemand von Ihnen eine Entscheidung über dieses Projekt trifft, bevor Sie nicht ein zuverlässiges Wissen und Verständnis darüber erlangt haben, was Nicht-Heteronormativität wirklich ist, d.h. sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, ob diese wirklich in irgendeiner Weise gefährlich sein können.

[...] Homosexualität, Bisexualität und Transgenderismus sind keine Wahl, keine Ideologie, keine Modeerscheinung und keine Laune; die Menschen werden so geboren, wie sie sind, und haben keinen Einfluss darauf – weder sie selbst, noch ihre Eltern, noch eine Ideologie, Propaganda oder Erziehung. [...] Transgender-Personen die Geschlechtsumwandlung zu verbieten, ist unmenschlich, weil die Unfähigkeit, dies zu tun, unmittelbar zu schweren Depressionen und Selbstmord führt – es ist keine Laune, es ist kein geringfügiges oder sekundäres Problem...“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Polen legalisiert die Zurückweisung von Migranten an seinen Grenzen

15. 10. 2021



Der Nachrichtensender TVP Info hat ein Video von der polnisch-weißrussischen Grenze aufgenommen.

Das polnische Parlament hat am Donnerstag (14. Oktober) eine Änderung des polnischen Ausländergesetzes verabschiedet, die die umstrittene Praxis der Zurückweisung an der Grenze legalisiert und es ermöglicht, einen nach dem illegalen Grenzübertritt gestellten Asylantrag zu ignorieren. Einem an der Grenze aufgehaltenen Ausländer kann die Einreise nach Polen und in den Schengen-Raum für einen Zeitraum von „sechs Monaten bis drei Jahren“ untersagt werden.

Die polnischen Behörden behalten sich das Recht vor, den Antrag auf internationalen Schutz eines Ausländers, der unmittelbar nach dem illegalen Grenzübertritt aufgegriffen wird, „ungeprüft zu lassen“, es sei denn, er ist direkt aus einem Gebiet gekommen, in dem sein Leben und seine Freiheit bedroht sind.

Das Parlament gab auch grünes Licht für den Plan der Regierung, eine Mauer zu bauen, um Migranten am Grenzübertritt zu hindern, ein Projekt, das mit 353 Millionen Euro veranschlagt wird. Tausende von Migranten, die meisten aus dem Nahen Osten, haben in den letzten Monaten versucht, die EU-Grenze von Weißrussland nach Lettland, Litauen und Polen zu überqueren.

Quelle: [Le Figaro](#)

06) Polen weist EuGH zurück: Europa gegen Europäische Union

Von David Engels

12. 10. 2021



Nach mehrmaligem Aufschub hat das polnische Verfassungsgericht am 7. Oktober 2021 endlich entschieden, dass dem Europäischen Gerichtshof in den Fällen, in denen er versucht, in die polnische Verfassung einzugreifen, kein prinzipieller Vorrang vor Letzterer einzuräumen ist, und damit den Weg für ernste Auseinandersetzungen zwischen Warschau und Brüssel geebnet. Diese folgenschwere Entscheidung ist nur die jüngste Etappe in dem langen und komplexen Kampf zwischen der konservativen polnischen Regierung und den linksliberalen europäischen Institutionen, die von Berlin und Paris bedingungslos unterstützt werden.

Seit 2015 ist Polen mit seinen westlichen Nachbarn zerstritten, nachdem es sich geweigert hatte, zehntausende muslimischer Migranten aufzunehmen, die von Angela Merkel in die Europäische Union eingeladen worden waren. Neben der Migrationsfrage sind auch die Verschärfung der Abtreibungsgesetze sowie die Unterzeichnung der angeblich homophoben Familiencharta durch eine Reihe polnischer Gemeinden weitere wichtige Streitpunkte. Doch das problematischste Konfliktfeld ist die so genannte Justizreform. In den letzten Wochen ihrer Amtszeit hatte die linksliberale Regierung von Donald Tusk im Voraus die Nachfolger jener Verfassungsrichter benannt, die erst in der nächsten Legislaturperiode in den Ruhestand gehen sollten. Eine Reihe von Skandalen brachte Tusk zu Fall, und 2015 wählte das Volk die jetzige, konservative Regierung, die verständlicherweise das Recht für sich beanspruchte, diese Nominierungen vorzunehmen. Dies führte zu einer vorübergehenden Verdoppelung bestimmter richterlicher Funktionen, zu starken internen politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Richterschaft, zu wiederholten Versuchen der Regierung, die Situation durch eine Reihe von Gesetzen zu bereinigen, und zu einer scharfen Verurteilung Polens durch die EU und Berlin.

Rein formell gesehen hat die Justizreform lediglich versucht, die Mitspracherechte des polnischen Parlaments bei der personellen Zusammensetzung der hohen Richterschaft zu stärken und die politische Einflussnahme der Richter einzuschränken – wie es übrigens in

zahlreichen anderen westlichen Ländern, vor allem in Deutschland, schon lange der Fall ist. Das Grundproblem hinter dem Streit Warschaus mit den europäischen Institutionen ist jedoch die Tatsache, dass diese Maßnahmen in der Praxis dazu führten, dass eine Reihe von Richtern mit bekannten linksliberalen Sympathien durch neue, von der konservativen Mehrheit ernannte Personen ersetzt wurden. Hierdurch wurden einflussreiche Cliquen geschwächt, die oft bis auf die Zeiten des Kommunismus zurückgehen, so dass die Rechtsreform von der derzeitigen polnischen Opposition unter dem ehemaligen polnischen Premierminister und Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vehement angefeindet wurde, der in Brüssel und Berlin über erheblichen Einfluss verfügt und nun mit der Hoffnung auf ein neues Mandat auf die polnische politische Bühne zurückgekehrt ist.

Aber es geht bei dem Streit nicht nur um Personalpolitik, sondern auch und vielleicht vor allem um Werte: Als Polen der Europäischen Union beitrug, war es – ähnlich wie Großbritannien – davon überzeugt, dass dieses Projekt auf der gemeinsamen Achtung grundlegender gesellschaftlicher Institutionen wie der klassischen Familie, des Privateigentums, der nationalen Identität oder der abendländischen Zivilisation basierte. Doch die europäischen Eliten haben sich zunehmend linksradikalen Ideen wie Multikulturalismus, Gender Mainstreaming, LGBTQ-Ideologie, Globalismus, Schuldenkultur und westlichem Masochismus zugewandt.

Nichts Geringeres als ein „Regime Change“ beabsichtigt

Unter Ausnutzung der dynamischen Offenheit des europäischen Rechtssystems, bekannt als „Méthode Monnet“, hat der Europäische Gerichtshof zunehmend vage Schlagworte wie „Vielfalt“, „Toleranz“, „Minderheitenschutz“, „Rechtsstaatlichkeit“ oder „Gleichheit“ instrumentalisiert, um somit indirekt, undemokratisch und ohne jede Möglichkeit zum Appell allen Mitgliedstaaten unterschiedslos einen neuen Rechtsrahmen aufzuzwingen. Die unvermeidlichen ideologischen Konflikte zwischen dem Linksliberalismus in Brüssel, Berlin und Paris und dem Konservatismus in Warschau, Budapest oder London werden dabei als juristischer Kampf zwischen einem angeblichen „Rechtsstaat“ und einem sogenannten „nationalen Populismus“ verschleiert.

Nachdem die Europäische Union vor einigen Wochen aufgrund der angeblichen Angriffe Polens auf die „europäischen Werte“ überraschend beschlossen hat, dem Land die zugesagten Covid-Fonds vorzuenthalten und damit Warschau offen zu erdrosseln, ist jedem klar geworden, dass nichts Geringeres als ein „Regime Change“ beabsichtigt ist, um eine der letzten Bastionen des Konservatismus in Europa zu zerstören. Die Weigerung des polnischen Verfassungsgerichts, den Vorrang des europäischen vor dem polnischen Verfassungsrecht anzuerkennen, war ebenso mutig wie alternativlos: Ein Einlenken hätte die totale Preisgabe all dessen bedeutet, was die derzeitige polnische Regierung aufgebaut hat, und hätte den Weg zu einer neuen Berlin-hörigen Tusk-Regierung und damit zu einer nicht enden wollenden Serie politisch motivierter Prozesse gegen alle hohen Vertreter der derzeitigen Mehrheit geebnet.

Wird diese Entscheidung ein weiterer Schritt in Richtung Polexit sein? Die meisten Polen, darunter auch die Regierung, wollen eine friedliche und immer engere gemeinsame Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn und fühlen sich als echte abendländische Patrioten. Aber die Dinge sind wohl an einem Punkt angelangt, an dem die EU als der schlimmste Feind des Abendlandes angesehen werden muss.



Prof. Dr. David Engels unterhält eine Forschungsprofessur am Instytut Zachodni in Posen, wo er verantwortlich ist für Fragen abendländischer Geistesgeschichte, europäischer Identität und polnisch-westeuropäischer Beziehungen.

Quelle: [Achgut.com](https://www.achgut.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen stellt sich gegen Brüssel, das es nicht glauben kann!

12. 10. 2021



Polen und EU · Bildquelle: MPI

Dies ist eine Enttäuschung für Brüssel, aber es könnte auch der Beginn einer neuen Seite in den Beziehungen zwischen den Nationen und der Europäischen Union sein, dank der

souveränen Haltung Polens. Von den ständigen Aufforderungen und Drohungen der Europäischen Kommission, insbesondere die Regenbogen-„Werte“ zu übernehmen, hat sich Polen mit einem Schlag befreit. Dank eines Urteils des höchsten polnischen Gerichts, das den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht bestätigt und Brüssel erzürnt hat.

Das polnische Verfassungsgericht entschied, dass die Auslegung bestimmter Artikel der europäischen Verträge durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit der Verfassung des Landes „unvereinbar“ sei, da „unter den von Polen auf die EU übertragenen Zuständigkeiten keine Zuständigkeit für die Schaffung oder Organisation des Justizwesens zu finden ist“. In diesem Urteil vom 7. Oktober wirft das polnische Gericht dem EuGH vor, die staatliche Souveränität zu untergraben und damit den Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen Recht zu bekräftigen. Der Vorrang des EU-Rechts gilt in Polen nicht mehr uneingeschränkt, sondern ist streng auf die der EU übertragenen Befugnisse beschränkt. Gleichzeitig hat das polnische Verfassungsgericht den Grundsatz der aufrichtigen und echten Zusammenarbeit in Frage gestellt.

Sollte der „fortschreitende Aktivismus“ des EU-Gerichtshofs fortgesetzt werden, der Urteile erlässt, die in die ausschließliche Zuständigkeit polnischer Staatsorgane fallen, den Vorrang der Verfassung als übergeordneter Rechtsakt in der polnischen Ordnung untergräbt und die Allgemeingültigkeit und Endgültigkeit der Urteile des Gerichtshofs sowie den Status der Richter des Gerichtshofs in Frage stellt, wird das polnische Verfassungsgericht eingreifen und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs aus dem polnischen Rechtssystem entfernen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts darüber, ob die polnische Verfassung Vorrang vor europäischen Normen und Entscheidungen hat oder nicht, wurde von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im vergangenen März beantragt. Für den Justizminister und Vorsitzenden von Solidarność Polen, Zbigniew Ziobro, „hat das Verfassungsgericht der Anarchisierung des Justizsystems und des gesamten Staates einen Riegel vorgeschoben und den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht bestätigt“.

Diese Entscheidung schlug ein wie eine Bombe. Brüssel hat bereits damit gedroht, Warschau die im Konjunkturprogramm vorgesehenen Mittel nicht auszuzahlen, und das Wort „Polexit“ wurde in den Mund genommen, ohne dass Polen auch nur im Geringsten nachgegeben hätte, da es den Brüsseler Technokraten stolz die Stirn geboten hat.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten 236 bis 247)

08) CZ: Linksliberale Medien wollen künftige tschechische Regierung zum Ausstieg aus der Visegrád-Gruppe bewegen

23. 10. 2021



Petr Fiala · Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC 4.0

Die Zukunft der gegenwärtigen V4 steht auf dem Spiel, da die tschechische Regierung eine Veränderung erfährt, schreibt Grzegorz Górný

Nach den jüngsten Parlamentswahlen in Tschechien deutet alles auf die Bildung einer vierten Mitte-Rechts-Regierung in der Visegrád-Gruppe hin. Die SPOLU-Koalition erhielt die meisten Stimmen und setzt sich aus der rechtsgerichteten Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der christdemokratischen Volkspartei-Vereinigung KDU-CSL und der liberal-konservativen TOP 09 zusammen.

Obwohl eine neue Regierung noch nicht gebildet und der Koalitionsvertrag zwischen SPOLU und dem zweiten Wahlblock (PirSTAN) noch nicht unterzeichnet wurde, wird das künftige Regierungslager von den linksliberalen Milieus und Medien ständig unter Druck gesetzt. Sie fordern vor allem eines: dass sich die Regierung von Petr Fiala entschieden von der Politik Polens und Ungarns abgrenzt und sich sogar von der V4 distanziert.

Solche Ideen werden dem tschechischen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten von mehreren Kommentatoren vorgetragen. Besonders repräsentativ ist in diesem Fall ein Artikel, den der einflussreiche linke Schriftsteller Jiří Pehe für das Nachrichtenportal Referendum geschrieben hat. Darin erklärt Pehe, die neue Regierung müsse sich vom Erbe Andrej Babiš' lösen (und daher aufhören, sich in der Außenpolitik auf den Begriff des nationalen Interesses zu berufen), ihre Haltung zur Migrationspolitik der EU ändern und sich vom polnischen und ungarischen „nationalistischen Populismus“ distanzieren. Laut Pehe würde dies das angeblich beschädigte Image Tschechiens auf der internationalen Bühne verbessern.

Die andere Gruppe der Regierungskoalition – PirSTAN, die sich aus der linksliberalen Piratenpartei und der Partei der Bürgermeister und Unabhängigen der Mitte (STAN) zusammensetzt – wird eher geneigt sein, diese Ideen zu beherzigen. Ein prominenter Vertreter der STAN, Jan Farský, hat beispielsweise erklärt, dass die V4 überbewertet sei und außer guten Beziehungen zur Slowakei nichts Sinnvolles zur tschechischen Politik beitrage.

Ähnlich äußern sich auch SPOLU-Politiker wie Ondřej Benešík, der die KDU vertritt. Benešík ist der Meinung, dass die Tschechen in der V4 die Rolle der nützlichen Idioten gespielt haben, indem sie sich für die Interessen Ungarns eingesetzt haben, und dass diese Politik ein Ende haben sollte.

Die Partei, die am ehesten mit Polen zusammenarbeiten möchte, ist zweifellos die ODS. Der Parteivorsitzende Petr Fiala und sein Stellvertreter Alexandr Vondra antworteten auf die Frage, ob sie Viktor Orbán oder Jarosław Kaczyński verurteilen sollten, dass es nicht ihre Aufgabe sei, die Regierungen anderer Länder zu kritisieren.

Die ODS hat auch oft versichert, dass die Visegrád-Gruppe für Tschechien genauso wichtig sei wie die NATO oder die EU. Doch obwohl die ODS die stärkste Partei ist, ist sie nur eine von fünf Parteien in der kommenden Koalition. Die anderen vier sind von der V4 nicht so begeistert.

Die Position von Petr Fiala zu diesem Thema wird entscheidend sein, da er höchstwahrscheinlich der künftige Premierminister Tschechiens sein wird. Kommentatoren haben daran erinnert, dass Viktor Orbán kurz vor den Wahlen nach Tschechien gereist ist, um Andrej Babiš, den er als seinen Freund bezeichnete, persönlich zu unterstützen. In dieser Situation wird es schwierig sein, eine Freundschaft zwischen den Führern von ODS und Fidesz zu schmieden.

Auch die Frage der Braunkohlemine in Turów ist erneut aufgetaucht. Fiala wurde nahegelegt, nicht nachzugeben und keine Einigung mit Polen anzustreben. Bei diesem Ratschlag geht es nicht um die Ökologie, sondern vielmehr um die politischen Folgen: die Eskalation des Konflikts mit Warschau und die Schwächung der V4.

Im Moment gleicht Fiala bei all den angesprochenen Themen einer Sphinx: Er hüllt sich in geheimnisvolles Schweigen. Das bedeutet, dass die Zeit, alle Karten offen zu legen, noch nicht gekommen ist – aber es wird früher oder später geschehen müssen.

Quelle: wPolityce.pl / RMX.news

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) CZ: Okamura-SPD fordert „Czexit“-Referendum als Preis für Unterstützung

22. 10. 2021



Tomio Okamura · CC BY-SA 4.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=65297267>

Die rechtsgerichtete SPD-Partei, die bei der Bildung einer neuen tschechischen Regierung im nächsten Monat eine Rolle spielen könnte, würde vom Kabinett einen Gesetzesvorschlag fordern, der zu einem Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union führen könnte, erklärte Parteichef Tomio Okamura (岡村富夫).

Die ANO von Premierminister Andrej Babiš hat bei den Wahlen vom 8. bis 9. Oktober die meisten Stimmen erhalten, hat aber Schwierigkeiten, eine Mehrheit zu bilden, da ihre derzeitigen Partner in den Umfragen bei oder unter der 5%-Hürde liegen, um ins Parlament einzuziehen.

Zwei große Oppositionsgruppen weigern sich, mit Babiš in eine Regierung einzutreten, da sie der Meinung sind, dass er als Gründer eines Geschäftsimperiums in Interessenkonflikte gerät.

Damit könnte Okamuras europafeindliche und NATO-feindliche SPD (Freiheit und direkte Demokratie) zu einem Partner in den Gesprächen werden, was die ANO nicht ausschließt. Meinungsumfragen zufolge liegt der Rückhalt der Partei bei etwa 10 %.

Okamura sagte, die Zusage, ein Gesetz über die Durchführung von Volksabstimmungen vorzuschlagen, was derzeit nicht möglich ist, wäre sein Preis. Sollte ein solches Gesetz eingeführt werden, würde es wahrscheinlich ein Bürgerbegehren erlauben, um eine Abstimmung vorzuschlagen, was bedeutet, dass Okamura helfen könnte, ein solches zu organisieren.

„Eine der grundlegenden Bedingungen ist, dass das Regierungsmanifest ... ein Referendumsgesetz enthält, das die Möglichkeit eines Referendums über den Austritt aus der EU oder möglicherweise aus der NATO vorsieht“, sagte Okamura gegenüber Reportern nach einem Treffen mit Präsident Milos Zeman, dessen Aufgabe es sein wird, die Verhandlungen nach den Wahlen zu moderieren.

Die SPD wirbt seit Jahren für den Austritt aus der EU und ein Referendum über den EU-Austritt. Eine Meinungsumfrage der Agentur CVVM vom Juli ergab, dass 66 % der Tschechen die EU-Mitgliedschaft unterstützen, während 28 % der Meinung sind, dass das Land nicht in der EU sein sollte.

Frühere Versuche, ein Referendumsgesetz zu verabschieden, sind im Parlament ins Stocken geraten, doch Okamuras Vorstoß könnte das Thema wieder auf die Tagesordnung setzen – trotz der offenbar erheblichen Hindernisse, die ihm im Weg stehen.

Die bisherige Regierung Babiš hat sich gegen ein allgemeines Referendumsgesetz ausgesprochen, das Abstimmungen über Themen wie die EU-Mitgliedschaft ermöglichen würde. Die Regierung hat sich auch für eine hohe Unterschriftenzahl ausgesprochen, damit ein Referendum abgehalten werden kann.

Jedes vorgeschlagene Gesetz über Volksabstimmungen würde eine verfassungsmäßige Dreifünftelmehrheit in beiden Kammern des Parlaments erfordern, was schwer zu erreichen ist, wenn das Gesetz spalterisch ist, da die EU-freundliche Opposition das Oberhaus, den Senat, kontrolliert.

Der Senat wird gestaffelt über sechs Jahre und nach einem Mehrheitswahlrecht gewählt, das normalerweise extreme Kandidaten ausschließt.

Quelle: [Prague Morning](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Ein Sieg, aber kein Triumph

Das tschechische Wahlergebnis aus deutscher Sicht

Nach den Wahlen in Tschechien laufen die Verhandlungen der Spolu-Koalition mit dem Bündnis aus Piraten und Bürgermeisterpartei Stan zur Regierungsbildung auf Hochtouren. Kai-Olaf Lang von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mit Sitz in Berlin beschäftigt sich als Politologe mit dem Geschehen in Tschechien. [In diesem Interview gibt er eine Einschätzung des Wahlergebnisses.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 131, 2021

Wien, am 21. Oktober 2021

<https://deutsch.radio.cz/ein-sieg-aber-kein-triumph-das-wahlergebnis-tschechien-aus-deutscher-sicht-8731035>

Ein Sieg, aber kein Triumph: Das Wahlergebnis in Tschechien aus deutscher Sicht

12.10.2021



Foto: David Taneček, ČTK

Nach den Wahlen am Wochenende sind am Dienstag sowohl die neuen als auch die wiedergewählten Abgeordneten erstmals im Rahmen ihrer Fraktionen zusammengekommen. Parallel dazu laufen die Verhandlungen der Spolu-Koalition mit dem Bündnis aus Piraten und Bürgermeisterpartei Stan zur Regierungsbildung weiter. Kai-Olaf Lang von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mit Sitz in Berlin beschäftigt sich als Politologe mit dem Geschehen in Tschechien. Im Interview gibt er eine Einschätzung des Wahlergebnisses.



Kai-Olaf Lang.

Foto: Stiftung Wissenschaft und Politik

Herr Lang, die Abgeordnetenhauswahlen in Tschechien sind knapp ausgegangen. Die meisten Stimmen konnte die Koalition Spolu für sich verbuchen, ein Wahlbündnis aus den konservativen Parteien der Bürgerdemokraten, Christdemokraten und Top09. Spolu hat auch bereits ein Memorandum für Koalitionsverhandlungen mit dem Bündnis aus Bürgermeisterpartei und Piraten unterschrieben. Wie wird dieses Ergebnis in Deutschland aufgenommen?

„Die generelle Wahrnehmung lautet, dass es sich um eine Richtungswahl handelte und dass die tschechischen Wählerinnen und Wähler Andrej Babiš abgewählt haben. Außerdem dass es ein Votum für eine sachlichere Politik war und dass ein Großteil der tschechischen Gesellschaft erschöpft ist von der Art und Weise, wie Babiš Politik macht. Bei näherem Hinsehen erkennen wir aber, dass die Oppositionskräfte, die vermutlich die Regierung bilden werden, zwar einen Sieg einfahren konnten. Es handelte sich dabei aber nicht um einen Triumph. Denn viele Stimmen gingen an europaskeptische Parteien und Gruppierungen, die sehr stark das Nationale betonen. Einige davon sind zwar nicht ins Parlament gekommen. Aber die nationalistische SPD, die neue Gruppierung ‚Přísaha‘ – die eine Art Law-and-Order-Politik verfolgt – sowie kleinere Gruppierungen wie die ‚Trikolora‘ oder der ‚Volný blok‘ konnten fast ein Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen. Und dann gibt es natürlich immer noch die treue Anhängerschaft von Andrej Babiš, die für Anó votiert hat. Diese ist, relativ in Mandaten gerechnet, die stärkste Partei geblieben. Es ist also keine Wahl, die eine Aufbruchsstimmung zum Ausdruck bringt. Aber es hat sich manifestiert, dass viele Menschen in Tschechien einen Wechsel wollen.“



Foto: Luděk Peřina, ČTK

Nun haben Sie die Wahlerfolge für verschiedene Parteien und Gruppierungen rechts von der Mitte benannt. Das andere Ergebnis dieser Wahl ist, dass weder die Sozialdemokraten noch die kommunistische Partei wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen. Was bedeutet das?

„Das ist sicherlich eine Zäsur. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens ist schon seit längerem ein Auslaufmodell. Sie ist überaltert und hat es nicht vermocht, sich zu modernisieren – nicht nur in Bezug auf ihre Positionierungen, sondern vor allem auch auf die Formen. Sie war in den sozialen Medien nicht so präsent wie andere. Noch wichtiger ist aber vielleicht, dass die Sozialdemokraten der ČSSD nicht mehr in der Abgeordnetenkammer präsent sein werden. Tschechien ist somit eines der ganz wenigen Länder in Europa, in dem es keine Linke – auch keine gemäßigte Linke – im Parlament gibt. Die Frage ist, ob die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, sich zu erneuern. Es gibt ein Beispiel, bei dem dies einer Partei gelungen ist: Die Christdemokraten sind auch einmal aus dem Parlament geflogen und haben dann nach vier Jahren die Rückkehr geschafft. Aber es ist fraglich, ob es bei der ČSSD glaubwürdige Führungsfiguren gibt und ob und wie sie sich inhaltlich positioniert. Hier wird es einen Richtungsstreit geben zwischen jenen, die sich in der sozialliberalen urbanen Mitte sehen, und solchen, die die konservativen Sozialdemokraten zurückerobern wollen – also die Leute, die früher einmal in der Partei waren und dann zur Partei Ano von Babiš abgewandert sind.“

Buntes Regierungsbündnis

Die Wahlsieger und auch hiesige Kommentatoren proklamieren, dass mit dem Ergebnis die demokratischen Kräfte der tschechischen Politiklandschaft gewonnen hätten. Tatsächlich zählt der bisherige Premier Andrej Babiš und seine Partei Ano zum populistischen Lager. Wie sehen Sie das: Wird durch eine mögliche Regierung aus Spolu und PirStan die Demokratie in Tschechien gestärkt?



Andrej Babiš | Foto: Regierungsamt der Tschechischen Republik

„Zum einen wird es wahrscheinlich eine Regierungskoalition geben, die nun sehr stark auf das setzt, was man ‚gute Regierungsführung‘ nennt. Man will also eine moderne Verwaltung und mehr Transparenz sowie gleichzeitig Korruption bekämpfen. Zudem will man Interessenkonflikte vermeiden, wie sie etwa Andrej Babiš vorgeworfen wurden, oder auch die Digitalisierung voranbringen. Im weiteren Sinne wird dies also eine Regierung sein, die mehr Dezentralisierung verfolgt und die die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden sowie auch bürgerschaftliches Engagement aufwerten will. Aber ich bin mir nicht sicher, ob all dies mittel- und längerfristig entscheidend sein wird. Denn es geht auch um wichtige Brot- und Butterthemen, bei denen diese Parteien liefern müssen. Das sind etwa soziale Themen oder die Frage der klimaorientierten Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Ganz konkret auch die steigenden Energiepreise oder generell die Inflation – das sind harte Herausforderungen, mit denen sich diese wahrscheinlich kommende Regierungskoalition auseinandersetzen muss. Zum anderen basiert eine funktionierende Demokratie immer auch darauf, dass es eine effektive und konstruktive Opposition gibt. Diesbezüglich tun sich ein paar Fragezeichen auf. Denn wenn Ano in der Opposition ist und Andrej Babiš nicht mehr Ministerpräsident sein wird, dann ist dies eine sehr ungewohnte Rolle für ihn. Wird seine Partei versuchen, als loyale Opposition aufzutreten, oder wird sie der Regierung eher Knüppel zwischen die Beine werfen? Dann gibt es noch die nationalistische SPD als weitere Oppositionspartei, die aber nur eine Anti-System-Gruppierung ist. Die Frage ist also: Wer ist eigentlich die tschechische Opposition?“



Vorsitzende der zukünftigen Regierungsparteien|Foto: ČT24

Wie effektiv die neue Regierung sein wird, hängt also einerseits von den Themen ab. Andererseits wird sie vermutlich aus fünf Parteien bestehen. Wie stabil und konsensfähig ist so eine Konstellation?

„Dies ist ein doch recht buntes Bündnis. Das beginnt bei der bürgerdemokratischen ODS auf der einen Seite, die eine konservative Partei ist und zumindest früher immer auch eine deutliche europaskeptische Komponente hatte. Diese hat sich zwar abgeschliffen, ist aber immer noch präsent. Auf der anderen Seite reicht das Bündnis bis hin zu den Piraten, die man als progressiv oder linksliberal bezeichnen könnte. Ich glaube aber dennoch, dass diese heterogene Allianz erst einmal durchhalten kann. Und das nicht nur, weil die Piraten geschwächt sind und man sie mit ihren vier Abgeordneten im Extremfall nicht einmal zur Mehrheitsfindung bräuchte. Deswegen werden sie auch nicht besonders kantig auftreten. Aber die Regierung kann vor allem deswegen halten, weil diese Parteien ja angetreten sind als Anti-Babiš-Bündnis. Die Furcht vor einer Rückkehr von Babiš oder vor Obstruktionen durch ihn im Verein mit dem – jetzt schwer kranken, aber immer noch präsenten –

Staatspräsidenten Zeman wird diese Koalition dann doch zusammenschweißen. Sie wird darum relativ stabil agieren können.“

Positivere Atmosphäre für tschechisch-deutsche Beziehungen

Und welche Auswirkungen wird diese Regierung auf die tschechisch-deutschen Beziehungen haben?



Foto: Tschechisches Fernsehen

„Die tschechisch-deutschen Beziehungen sind stabil. Es gibt eine robuste Kommunikationsinfrastruktur sowie einen strategischen Dialog zwischen den Regierungen. Zudem bestehen zivilgesellschaftliche Kontakte, und die Wirtschaft ist natürlich sehr eng miteinander verflochten. In den letzten Jahren, also auch während der Regierungsbeteiligung von Anso und mit Andrej Babiš als Ministerpräsidenten, haben sich die Beziehungen gut entwickelt. Babiš war jemand, der immer recht pragmatisch gegenüber Deutschland gehandelt hat. Ich glaube, daran wird sich in der Sache nicht viel ändern. Aber die Atmosphäre wird besser werden. Denn Babiš hatte bei ein paar Themen doch auch immer wieder den Stachel gelockt – vor allem in Richtung Brüssel, bei Fragen der Migration etwa. Ich gehe davon aus, dass sich die neue tschechische Regierung da anders positionieren wird. Die ODS, die mit Petr Fiala wahrscheinlich den Ministerpräsidenten stellen wird, ist zwar keine integrationsfreundliche Partei. Aber insgesamt wird sich die neue Koalition konstruktiv aufstellen. Sie wird eine aktive Rolle in der Europäischen Union wie auch in den transatlantischen Beziehungen spielen wollen. Und sie wird natürlich auch versuchen, die Beziehungen nach Deutschland in den Vordergrund zu stellen und zu unterstreichen, dass das Nachbarland der zentrale Partner für sie ist. Ich glaube, dies wird in Berlin – auch hier mit einer neuen Regierung – auf viel Zustimmung stoßen. Wir sollten uns aber trotzdem nicht täuschen lassen: Es gibt ein paar Themenfelder – die etwa auch die europäische Politik betreffen –, bei denen Deutschland und Tschechien unterschiedliche Ansätze haben. Das wäre etwa die Frage der obligatorischen Verteilquoten für Flüchtlinge. Dies lehnt Tschechien bislang konsequent ab, und ich denke, dass wird auch in Zukunft so bleiben. Des Weiteren ist die Einführung des Euro zwar kein deutsch-tschechisches Streitthema. Aber die Frage bleibt, wann dieses wichtige Nachbarland, mit dem Deutschland ja auch wirtschaftlich eng verbunden ist, die Gemeinschaftswährung übernimmt. Auch das wird, glaube ich, nicht so schnell kommen. Es gibt zwar ein paar Parteien, die das prinzipiell befürworten, aber da wird die ODS vor sein. Und auch in der Klima- und Energiepolitik gibt es einige Unterschiede. Tschechien wird beim Übergang zu einer CO₂-neutralen

Klimawirtschaft weiterhin auf Atomkraft setzen und eine eher realistische Klimapolitik verfolgen, die auch wirtschaftliche und industrielle Interessen betont. Dies sind nur ein paar Beispiele dafür, dass es nun nicht gerade ein großes Feuerwerk an Kooperation geben dürfte. Aber insgesamt werden die deutsch-tschechischen Beziehungen jetzt in einem positiveren atmosphärischen Rahmen stattfinden.“

Autor: [Daniela Honigmann](#)

11) CZ: Verbündeter von PiS soll Regierung bilden

Von Ryszard Czarnecki

21. 10. 2021



Petr Fiala · Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC 4.0

Petr Fiala, der als Hauptkandidat für das Amt des nächsten tschechischen Premierministers gehandelt wird, ist für seine pro-polnische Haltung bekannt und könnte eine neue Öffnung der Beziehungen zwischen Warschau und Prag herbeiführen, schreibt der PiS-Abgeordnete Ryszard Czarnecki

Der tschechische Präsident Miloš Zeman – ein pro-russischer Sozialist mit einer Prise Euroskepsis, ähnlich wie sein Vorgänger Vaclav Klaus – sollte Babiš mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen. Babiš – paradoxerweise aus der Slowakei stammend und gleichzeitig als „geheimer Kollaborateur“ in die tschechoslowakischen kommunistischen Sonderdienstregister eingetragen – war jedoch Realist genug, um dieses praktisch zum Scheitern verurteilte Unterfangen abzulehnen.

Unmittelbar vor den Wahlen habe ich in Prag und Pardubice mit Babiš‘ Gegnern in Tschechien gesprochen. Sie behaupteten, dass hinter den Kulissen in Prag von einer möglichen „Großen Koalition“ unter Beteiligung des SPOLU-Blocks, dessen Hauptanteilseigner die Demokratische Bürgerpartei (ODS) und die derzeit regierende ANO sind, die Rede war – alles ohne Babiš, dem das Amt des Präsidenten am Ende der Amtszeit Zemans garantiert war.

Viele hielten dieses Szenario für sehr wahrscheinlich und für einen typischen Ausdruck tschechischen Pragmatismus.

Dennoch haben sich die Oppositionsparteien in der Wahlnacht, kurz nach der Bekanntgabe der Ergebnisse, in zwei Blöcke aufgeteilt: SPOLU, zu deren Koalitionspartnern die mit Recht und Gerechtigkeit (PiS) verbündete ODS (die Partei gehört derselben Fraktion im Europäischen Parlament an wie die polnische PiS; beide sind Mitglieder der Europäischen Konservativen und Reformisten), die Christdemokraten und die liberal-konservative TOP 09 gehören.

Der andere Block setzte sich aus der Piratenpartei und unabhängigen lokalen Regierungsvertretern zusammen. Diese Blöcke gaben einstimmig bekannt, dass es keine Koalition mit Babiš' ANO geben wird.

Dies bedeutet, dass der neue tschechische Premierminister ein Konservativer der ODS und kein Liberaler sein wird. Das bedeutet auch, dass der neue Premierminister höchstwahrscheinlich Petr Fiala heißen wird – und nicht Andrej Babiš.

Fiala stand in den letzten sieben Jahren an der Spitze der ehemaligen Partei von Vaclav Klaus, nachdem Petr Nečas, der erste katholische Ministerpräsident in der Geschichte der Tschechoslowakei und Tschechiens, von seinem Amt zurückgetreten war (Nečas, Vater von vier Kindern, hatte eine Affäre mit einer seiner Kolleginnen).

Fiala gelang es, die Unterstützung der ODS zu verdoppeln, obwohl der tschechischen Schwesterpartei der PiS noch vor einem Jahr mit einem Umfrageergebnis von 12 Prozent kaum eine Chance bei den Wahlen eingeräumt wurde.

Fiala ist für seine pro-polnische Haltung bekannt und könnte eine „neue Öffnung“ in den Beziehungen zwischen Warschau und Prag einleiten. Er könnte auch die Politik seines Vorgängers Petr Nečas fortsetzen, der betonte, dass die mitteleuropäischen Länder sich nicht von ihren Nachbarn manipulieren lassen sollten.

Quelle: [DoRzeczy.pl](https://dozeczy.pl/) / [Rmx.news](https://rnx.news/)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Schock für 900.000 Kunden: „Bohemia Energy“ beendet Tätigkeit

„**Bohemia Energy**“, die größte Firmengruppe alternativer Energieversorger in Tschechien, hat am Mittwoch das Ende ihrer Tätigkeit verkündet. Das Unternehmen versorgt etwa 900.000 Abnehmer mit **Strom und Gas**. Wie dessen Leitung der Presseagentur ČTK mitteilte, wird es nun beim Regulationsamt für Energie die Aufhebung der Lizenzen aller beteiligten Firmen beantragen. Der Grund dafür seien die **extremen Preisanstiege** auf dem Energiemarkt, hieß es weiter.

Nach der Firmenauflösung müssen die Energielieferungen sechs Monate lang durch einen sogenannten Versorger der letzten Instanz garantiert werden. Diese Rolle übernehmen in Prag eben die beiden städtischen Betriebe.

Das Regierungskabinett beschäftigt sich laut Premier **Andrej Babiš** (Partei Ano) bereits seit Dienstag mit dem Ende von „Bohemia Energy“ und der Weiterversorgung seiner Kunden.

Seite 247 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Nach Ansicht des Industrieministers **Karel Havlíček** (parteilos) geht es bei dem Fall um das Versagen eines Wirtschaftsunternehmens als Ergebnis von Spekulationen und dem europaweiten Preisanstieg für Energie

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.127, 2021

Wien, am 14. Oktober 2021

S l o w a k e i (Seiten 248 bis 249)

13) SK: NBS-Gouverneur wegen Bestechung angeklagt

14. 10. 2021



NBS-Gouverneur Peter Kažimír · Bildquelle: TASR

Peter Kažimír, Gouverneur der Slowakischen Nationalbank (NBS) und ehemaliger Finanzminister unter den Smer-Regierungen, ist wegen Bestechung angeklagt worden.

Die Website [Aktuality.sk](https://www.aktuality.sk), die die Information aus mehreren Quellen erhielt, berichtete als erste darüber. Später wurde sie von anderen Quellen, darunter Kažimírs Anwalt, bestätigt.

Die Anklage steht angeblich im Zusammenhang mit einer Bestechung des ehemaligen Leiters der Finanzverwaltung, František Imrecze, der Anfang des Jahres mehrere Straftaten gestanden und seitdem mit der Polizei kooperiert hat. In seiner Aussage soll Imrecze ausgesagt haben, dass Kažimír als Minister ein Schmiergeld in Höhe von 150.000 Euro erhalten hat, um sich die politische Unterstützung für den Kauf des IT-Systems e-Kasa zu sichern.

Kažimír beteuert seine Unschuld

„Ich habe keine Informationen und bin mir nicht bewusst, dass ich gegen das Gesetz verstoßen habe, und ich hatte nie ein Interesse daran, ein Verfahren zu beeinflussen“, betonte er laut TASR Newswire und fügte hinzu, dass die in der Entscheidung dargelegten Tatsachen unwahr seien und die Erklärung keinen Beweis enthalte.

Nach den Vorwürfen sagten mehrere Vertreter der Regierungskoalition und sogar Präsidentin Zuzana Čaputová, Kažimír solle seinen Rücktritt in Erwägung ziehen. Nach den geltenden Vorschriften ist es recht schwierig, ihn seines Amtes zu entheben. Der Vorschlag zur Abberufung des NBS-Gouverneurs muss zunächst vom Kabinett vorgelegt und dann vom Parlament gebilligt werden. Erst dann kann der Präsident ihn offiziell abberufen. Außerdem gibt es bestimmte Bedingungen, unter denen der Gouverneur entlassen werden kann.

Kažimír hat nicht die Absicht zurückzutreten, wie er kürzlich in einer Erklärung gegenüber den Medien betonte. Nicht einmal die Oppositionsführer Robert Fico und Peter Pellegrini sehen einen Grund für seinen Rücktritt, da beide die Unschuldsvermutung betonen. Ersterer deutete sogar an, dass die Anklage erhoben worden sein könnte, weil jemand den Posten des NBS-Gouverneurs haben will.

Quelle: [Slovak Spectator](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten 250 bis 287)

14) Péter Márki-Zay, der Mann, der Orbán herausfordern will

Von Marton Aron Kovacs

25. 10. 2021



Péter Márki-Zay · Bildquelle: CM

Péter Márki-Zay, Bürgermeister der südungarischen Stadt Hódmezővásárhely, hat die gemeinsamen Vorwahlen gewonnen und wird der Kandidat der ungarischen Opposition für das Amt des Ministerpräsidenten bei den Wahlen 2022 sein.

Warum Vorwahlen in Ungarn?

Vorwahlen sind bekanntlich Vorwahlen, die theoretisch dazu dienen, die Macht der Kandidatenauswahl von den Händen der Parteilite auf die des Volkes zu übertragen. Sie stammen zum Teil aus den Vereinigten Staaten von Amerika, wo diese Auswahlmethode seit anderthalb Jahrhunderten angewandt wird und wo es die komplexesten Regeln gibt. Der Hauptunterschied zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Vorwahlmodell besteht darin, dass in den USA die öffentliche Verwaltung eine aktive Rolle bei der Organisation dieser Wahlen spielt, während es in Europa keine solche Beteiligung gibt.

Im Jahr 2005 erkannte die zersplitterte italienische Linke, dass sie isoliert keine Chance hatte, eine Wahl zu gewinnen, und wandte daher die Praxis der Vorwahlen an, um ihre Kräfte zu bündeln und einen künftigen Herausforderer für Silvio Berlusconi zu finden. Ursprünglich war nur Romano Prodi im Rennen, doch dann traten andere Kandidaten auf den Plan. Der italienische Präzedenzfall war eine Quelle der Inspiration für die ungarische Opposition, wie der Verfassungsrechtler Zoltán Lomnici schreibt.

Die Oppositionskoalition

Im Jahr 2020 schlossen sechs ungarische Oppositionsparteien – DK (Demokratische Koalition), Jobbik, LMP (Grüne), MSZP (Sozialistische Partei), Momentum und Párbeszéd – eine Kooperationsvereinbarung mit Blick auf die Parlamentswahlen 2022. Diese sechs Parteien decken fast das gesamte politische Spektrum ab, von rechts bis links. Die Oppositionskoalition steht den Regierungsparteien, nämlich FIDESZ und KDNP,

gegenüber. Der Plan sah vor, dass die Wähler in jedem Wahlbezirk einen einzigen Gegner der FIDESZ-KDNP wählen und Viktor Orbán einen einzigen Herausforderer gegenüber stellen.

Nachdem sie bei den letzten Wahlen gescheitert waren, sahen diese Parteien keinen anderen Weg zur Macht, als einige ihrer jeweiligen Grundsätze aufzugeben und sich zu vereinen. Sie alle haben die Idee aufgegeben, eine eigenständige Politik zu verfolgen, eine starke besondere Unterstützung aufzubauen, an ihren ursprünglichen politischen Prinzipien festzuhalten und die Interessen ihrer Wähler zu vertreten. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sie angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen, die bereits zu Beginn bestehen, überhaupt regieren können.

Der Fall Jobbik

Der Fall Jobbik hilft uns, die Vielfalt der Koalition zu veranschaulichen. Kürzlich kam es zu einem Bruch der Einheit, als Jobbik für ein Gesetz stimmte, das von der übrigen Opposition boykottiert wurde. „Das erste Ziel der Jobbik-Bewegung für Ungarn ist es, die Nachfolgepartei des Kommunismus und die mit ihr verbundenen liberalen Extremisten von der Macht zu entfernen“, heißt es in der Gründungserklärung von Jobbik, die sich vor zwei Jahren entschlossen hat, sich mit der Nachfolgepartei des Kommunismus zusammenzuschließen. Kurz gesagt: Wir sehen eine Partei, die die Einheit der Koalition aufgrund ihrer ursprünglichen Prinzipien bricht, und dieselbe Partei, die diese Prinzipien verrät, indem sie sich entscheidet, dieser Koalition beizutreten.

Die Opposition hat ein Narrativ konstruiert, wonach es nur darauf ankäme, Orbán abzulösen. Es gäbe nur die Wahl zwischen der Koalition und dem derzeitigen Regime. Natürlich gäbe es noch eine dritte Möglichkeit: eine kompetente Partei, die in der Lage ist, genügend Wählerstimmen auf sich zu vereinen, aber sie haben es alle versucht, und keine hat es geschafft. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich also mit einer Koalition zufrieden geben müssen, die sich aus einzelnen schwachen politischen Parteien mit unterschiedlichen Ideologien zusammensetzt und bei der viele Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit bestehen.

Wird Márki-Zay die Koalition zusammenhalten können?

Eine Mehrparteienkoalition zu führen ist immer schwierig, vor allem wenn – wie im Fall von Márki-Zay – die stärksten Komponenten DK und Jobbik heißen.

Klára Dobrev, DK-Kandidatin bei den Vorwahlen, die ihm in der Stichwahl unterlag, warf Márki-Zay vor, unaufrichtig und für das Amt des Ministerpräsidenten ungeeignet zu sein. Dies geschah, nachdem Márki-Zay erklärt hatte, dass diejenigen, die für Dobrev stimmen, „nicht nur Karácsony, sondern auch das Land verraten“. Bevor er den Vorwurf des Verrats erhob, hatte Márki-Zay erklärt, er arbeite daran, die DK zur ersten Partei in der künftigen Regierung zu machen. (Zu seinen anderen merkwürdigen Aussagen gehört, dass die Hälfte der FIDESZ-KDNP-Regierung aus Schwulen besteht).

Nach solchen Äußerungen fragen sich viele Menschen, ob die Koalition wirklich geeint ist, und immer mehr DK-Wähler denken darüber nach, im nächsten April nicht wählen zu gehen. Imre Urbán, ein DK-Aktivist, ist einer derjenigen, die deutlich gemacht haben, dass er nicht für einen Kandidaten wie Márki-Zay stimmen wird. Einige DK-Sympathisanten schlagen vor, dass Ferenc Gyurcsány und seine Partei 2022 allein antreten sollten, andere argumentieren, dass ein Sieg bei den Vorwahlen Márki-Zay nicht automatisch zum

Premierministerkandidaten machen sollte. Auch der DK-Vorsitzende Gyurcsány äußerte sich nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Vorwahlen zweideutig: Er sagte, dass die Koalition zunächst eine parlamentarische Mehrheit erreichen müsse und dann der Regierungschef gewählt werde.

Ist Márki-Zay wirklich ein Verfechter der Demokratie?

Die internationale Presse vergleicht Márki-Zay mit einem David, der Goliath herausfordert, einem Kämpfer für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Márki Zay befürwortet jedoch (wie seine gesamte Koalition) die Idee, eine einfache Mehrheit im Parlament zur Änderung der Verfassung zuzulassen (heute ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). Es ist besonders lehrreich, herauszufinden, warum. In seinen Worten: „Sie überschreiben keine Zwei-Drittel-Regel, denn sie wurde nie verabschiedet, sie war ungültig“. Aber um es klar zu sagen: nicht die gesamte (2011 verabschiedete) Verfassung ist ungültig, da sie viele natürliche und allgemein akzeptierte Paragraphen enthält, die auch in der alten Verfassung zu finden waren“, d.h. derjenigen, die von den Kommunisten 1949 eingeführt und 1989 geändert wurde. Ja, aber wer entscheidet, was gültig und was ungültig ist? Seine Antwort lautet: „Normalerweise wäre dies die Aufgabe des Verfassungsgerichts, aber da die FIDESZ dort ihre eigenen Leute eingesetzt hat, muss sich von nun an wohl ein Gremium aus ehemaligen Richtern und Verfassungsrechtlern darum kümmern“.

Die internationalen Medien schwärmen von der Opposition, weil sie überzeugt sind, dass sie sich an die „Rechtsstaatlichkeit“ halten wird. Sie verspricht jedoch ausdrücklich, sofortige verfassungswidrige Maßnahmen zu ergreifen und Beamte und Politiker zu inhaftieren. Es stellt sich die Frage: Wie würde die EU solche ersten Maßnahmen einer möglichen Anti-Orbán-Regierung begrüßen?



Marton Aron Kovacs

MCC-Stipendiat am Centro Studi Machiavelli. Er studiert Jura an der Katholischen Péter Pázmány-Universität und ist Projektleiter von „RoLink Biotechnology“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACGHIARELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Viktor Orban kritisiert die „feindliche“ Haltung der Europäischen Union

25. 10. 2021



Viktor Orbán - Bildquelle: Magyar Nemzet

„Brüssel täte gut daran, zu verstehen, dass es nicht einmal den Kommunisten gelungen ist, uns in die Knie zu zwingen.“

Viktor Orbán erhebt seine Stimme. Der ungarische Ministerpräsident hat am Samstag, den 23. Oktober, bei einem Treffen in Budapest sechs Monate vor den voraussichtlich knappen Parlamentswahlen die Haltung der Europäischen Union gegenüber seinem Land und Polen angeprangert, die seiner Meinung nach der UdSSR würdig sei. „Die Europäische Union spricht mit uns und verhält sich uns und den Polen gegenüber so, als wären wir Feinde“, sagte er vor einer Menge von Anhängern, die sich zu einer Kundgebung anlässlich der Feiertage zum Gedenken an den ungarischen Aufstand von 1956 gegen die UdSSR versammelt hatten.

„Brüssel äte gut daran zu verstehen, dass es nicht einmal die Kommunisten gelungen ist, uns in die Knie zu zwingen. Wir sind der David, den Goliath besser meiden sollte“, fügte er hinzu und zeigte damit seine Unterstützung für Warschau in seinem Streit mit Brüssel über die Unabhängigkeit der Gerichte und die Herrschaft des europäischen Rechts.

Zuvor waren Zehntausende von Menschen durch die Straßen der Hauptstadt defiliert.

Quelle: [Franceinfo](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Die Ungarn von heute sind würdige Nachfolger der Helden von 1956

Von István Simicskó

23. 10. 2021



Foto: MTI/Bruzák Noémi

Der heutige ungarische Nationalfeiertag nimmt einen wichtigen Platz in unserem Leben ein, da er so viele Botschaften, Bedeutungen und Lehren in sich trägt, die unsere Identität und unser Bild von der Welt und der ungarischen Nation in ihr bestimmen. In der Eile des 21. Jahrhunderts können wir jedoch dazu neigen, ihre Bedeutung zu übersehen, obwohl es sich lohnt, innezuhalten und darüber nachzudenken, woran die Geschichte selbst uns alle mit diesen Tagen mit roten Buchstaben erinnert. Neben der Entspannung ist es wichtig, die Botschaft des Festes zu verinnerlichen, das mit all seinen Errungenschaften, Verlusten, Triumpfen und Tragödien verkündet, dass wir hier sind, wie Gott uns geschaffen hat, und dass sich dies nie ändern wird. Viele haben versucht, das Gegenteil zu behaupten, aber unsere gefeierten Helden haben es nicht auf sich beruhen lassen. Das werden wir auch nicht!

Der 23. Oktober ist ein Datum, das uns aus der nicht allzu fernen Vergangenheit Hinweise gibt, um unsere Welt besser zu verstehen und unser Leben in die richtige, gute Richtung zu lenken. Inwiefern sind die Helden von 1956 ein Vorbild für uns, und was können wir seitdem von ihnen lernen? Nichts Geringeres als das Wissen und die Aufopferung, bis zum Ende für die Freiheit zu kämpfen; dass ein Volk sich gegen ausländische Unterdrückung und eine kommunistische Macht, die blindlings ausländischen Mächten dient, mit geradem Rücken und stolz wie David gegen Goliath behaupten kann. Und alle, die an der Revolution beteiligt waren, wussten, dass ihr Leben buchstäblich auf dem Spiel stand.

Unsere Eltern und Großeltern hatten 1956 das Feuer, das in den Verteidigern der Burg von Johannes Hunyadi, in Ferenc Rákóczi's Kuruzzen oder in den begeisterten Menschenmassen von 1848 brannte, die die Unterdrückung nicht länger hinnehmen wollten. Besondere Situationen bringen besondere Menschen und besondere Begabungen zum Vorschein. Es ist ein Sieg des Herzens, wenn man gegen eine überwältigende

Übermacht zu den Waffen greift. Die Ungarn, die bereit waren, bis zum Ende für ihr Land, ihre Nation und ihre Familien zu kämpfen, zeigten 1956 ihre Entschlossenheit und Stärke.

In vielerlei Hinsicht können wir sagen, dass Ungarn trotz der Pandemie im Jahr 2021 in einer guten Position ist. Wir leben hier mitten in Europa, in Freiheit. Unser Land, das nach Trianon ausgeblutet war, hat wieder zu sich selbst gefunden, und wir haben uns mit unseren ethnischen Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze wiedervereint. Wir haben unsere physische und moralische Zugehörigkeit durch Einbürgerung und Staatsbürgerschaft bewiesen, und wir haben vielleicht die besten Beziehungen zu benachbarten Völkern und Ländern in den letzten hundert Jahren. Was Ungarn heute sagt und tut, hat Gewicht. Wir sind Teil der stärksten militärischen und politischen Bündnisse. Wir sind endlich auf einem Weg, der es uns ermöglicht, die Rückständigkeit von vierzig Jahren Kommunismus und die Wutausbrüche der sozialistischen Regierungen nach dem Regimewechsel zu überwinden.

Gleichzeitig dürfen wir uns nicht zurücklehnen, denn wir müssen weiter für den Erhalt unserer Souveränität kämpfen. Die größte Schlacht wird in der intellektuellen und ideologischen Arena geschlagen, gegen einen Gegner, mit dem wir ein gemeinsames Schicksal teilen. Die Zugehörigkeit zu Europa stand nie in Frage, aber die Bürokraten in Brüssel haben vergessen, dass die Europäische Union ein institutioneller Rahmen ist, ein Instrument, das für die Mitgliedstaaten existiert, mit Befugnissen, die von den Mitgliedstaaten erteilt werden, und nicht über die Mitgliedstaaten herrschen kann, indem es sie erpresst und gegeneinander ausspielt. Brüssel übt nun Druck auf uns aus und zwingt den Ungarn eine unannehmbare Ideologie auf, die unsere bestehende Identität in jeder Hinsicht zerstören soll. Dies ist für jede verantwortliche Person inakzeptabel. Die Gründungsväter der Union hatten die Absicht, eine Beziehung aufzubauen, die auf der Zusammenarbeit starker, souveräner Nationen beruht, die sich gegenseitig helfen, die Werte des anderen bewahren und die Entfaltung der Mitgliedstaaten fördern, was nun zu einem System der Drohungen und der selbst auferlegten Kapitulation mit wirtschaftlichen Mitteln geworden ist. Der Migrationsdruck an unseren Grenzen macht die Lösung von Konflikten nicht einfacher, da die EU seit Jahren nicht in der Lage ist, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um den Strom neuer Einwanderungswellen einzudämmen. Unsere Position ist klar: Ein starkes Ungarn kann nur von Bürgern aufgebaut werden, die sich auf tausendjährige christliche Wurzeln und sichere familiäre Bindungen in Zeiten der Not stützen.

Die Freiheit ist ein Schatz, der immer wieder neu erkämpft werden muss, und nicht etwas, das man einmal erworben hat und dann immer besitzt – das lehrt uns unsere Geschichte. So wie die Helden von 1956 vor Jahrzehnten in blutigen Schlachten für Ungarn und die ungarische Nationalität gekämpft haben oder unsere Vorfahren jahrhundertlang vor ihnen, so müssen wir für unsere Interessen und unsere Freiheit eintreten. Jetzt ist es nicht mehr eine fremde Armee, die uns unterdrückt, sondern Brüssel, das sich in der Illusion der Vereinigten Staaten von Europa verschanzt hat und mit geradezu imperialer Arroganz versucht, uns alle zu unterjochen, unsere christliche, nationale Identität zu schwächen, sie in einen Schmelztiegel zu verwandeln, die Einzigartigkeit des Kontinents, der Länder und letztlich der Menschen zu beseitigen und unser Leben, das schon jetzt manchmal völlig absurd ist, in surreale Erwartungen zu verwandeln.

Wir müssen der Welt zeigen, dass wir hier zu Hause sind, in diesem Land, und wir werden nicht zulassen, dass uns unsere Vergangenheit, unsere Gegenwart und unsere Zukunft genommen wird! Wir müssen zeigen, dass die Ungarn von heute würdige Nachfolger der Helden sind, die im Herbst 1956 aufgestanden sind und unser Heimatland mit bloßen Händen verteidigt haben. Lasst uns heute auf dem Friedensmarsch sein, um der Welt und

der Linken, die um die Macht ringt, zu zeigen: Wir werden nicht vergessen! Wir sind viele, und mit der Kraft der Liebe werden wir alles, was wir gemeinsam erreicht haben, bis 2021 schützen!

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) László Kövér: „Unsere nationale Identität ist die Grundlage für unsere europäische Identität“

22. 10. 2021



László Kövér · Foto: Vanda Katona / Magyar Nemzet

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind durch viel mehr gemeinsame Werte geeint, als sie geteilt oder gar getrennt sind. Das dürfen wir nie vergessen, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen

- sagte der ungarische Parlamentspräsident László Kövér am Freitag auf der Konferenz der Präsidenten des Europarates in Athen.

Am zweiten Tag der zweitägigen Konferenz, die unter der Schirmherrschaft der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) stattfand, stand die gemeinsame Zukunft der europäischen Bürger auf der Tagesordnung. In seiner Rede betonte der ungarische Redner:

Unsere europäische Identität beruht auf unserer nationalen Identität und unserer Muttersprache, unserer Verbundenheit mit unserem Heimatland, unseren engen Beziehungen. Die Stärke Europas liegt in seiner sprachlichen, kulturellen und religiösen Vielfalt sowie in der eng miteinander verflochtenen Vergangenheit und Tradition unserer Nationen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere gemeinsame Zukunft auf starken Demokratien, der Entwicklung des Parlamentarismus, einer

erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen unseren Nationen, der Solidarität gegenüber nationalen Minderheiten und den Prinzipien der Nachhaltigkeit beruhen muss.

László Kövér betonte, dass sich die Welt unserer Zeit sehr schnell verändert und viele europäische Bürger das Gefühl haben, dass ihre Meinung nicht mehr zählt.

Die Menschen stecken den Kopf in den Sand, wenn sie nicht erkennen, dass das Vertrauen der Menschen insbesondere in die EU-Institutionen, aber auch in die nationalen demokratischen Institutionen, gefährlich schwindet

- sagte László Kövér. Er sagte, dass die europäischen Demokratien nur dann erneuert werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger ein Mitspracherecht bei Entscheidungen über reale Fragen haben. Der erste Schritt in diesem Prozess ist eine auf nationaler Ebene organisierte nationale Stimme.

Er wies darauf hin, dass wir in Ungarn den Mut hatten, die Menschen zu Migrationsfragen zu befragen, und während der Pandemie, obwohl es keine Möglichkeit für ein Referendum mit persönlicher Anwesenheit gab, konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den wichtigsten Fragen der Pandemiebewältigung durch eine nationale Online-Konsultation äußern und dabei eine neue Form der direkten Demokratie nutzen.

Der ungarische Parlamentspräsident führte weiter aus, dass Ungarn der Meinung ist, dass die europäischen Bürger nicht nur starke nationale Demokratien und transparente europäische Institutionen brauchen, die die Souveränität und Gleichheit der Nationen respektieren und sich an die Regeln der Demokratie halten, sondern auch eine regionale Zusammenarbeit, die die einzelnen Nationen noch enger miteinander verbindet und gleichzeitig die Grundlage für einen neuen, wertebasierten politischen Dialog schafft. „Die Visegrád-Länder (V4) – Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn – sind ein gutes Beispiel für diese Form der regionalen Zusammenarbeit“, sagte er. Er sagte, dass diese Länder nicht nur durch ihre Nähe und ähnliche geopolitische Lage verbunden sind, sondern auch durch ihre gemeinsame Geschichte, Traditionen, Kultur und die gemeinsamen Werte. Er wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit nun schon seit dreißig Jahren besteht und dass für die Zukunft viele Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit zu erwarten sind.

László Kövér führte weiters aus::

Wir Ungarn sind in der glücklichen Lage, mit zahlreichen nationalen Minderheiten zusammenzuleben, dreizehn an der Zahl, die in unserem neuen Grundgesetz als konstituierende Elemente des Staates genannt werden. Ihre Vertretung ist sowohl auf kommunaler als auch auf parlamentarischer Ebene gewährleistet. Wir glauben, dass es uns gelingen wird, eine rechtliche Garantie für ein Leben in gleicher Würde für alle autochthonen nationalen Minderheiten in Europa zu schaffen, indem wir das Recht, in ihrem Heimatland zu leben und ihre nationale Identität zu bewahren und an ihre Nachkommen weiterzugeben, durch internationale Zusammenarbeit zu einem universellen Menschenrecht machen.

Kövér wies darauf hin, dass man bei jungen Menschen nicht vergessen dürfe, wie wichtig es sei, Demokratie zu lernen, und wie wichtig das Umfeld sei, in dem die jungen Menschen von heute in Zukunft leben müssten. Er betonte, dass Ungarn sich für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung einsetzt und dass das ungarische Parlament – fast

einzigartig unter den Parlamenten der Welt – eine eigene beratende Institution unterhält: den Nationalen Rat für nachhaltige Entwicklung. Alle zwei Jahre erstellt der Rat eine detaillierte Analyse der Situation des Landes im Hinblick auf die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit. Kövér fügte hinzu, dass die Erfahrungen des Rates in Bezug auf seine Funktionsweise und seine Aktivitäten anderen Parlamenten zur Kenntnis gebracht werden und dass Ungarn bereit ist, sie mit ihnen zu teilen.

Der ungarische Parlamentspräsident sagte weiter, dass Ungarn an neuen, innovativen Initiativen und Ideen interessiert sei, die Europa und seine repräsentativen Institutionen gemeinsam besser und effektiver machen könnten. Schließlich wies er auf die Erklärung hin, in der die V4 und die südosteuropäischen Länder, die auf den Beitritt zur Europäischen Union warten, gemeinsam die Beteiligung der Kandidatenländer an der EU-Konferenz über die Zukunft Europas fordern.

László Kövér erklärte, dass sich die Präsidenten der nationalen Parlamente auf der Tagung des Europarates insbesondere darin einig waren, dass Europa ein umfassenderes Konzept als die Europäische Union ist und dass alle europäischen Länder und Nationen außerhalb der Union die Möglichkeit erhalten sollten, zur Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft beizutragen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Ungarn: neue Beschränkungen im Asylrecht

Von Csilla Korompay

21. 10. 2021



MTI

Fotó: Ujvári Sándor

Künftig wird ein Ausländer, bei dem die begründete Annahme besteht, dass er in seinem Herkunftsland eine Straftat begangen hat, die in Ungarn mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mehr geahndet wird, und bei dem die begründete Annahme besteht, dass er sein Herkunftsland nur verlassen hat, um sich der Strafe zu entziehen, nicht als Flüchtling anerkannt.

Ein Gesetzespaket mit Maßnahmen zur Modernisierung bestimmter Verfahren und zur weiteren Stärkung der Sicherheit der Bürger wurde dem ungarischen Parlament am Mittwoch vorgelegt. Der Vorschlag sieht unter anderem eine Verschärfung bestimmter Migrationsfragen vor.

Der Gesetzentwurf über die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen wird dahingehend geändert, dass die Ausweisung eines Drittstaatsangehörigen, der bereits im Besitz eines Aufenthaltstitels ist, nicht nur im Falle einer „Verletzung“ der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung, sondern auch im Falle einer „Gefährdung“ möglich ist. Der Begründung zufolge ermöglicht der neue Wortlaut, der die nationalen Interessen in den Vordergrund stellt, eine viel breitere Anwendung, ohne den EU-Rechtsrahmen zu verletzen.

Das Asylgesetz wird ferner dahingehend geändert, dass ein Ausländer, bei dem begründeterweise davon ausgegangen wird, dass er in seinem Herkunftsland eine Straftat begangen hat, die in Ungarn mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mehr geahndet wird, und bei dem davon ausgegangen wird, dass er sein Herkunftsland verlassen hat, um der Strafe für seine Straftat zu entgehen, nicht als schutzberechtigte Person anerkannt wird. Dies ermöglicht es den Juristen, zwischen Asylbewerbern, die tatsächlich Anspruch auf subsidiären Schutz haben, und solchen zu unterscheiden, die nur deshalb um subsidiären Schutz nachsuchen, um eine Strafverfolgung in ihrem Herkunftsland zu verhindern oder zu vermeiden. Eine solche „missbräuchliches Verhalten von Asylbewerbern“ stellt eine unnötige Belastung für das nationale Asylsystem dar. Der Ausschluss von der Anerkennung als Schutzberechtigter bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass dem Antragsteller der Schutz vollständig entzogen wird, denn wenn er in seinem Herkunftsland aus rassistischen oder religiösen Gründen, aus Gründen der Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung von Verfolgung bedroht wäre und es keinen sicheren Drittstaat gibt, der ihn aufnehmen würde, würde ihm der Status einer Person zuerkannt, die nicht zurückgeschickt werden darf.

Eine weitere Änderung des Asylgesetzes verlangt die persönliche Anwesenheit des Antragstellers im Asylverfahren. In dem Entwurf heißt es: „Die persönliche Anhörung des Antragstellers ist in Gerichtsverfahren obligatorisch, wenn sich der Antragsteller in Asylgewahrsam befindet. Das Gericht lehnt den Antrag ab, wenn der Antragsteller nicht aus seiner Wohnung vorgeladen werden kann oder wenn er sich an einen unbekanntem Ort begeben hat. (...) Das Verfahren ist auch dann einzustellen, wenn der Antragsteller anderweitig durch einen gesetzlichen Vertreter vertreten ist.“

In der Begründung heißt es, dass die persönliche Anwesenheit des Asylbewerbers im Asylverfahren unerlässlich ist. Vom Antragsteller auf internationalen Schutz kann erwartet werden, dass er persönlich an den verschiedenen Verfahrensschritten teilnimmt, mit der Behörde, die seinen Antrag bearbeitet, zusammenarbeitet und bei der Prüfung seines Antrags auf Rechtsbehelf im Verwaltungsverfahren kooperiert. Verlässt ein Asylbewerber die ihm zugewiesene Unterkunft ohne Erlaubnis für mehr als 48 Stunden mit unbekanntem

Ziel, so verstößt er gegen seine gesetzlichen Pflichten, was nicht durch das Handeln seines Bevollmächtigten behoben werden kann. In der Praxis könne Ungarn Asylbewerbern, die sich an einem unbekanntem Ort aufhalten oder nicht kooperieren, keinen wirksamen Schutz bieten, argumentierte Innenminister Sándor Pintér, der das Vorschlagspaket vorstellte.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Budapester Friedensmarsch als Antwort auf ungarnefeindliche Angriffe

Von András Miklós Lázin

20. 10. 2021



"Wir hoffen, dass wir so zahlreich sein werden wie am 12. Januar 2012" - Foto: MH/Hegedüs Róbert

László Csizmadia: Diejenigen, die glauben, dass Gott, Land und Familie eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielen, hat einen Platz unter uns

„Wir bitten alle Teilnehmer, ihre Mobiltelefone mitzubringen und, wenn Sie Unruhen oder Provokationen sehen, sich nicht der linken Gewalt auszusetzen, sondern die Ereignisse getreu aufzuzeichnen“, erklärte László Csizmadia gegenüber der ungarischen Tageszeitung Magyar Hírlap. Der Vorsitzende des Kuratoriums des Forums der Zivilen Allianz (CÖF-CÖKA) betonte, dass dieser Friedensmarsch, wie auch die vorangegangenen, ein Zeichen für die Einheit der ungarischen Nation setzen soll.

Linke und liberale Provokationen sind immer zu befürchten, aber im Grunde organisieren wir einen ruhigen, friedlichen und würdigen Marsch, vor allem, weil wir auch die Märtyrer der blutigen Repressalien nach der Revolution 1848 ehren wollen, führt László Csizmadia weiter aus.

„Es ist ein Grundprinzip der Achtung der Meinungsfreiheit, dass wir nicht dorthin gehen, um Unruhe zu stiften, wenn linke und liberale Kreise ihre kleinen Demonstrationen abhalten“, sagte László Csizmadia.

„Wir sind auch sicher, dass nicht die Gyurcsányi-Polizei von 2006, sondern eine Polizei, die sich ihrer Aufgaben bewusst ist, die Veranstaltung überwachen wird“, betonte er. Eine, die die Interessen des ungarischen Volkes vertritt und nicht die einer linken Partei, sagte er. Der Friedensmarsch wird um 13:00 Uhr auf dem Platz vor der Technischen Universität von Budapest beginnen.

Der Grund dafür ist, dass dieser Campus eine der Wiegen der Revolution von 1956 war. Der Marsch beginnt hier und führt von der Freiheitsbrücke über den Várház- und den Károly-Boulevard zum Erzsébet-Platz, wo die Staatsfeierlichkeiten stattfinden werden. Ministerpräsident Viktor Orbán wird hier eine Rede halten. Wer mit dem Bus anreist, kann am Ende der Budafoki út parken, während Fußgänger die Promenaden entlang der Donau nutzen können.

„Hoffen wir, dass wir so zahlreich sein werden wie am 12. Januar 2012, denn genau wie damals gibt es einen großen Bedarf für den Friedensmarsch“, sagte László Csizmadia. Die Gründer und Teilnehmer früherer Märsche werden an der Spitze des Zuges marschieren, gefolgt von Unterstützern aus Polen. Neu ist, dass auch eine italienische Delegation in Budapest eintreffen wird.

„Ihr Besuch ist darauf zurückzuführen, dass die italienische UGL, eine nationale konservative christliche Gewerkschaft mit zwei Millionen Mitgliedern, auf dem Kongress des Europäischen Rates für zivile Zusammenarbeit (EuCET) in der vergangenen Woche der CÖF-CÖKA beigetreten ist“, so László Csizmadia. „Sie dachten, ihr Platz sei in der ungarischen Hauptstadt, direkt neben uns“, fügte er hinzu.

„Jeder, der glaubt, dass Gott, Land und Familie eine wichtige Rolle in seinem Leben spielen, hat einen Platz unter uns“, sagte der Präsident. Er erinnerte auch daran, dass sich die Absichten der links-liberalen Kreise, die ständig von Brüssel finanziert und ermutigt werden, in den letzten Jahren kein bisschen geändert haben – sie wollen die ungarische Regierung, die 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt wurde, um jeden Preis stürzen. Er fügte hinzu: „Die beste Art und Weise, wie wir auf diese bösartigen Angriffe reagieren können, ist, Solidarität zu zeigen.“

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Was würden die Ungarn sagen, wenn ... ?

Von Irén Rab

19. 10. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Was würden die ungarischen Rentner sagen, wenn sie dieses Jahr, in diesem verfluchten Pandemiejahr, unter Berufung auf die schlechten wirtschaftlichen Daten vom letzten Jahr **keine Rentenerhöhung, Aufstockung, Rentnerprämie bekämen und auch das Versprechen einer dreizehnten Monatsrente nicht existieren würde?** Ich glaube kaum, dass sie sich so leicht mit der eigentlich einleuchtenden Erklärung zufriedengeben würden, obwohl die Pandemie die Wirtschaft der meisten Länder ruiniert hat und noch dazu die EU auch die Auszahlung des für Ungarn zustehenden Geldes aus dem Corona-Hilfspaket zurückhält.

Für die Deutschen begann aber die Überweisung ihres 25 Milliarden Euro hohen Anteils aus diesem Fonds bereits im August, denn Deutschland ist ein Rechtsstaat, da gibt es keine Fragezeichen, keine Korruption, man muss nicht befürchten, dass das Geld in falsche Kanäle gerät. Die Deutschen haben großes Glück, dass sie keinen einzigen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben, der andauernd gegen das eigene Land intrigiert. Von dem Geld des Hilfspaketes werden die deutschen Rentner bestimmt nichts abbekommen, weil **die Rentenerhöhung – im Hinblick auf die Wirtschaftsdaten – dieses Jahr ausbleibt und Prämien, sowie eine dreizehnte Monatsrente sowieso nicht existieren.** Genauer gesagt, den Rentnern in der ehemaligen DDR wurde als Kompensation eine winzige Erhöhung, nämlich 0,72%, zugestanden, denn

in den neuen Bundesländern sind die Lohntarife und auch das Arbeitslosengeld, sowie die Rentenbasis 31 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung immer noch niedriger.

Die deutsche Gesellschaft ist bekannterweise überaltert, fast 22 Millionen Menschen bekommen eine Altersversorgung, von der die Krankenversicherung einen Beitrag erhält und die auch noch vom Staat besteuert wird. Die Durchschnittsrente ist zudem nicht üppig, im Großen und Ganzen ca. eintausend Euro, und es besteht selbstverständlich ein **Unterschied zwischen der ostdeutschen und westdeutschen Durchschnittsrente** zu Gunsten der letzteren. Auch **die Gleichheit unter den Geschlechtern ist nicht gewährleistet**, weil die Zahlungen an die Frauen gegenüber den Männern niedriger ausfallen. Vom dritten Geschlecht mit den vielen Buchstaben (LGBTQI etc.) gibt es bisher keine Daten, sie sind noch viel zu jung, um in den Genuss dieser Versorgung zu kommen.

Mit einem Wort, ich weiß nicht, wenn es in Ungarn wäre, was jetzt in Deutschland gibt, wie die Opposition die Rentner wegen einer ausbleibenden Rentenerhöhung und wegen der möglichen Steuer- und Beitragspflicht gegen die Orbán-Regierung aufhetzen würde?

Was würden eigentlich die ungarischen Haushalte sagen, **wenn die Wohnnebenkosten plötzlich in die Höhe stiegen**, sagen wir mal, auf das Dreifache. Denn der Gaspreis an der Börse hat eine Rekordhöhe erklommen, die Einkaufspreise sind gegenüber dem letzten Jahr auf das Fünffache gestiegen. Die Deutschen befürchten, dass das Gas in den Lagerstätten ausgeht, sodass sie dann nur zu viel höheren Preisen ihre Vorräte besorgen können, was aber einen Anstieg der Verbraucherpreise nach sich ziehen würde. **Energie war auch bisher nicht billig in Deutschland**, für einen Durchschnittshaushalt kosteten Gas und Strom 2400 Euro auf das Jahr bezogen. **Den über die steigenden Nebenkosten klagenden Menschen riet** die EP-Abgeordnete der SPD, **Frau Barley**, eine Parteigenossin und gute Freundin von **Klara Dobrev** (eine Spitzenkandidatin der ungarischen Opposition) im Europaparlament, mit besonderem sozialem Einfühlungsvermögen, **dass sie nicht heizen und nicht das Licht einschalten sollen, dann werden sie auch keine Nebenkosten haben**. Einen so guten Ratschlag habe ich in Ungarn aus dem Mund keines Regierungsangestellten gehört,

in Ungarn wird nur erklärt, dass die Energiepreise dank der Nebenkostenbezuschung der Orbán-Regierungen seit zehn Jahren unverändert geblieben sind und es auch weiterhin bleiben.

Ich kann mich erinnern, dass meine ungarischen Wohnnebenkosten **Anfang der 2000-er Jahre** die deutschen deutlich überstiegen, die **Energieabrechnung fiel in Ungarn höher aus, das Telefon war teurer, die Kreditzinsen viel höher und die Bankgebühren** ebenso, obwohl **der Energiesektor, die Dienstleister, die Banken waren damals in deutschen Händen in Ungarn**. Es dauerte eine Woche, bis mein überwiesenes Geld auf mein ungarisches Bankkonto gutgeschrieben wurde. Als ich nachfragte, klärte mich der freundliche Bankmitarbeiter auf, dass das Geld da wäre, er könne es sehen, aber es sei noch nicht gutgeschrieben worden. Auf gut Deutsch heißt das, die Bank benutzte mein Geld eine Woche lang unrechtmäßig. Wahrscheinlich spielte der Broker Kulcsár eine Woche lang damit seine Tricks, den Börsengewinn brachte dann der Taxifahrer Gyuszi in einer Aktentasche zu den Begünstigten. **(Das war der größte Broker- und Korruptionsskandal der damaligen Zeiten.)** Jetzt bleibt für solche Geschäfte keine Zeit und keine Chance mehr, es herrscht Disziplin in der Finanzwelt, eine Überweisung kommt in Sekunden auf dem Konto an, egal, woher das Geld überwiesen wurde.

Was würden die Einwohner von Budapest sagen, wenn die Partei „Momentum“ oder eine ähnliche grün-liberale Bewegung oder eventuell jemand persönlich *eine Volksabstimmung über die Enteignung der im Privatbesitz befindlichen Wohnungen in Budapest*

initiiert würde, wie das vor einigen Wochen in **Berlin** geschah. Es wird die **Verstaatlichung von mehr als zweihundertvierzigtausend Wohnungen gefordert**, den großen Wohnbaukonzernen soll das Eigentumsrecht entzogen werden. In Berlin gibt es private Wohnungsbaukonzerne, die die Wohnungen vermieten, diese wären von einer Enteignung betroffen, sie sind es, die jetzt zittern müssen. Sie versprechen nun auch Himmel und Erde, die Einfrierung der Mieten für fünf Jahre, den Bau von neuen, billigeren Wohnungen. All das ist vergebens, weil „die Menschen in Berlin sich entschieden haben“ – sagt der Sprecher von dem die Volksabstimmung initiiierenden „Verein für mehr Demokratie“ – und der Volkswille steht über jeglichem Gesetz. Und tatsächlich.

Eine Million Berliner, 56 Prozent der Wähler, votierten für die Enteignung.

Berlin ist nicht nur für Deutschland, sondern für **ganz Europa die „Multikulti“-Hauptstadt**, wo die postmodernen 68-er Hippies und die vielfarbigem, progressiven Jugendlichen mit vielerlei Identität in autonomem Einklang leben. Sie fühlen sich **gestört von der traditionellen bürgerlichen Welt- und Werteordnung**, weshalb sie die gesellschaftlichen Ungleichheiten beseitigen und die nach ihrer Meinung ungerechte Welt umkrepeln wollen. Von den Reichen wegnehmen, was sie besitzen, und unter den Bedürftigen verteilen. **Wie einst die ehemaligen roten Kommunisten in den Ostblockstaaten**, jetzt mit grünem Anstrich, weil sie damit bekannterweise auch für die Rettung der Erde kämpfen. Jetzt wollen sie die Wohnbaukonzerne enteignen, dann alle Wohnungen von ihren rechtmäßigen Besitzern wegnehmen und die Güter neu verteilen. Sie pfeifen auf die Verfassungsmäßigkeit, sie setzen sich über Gesetze hinweg und gehen auf die Straße, wenn ihnen danach ist. **In Berlin sind Demos, Straßenkämpfe, die Bekämpfung der Polizei, brennende Barrikaden und angezündete Autos an der Tagesordnung.** Einen Anlass findet man immer. Die Gewalt, die Zerstörung kommt **meistens von der linksautonomen Szene.** Die Stadt Berlin wird auch von einer linken rot-rot-grünen Koalition regiert, diese wurde jetzt mit 62 Prozent erneut gewählt, obwohl rund um die Wahlen ziemlich viele Unrechtmäßigkeiten, Betrüge zu Tage kamen.

Was würden die sich ein eigenes Haus wünschenden Ungarn sagen, wenn einer Parteiwille plötzlich das Bauprogramm für das eigene Haus nicht mehr unterstützen?

Es würde gleich verbieten, weil ein **Einfamilienhaus viel zu teuer und energieintensiv** wäre, außerdem hätte **niemand das Recht auf einen so großen privaten Lebensbereich.** Das ist auch ein Teil des Programms der deutschen Grünen, genauso wie die Enteignung, und wer weiß, wieviel davon verwirklicht wird, wenn die rot-gelb-grüne „Ampelkoalition“ zustande kommt. (Wir haben so etwas in Ungarn schon erlebt, als **die Parteiführung den Wohnbedarf des Volkes festlegte.** Für eine vierköpfige Familie waren zwei Zimmer oder ein Zimmer mit zwei Halbzimmern vorgeschrieben und auch gebaut worden.)

- Was würden die ungarischen Staatsbürger sagen, **wenn die schwer errungene Sicherheit des Privateigentums erneut verloren ginge?**
- Was würden die Ungarn sagen, wenn die durch die Opposition versprochene Abrechnung Wirklichkeit würde, **wenn die verfassungsmäßige Ordnung, die Garantien des Rechtsstaates in Gefahr geraten würden?** Wenn die Volksabstimmung der manipulierten Massen, die so genannte direkte Demokratie, **das Grundgesetz wegwischen würde?**
- Was würden die Ungarn sagen, wenn die **strategisch wichtigen Wirtschaftszweige erneut in ausländische Hand geraten würden**, wenn das durch den IWF frisch prognostizierte, zu der europäischen Spitze

zählende, 7,6-prozentige Wirtschaftswachstum mit der pseudolinken Machtübernahme plötzlich abstürzen würde?

- Ich weiß nicht, was die Menschen in Budapest sagen würden, wenn ihre Stadt von den an Oktober 2006 erinnernden Unruhen auf den Straßen laut werden würde, **wenn die öffentliche Sicherheit dahin wäre, wie das in den europäischen Großstädten zu erleben ist?**
- Und ich weiß nicht, **was die ungarischen Oppositionsparteien**, die ganze sog. Regenbogenkoalition, **sagen würde, wenn sich die Verfassungsschutz** (verständlicher ausgedrückt: der Geheimdienst) **sie auf Artikel 59 des Grundgesetzes berufend für extremistisch und nationalfeindlich einstufen würde**, wie die Deutschen es mit der AfD machen? **Wenn ihre Politiker nach deutschem Vorbild beobachtet werden würden**, wenn die jungen Aktivisten der Regierungspartei ihre Stände zur Vorwahl umstürzen und damit den ganzen Flohzirkus des Vorwahlkampfes unmöglich machen würden?

Zu diesem letzten Punkt kenne ich aber die Antwort: **die ungarische Opposition würde hilfesuachend nach Brüssel rennen, weil in Ungarn ihrer Meinung nach Diktatur herrscht und die demokratische Rechtsordnung wie auch die Menschenwürde sich in Gefahr befinden.**

Die Autorin, Dr. phil. Irén Rab, ist Kulturhistorikerin.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#)

Ungarnreal

und in deutscher Übersetzung von Gábor Bayor bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Umfrage: 51 Prozent der Wähler würden für Viktor Orbán stimmen

19. 10. 2021

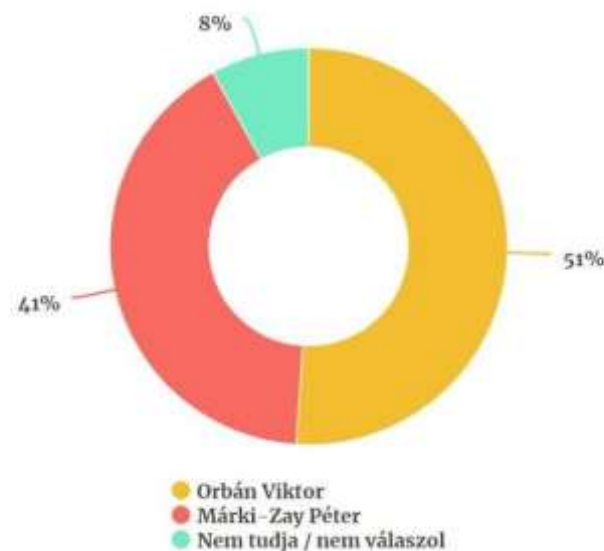


Viktor Orbán · Bildquelle: Magyar Nemzet

Eine aktuelle Umfrage des ungarischen Meinungsforschungsinstituts Századvég zeigt, dass Péter Márki-Zay in Budapest den stärksten Rückhalt hat, während er bei den Wählern auf dem Lande keinen Anklang findet.

Nach Abschluss der linken Vorwahlen führte Századvég eine Umfrage durch, ob die ungarischen Wähler lieber Péter Márki-Zay, den Gewinner der Vorwahlen, oder den Amtsinhaber Viktor Orbán ab 2022 als Premierminister sehen würden.

Die Umfrage ergab, dass 51 Prozent für Orbán stimmen würden, während 41 Prozent Márki-Zay unterstützen würden. Der Anteil der Nichtantworter und Unentschlossenen liegt bei 8 Prozent.



Die auf der Website von Századvég veröffentlichten Daten zeigen, dass der linke Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zwar in Budapest beliebt ist, aber – wie Gergely Karácsony – bei den Wählern auf dem Land weniger oder gar nicht erfolgreich ist.

54 Prozent der Budapester möchten Márki-Zay als Regierungschef sehen, im Vergleich zu 42 Prozent der Bewohner der Komitatszentren und 37–37 Prozent der Bewohner der Städte und Dörfer.

Im Gegensatz dazu würden 38 Prozent der in der Hauptstadt lebenden Menschen die Wiederwahl Viktor Orbáns unterstützen, und 52 Prozent der in Komitaten lebenden Menschen und 54 bzw. 56 Prozent der in Städten und Dörfern lebenden Menschen würden seine Wiederwahl als Ministerpräsident im Jahr 2022 befürworten.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) „Ich sehe die deutschen Berichte über Ungarn äußerst kritisch, mit einer gewissen Bestürzung“ – Interview mit ehemaligem FAZ-Journalisten Reinhard Olt

18. 10. 2021



Prof. Reinhard Olt - *Bildquelle: Ungarn Heute*

27 Jahre bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und eine gewisse Zeit auch bei der politischen Berichterstattung über Ungarn – so begann Reinhard Olts persönliche Geschichte mit unserem Land. Wie er uns gegenüber zugab, hatte er keine Erwartungen an Ungarn, als er unter anderem ungarischer Korrespondent der deutschen Zeitschrift wurde. Doch er meint, dass die „markantesten Veränderungen im Land indes erst seit Orbáns Wahlsieg 2010 eintraten.“ Der ehemalige Journalist hob unter anderem die Familien-, Wirtschafts- und Minderheitenpolitik hervor. Er hat sich auch mit seiner Arbeit auf das Thema Minderheitenpolitik spezialisiert, worüber er kürzlich sogar das Buch „Im Karpatenbogen“ (Herausgegeben von der Stiftung „Freunde von Ungarn“) verfasste.

INTERVIEW

27 Jahre lang waren Sie bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung tätig, können Sie sich noch an den ersten Ungarn-Bericht erinnern?

Gewiss. Mein erster Bericht kam aus Budapest und erschien am 14. Mai 1991 in der F.A.Z. Ich habe ihn bewusst in mein Buch [„Im Karpatenbogen...“/„A Karpatok iven...“](#) aufgenommen, unter dem Titel „Wie alles begann“. Ich schrieb damit aber nicht über Ungarn als Land, sondern berichtete über einen Nationalitätenkongress, der in Budapest stattgefunden hatte.

Was waren Ihre Erwartungen an das Land, als Sie Korrespondent wurden, und was haben Sie im Vergleich dazu gesehen?

Ich trat meine Korrespondentenstelle in Wien 1994 an, wurde aber für die politische Berichterstattung über Ungarn erst 2000 zuständig. Das heißt aber nicht, dass ich das Land nicht von Anfang an im Blick gehabt hätte. Mit Ungarn beschäftigte ich mich schon, als ich in der Frankfurter Zentralredaktion von 1985 bis 1994 tätig war. Ja eigentlich befasste ich mich schon während des Studiums der Osteuropäischen Geschichte mit Ungarn.

Als ich dann als Korrespondent für Ungarn tatsächlich zuständig wurde, hatte ich keine speziellen Erwartungen an das Land, ich war eigentlich nur neugierig auf die damals seit zwei Jahren im Amt befindliche erste Regierung Orbán.

Doch bevor ich damit genügend Erfahrung sammeln konnte, war sie alsbald wieder Geschichte, denn die alte Formation aus MSZP und SZDSZ unter Medgyessy löste sie 2002 ab.

Wie hat sich das Land in diesen 27 Jahren am meisten verändert?

Die markanteste Veränderung war zweifellos der – von Ungarn initiativ mitbewirkte – Systemwechsel und der Übergang vom „Gulaschkommunismus“, in der „lustigsten Baracke des Ostblocks“, zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Die markantesten Veränderungen traten indes erst seit Orbáns Wahlsieg 2010 ein. Erst von da an wurden Fakten geschaffen, welche das Tun der „in neuem Kleid wirkenden alten Kräfte“ unterband.

Nur zum Vergleich: Wohin es führt, wenn die „alten Kräfte“ mit ihrem Gebaren trotz wechselnder Regierungen an der Macht bleiben konnten, sieht man im benachbarten Rumänien! Budapest, die Hauptstadt, aber auch andere Teile des Landes, die ich kennenlernte, sind seitdem ersichtlich sauberer geworden.

Ungarn hat sich während der Wahl- und Regierungsperioden seit 2010 zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Die praktizierte Familienpolitik ist

beispielhaft, die Unterbindung des Zustroms aus Kulturkreisen, mit denen unsere christlich-abendländische Kultur nichts gemein hat, und haben sollte, ist mustergültig, und die Wahrung der nationalen Identität und des Nationalbewusstseins der Magyaren ist vorbildlich.

Wie sehen Sie heute die deutschen Medienberichte über Ungarn? Haben sich diese in den letzten Jahren/Jahrzehnten wesentlich verändert?

Ich sehe sie äußerst kritisch und mit einer gewissen Bestürzung. Natürlich haben sie sich in den letzten Jahren verändert – alles andere als zum Besseren verändert.

Wir haben hier in Ungarn oft das Gefühl, dass unser Land bzw. die innenpolitischen Geschehnisse in den deutschen Medien überrepräsentiert erscheinen. Können Sie, als Deutscher in Wien lebend, diese Anmerkung bestätigen?

Dieses Ihr Gefühl mag trügen. Eine „Überrepräsentation“ von innenpolitischen Geschehnissen kann ich nicht bestätigen. Ich kann nur eine völlige Überzeichnung von Geschehnissen bis hin zu bizarren Einseitigkeiten moralinsauren Berichtens und Kommentierens feststellen und dazu bemerken, dass die medialen Betrachtungen zu Ungarn, insbesondere wie sie über die Regierung(sparteien) angestellt und publiziert werden, nicht jenen Maßstäben entsprechen, welche ich kennengelernt und praktiziert habe.

Wird das Bild unseres Landes nicht dadurch entstellt, dass die Korrespondenten der großen ausländischen Zeitungen in den meisten Fällen nicht in Ungarn leben und sogar kein Ungarisch sprechen? (Die Welt, F.A.Z....)

Das sind nicht wirklich schlagkräftige und anwendbare Kriterien, welche Sie hier nennen, um das Bild Ungarns zu entstellen.

Auch ich habe nie im Lande gelebt, auch ich spreche nicht Ungarisch, und ich nehme für mich in Anspruch, dennoch wahrheitsgemäß und redlich berichtet, analysiert und kommentiert zu haben.

Die Probleme liegen nach meinem Dafürhalten woanders. Es wird nicht mehr ordentlich recherchiert, man marschiert in einer Art „Mainstream-Gleichschritt“ mit, weil man sich dessen kaum entziehen kann, ohne Schaden zu nehmen. Man „korrespondiert“, berichtet/beschreibt nicht wirklich nach den grundlegenden journalistischen „W-Fragen“ (Was? Wann? Wer? Warum?), sondern zeigt Haltung. Längst gilt nicht mehr das Diktum eines berühmten deutschen Journalisten namens Hanns-Joachim Friedrichs: *„Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache – auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazu gehört.“*

Sie haben sich in Ihrer Arbeit als Journalist auf das Thema „ungarische Minderheitenpolitik“ spezialisiert. Sie erwähnen in Ihrem Buch „Im Karpatenbogen“ Ihren Vater, der den größten Einfluss auf diese Themenwahl ausübte. Warum?

Ich habe mich als Journalist nicht allein mit „ungarischer“, sondern generell mit Minderheitenpolitik befasst. Und ich habe mich – nicht nur als Journalist, sondern auch als Wissenschaftler, als der ich stets neben dem journalistischen Hauptberuf engagiert gewesen bin und wissenschaftliche Artikel in Büchern und Fachzeitschriften veröffentlichte – selbstverständlich auch mit anderen nationalen Minderheiten beschäftigt.

Mein Vater bereitete dadurch eine Art „Initialzündung“ vor, dass er während seiner Kriegsgefangenschaft in Sibirien in Gulag-Lagern auf Angehörige mehrerer Nationalitäten traf, darunter auch Ungarn – und viel davon erzählte. Das weckte mein Interesse.

Gleichwohl muss ich den Hauptanteil meinem Studium der osteuropäischen Geschichte an einem Institut der Universität Gießen zuschreiben, an dem zahlreiche Forscher aus mittel(o)st- und südosteuropäischen Ländern, darunter auch aus Ungarn, als Dozenten wirkten. Zudem habe ich mich im Geschichtsstudium sehr mit dem Habsburgerreich, also mit Österreich-Ungarn sowie mit den politisch-zeitgeschichtlichen Entwicklungen nach dessen Zusammenbruch infolge des Ersten Weltkriegs beschäftigt.

Wie kam die Idee, das erst kürzlich veröffentlichte Buch zu verfassen? Welches Ziel hat das Buch?

Ich war der erste deutschsprachige Journalist, der einst über die Csángós schrieb. Mein Freund Komlóssy József, ein Szekler, der zu den 1956ern gehört, der wie viele seiner Generation damals Ungarn infolge der sowjetischen Niederschlagung des Aufstands verließ und über Kanada und die Schweiz wieder zurückkehrte, der dann eine wichtige Rolle für Ungarn im Europarat wahrnahm und in der Führung der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) mitwirkte: Er hat mich ebenso dazu ermuntert wie Németh Zsolt, Fidesz-Außenpolitiker und Gründer der „Pro minoritate Alapítvány“.

Zsolt meinte, ich müsse unbedingt ein Buch über die Csángós schreiben. Ich entgegnete, ich fände es wichtiger, über möglichst alle ungarischen Minderheiten zu schreiben und dies in den Rahmen Europäischer Minderheitenpolitik zu stellen. Und „Jóska bácsi“ (also Komlóssy József) trat mit dem Vorschlag an den weltberühmten ungarischen Wissenschaftler Professor Szilveszter Vizi heran, den vormaligen Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und jetzigen Kuratoriumsvorsitzenden der „Stiftung Freunde Ungarns“. Diesem musste ich mein Manuskript zusenden; er war begeistert und befürwortete sofort die Buchausgabe in deutscher Sprache sowie die Übernahme/Finanzierung durch die Stiftung. Und Zsolt Németh garantierte die Ausgabe in ungarischer Sprache.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich völlig ohne Eigennutz das Buch verfasste und das Manuskript gänzlich ohne Honorar bereitstellte.

Ziel des Buches soll sein, in deutschsprachigen Ländern Kenntnisse über und Verständnis für nationale Minderheiten im Allgemeinen und ungarische Minderheiten im Besonderen zu wecken und zu fördern.

Die Ausgabe in ungarischer Sprache richtet sich naturgemäß an alle, die der ungarischen Sprache mächtig sind oder für die das Ungarische Muttersprache ist. Ich bin übrigens gespannt, ob, wie es einige fordern, auch eine Ausgabe in englischer Sprache noch zustande kommt ...

Haben Sie schon eine Rückmeldung dazu erhalten?

Schon viele Rückmeldungen habe ich erhalten, und es dürften mehr werden, wenn die Auslieferung vorankommt, die in der „Corona-Phase“ stockte und daher nicht immer reibungslos klappte.

Ihre ersten Artikel zu diesem Thema stammen aus den neunziger Jahren, sind viele von diesen heute immer noch aktuell?

Selbstverständlich. Denn die Zusammenstellung spiegelt die Entwicklung wider, bildet daher ein inhaltliches Kontinuum und ermöglicht die Reflexion und Durchdringung.

Die Europäische Union hat kürzlich zwei wichtige Initiativen (Minority Safe Pack und die Petition des Szekler Nationalrates) abgewiesen, die dieses Problem hätten beheben können. Waren Sie von der Entscheidung überrascht?

Nein, nicht im Geringsten – so wie die EU konstruiert ist und sich selbst versteht, war dies zu erwarten. Wenngleich ich dies für absolut unangebracht und verfehlt halte.

Es gibt einen Minderheitenschutz in der EU, jedoch bezieht sich dieser in der Praxis eher auf Flüchtlinge und sexuelle Minderheiten als auf ethnische Gruppen. Zugleich lautet das Motto der EU „In Vielfalt vereint“. Was meinen Sie, warum schenken sie diesem Problem nicht mehr Aufmerksamkeit?

Weil zentralstaatlich organisierte bzw. verfasste Staaten – vor allem jene der Romania, insbesondere Frankreich, Spanien und Rumänien – stets dagegen sind und wohl auch bleiben werden.

Glauben Sie, dass der Westen die durch Trianon verursachten Narben schon versteht?

Nein, „der Westen“ will sie gar nicht verstehen – lediglich historisch Beschlagene und die, die darunter leiden, verstehen, was Trianon für Ungarn und die Magyaren bedeutet.

Wie kann man das einem Ausländer, zum Beispiel einem deutschen Staatsbürger, überhaupt erklären?

Man kann dies jedem Ausländer erklären – sofern er über gewisse Grundkenntnisse verfügt, Bereitschaft zeigt und man als Erklärer Geduld dafür aufbringt.

Wie gut verstehen die jeweiligen deutschen Regierungen die Triebkräfte der ungarischen Außen- und Innenpolitik?

Darüber ist kein Pauschalurteil möglich – die eine versteht sie (gut), die andere weniger; die eine ist interessiert, die andere weniger bis gar nicht.

Wir sind jetzt kurz nach den Bundestagswahlen in Deutschland. Nach dem Sieg der deutschen Sozialdemokraten erwarten viele eine „Abkühlung“ in den ungarisch-deutschen Beziehungen. Ist das Ihrer Meinung nach eine reale Vision?

Zweifellos – dennoch wird es aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zu einer „Eiszeit“ kommen; das wäre den obwaltenden Interessen zuwiderlaufend und insgesamt widersinnig!

Vor ein paar Jahren wurden Sie Mitglied der Stiftung der „Freunde von Ungarn“ in Budapest. Lieben Sie das Land so sehr?

Ich liebe allein meine Frau! Ich schätze das Land ungemein und mich freut das Nationalbewußtsein der Ungarn, dem ich mich zutiefst verbunden fühle.



Im Jahr 2017 wurden Sie mit dem „Freund-von-Ungarn-Preis“ [ausgezeichnet](#), der an Personen verliehen wird, die sich unter anderem für die Verbesserung der Darstellung Ungarns einsetzen. Wie konnten Sie seitdem zu den Interessen Ungarns bzw. zu einer positiven Entwicklung der ungarischdeutschen Beziehungen beitragen?

Ob ich tatsächlich etwas dazu beitragen konnte, vermag ich nicht einzuschätzen. Ich bemühte und bemühe mich lediglich, publizistisch aktiv und passiv, daran mitzuwirken.

Sie haben in Ihrem Leben viel Zeit in Ungarn verbracht. Haben Sie jemals daran gedacht, dauerhaft hierher zu ziehen?

Daran gedacht schon, aber gerade heraus: Dies wäre mit sehr vielen Umständen und Unwägbarkeiten vor allem hinsichtlich meiner angeschlagenen Gesundheit verbunden, für deren Überwindung ich nicht mehr die Kraft aufbringen könnte.

Und „Ehren(staats)bürger“ werde ich wohl kaum, was einen Umzug moralisch nach sich ziehen würde ...

Quelle: [Ungarn Heute](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Budapest: „Die Drohungen der Linken sind unerträglich“

18. 10. 2021



Foto: István Mirkó / Magyar Nemzet

Die Vereinbarung zwischen den beiden Gründern des Rates der Europäischen Union für zivile Zusammenarbeit (EUCET), dem Forum der Bürgervereinigung (CÖF) und dem Club der Gazeta Polska, ist die engste europäische Zusammenarbeit, die es geben kann, sagte der am Samstag gewählte Generalsekretär des EUCET. Zoltán Lomnici sagte auch, dass der Budapester Friedensmarsch am 23. Oktober der größte sein könnte, der jemals von der Technischen Universität bis zur Andrassy-Allee stattfand.

Die wichtigste Errungenschaft des vor zwei Jahren gegründeten Rates der Europäischen Union für zivile Zusammenarbeit (EUCET) ist, dass wir auf Berichterstatterebene aus mehr als einem Dutzend EU-Mitgliedsstaaten Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache gewonnen haben, die sich für eine auf starken Nationalstaaten basierende Europäische Union einsetzen, so Zoltán Lomnici, ein Verfassungsrechtler. Der neu gewählte Generalsekretär von EUCET betonte, dass die Vereinbarung zwischen den beiden Gründern der europäischen Kooperationsorganisation, dem Zivilen Kohäsionsforum (CÖF) und dem Club der Gazeta Polska, die engste europäische Zusammenarbeit ist, die es geben kann.

„Die Europäische Union muss sich auf ein Europa der Nationen stützen“ Vergessen wir nicht, dass Gruppen mit souveränistischen, nationalkonservativ-christlichen Werten heute im europäischen politischen Raum nachweislich im Nachteil sind. Im Vergleich dazu sind wir fast schockiert, dass Menschen von Spanien bis Polen, von Frankreich bis Finnland unsere Initiative unterstützen, was an sich schon ein großer Erfolg ist,“ so Lomnici.

Er führte ferner aus, dass der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments, der sich mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit befasst, früher Vertreter der CÖF zu seinen Sitzungen

einlud, diese Gesten nun aber eingestellt wurde, wodurch das ohnehin fragile Gleichgewicht in den EU-Institutionen gestört wird.

Der Verfassungsrechtler wies auch darauf hin, dass die derzeitige EU-Politik die Legitimität der Organisation zeige: „Während in unserem Land nationale Konsultationen oder Volksabstimmungen gut funktionieren, scheint Westeuropa direktdemokratische Institutionen zunehmend unmöglich zu machen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Europäische Kommission in Brüssel die Initiative „Minority Safe Pack“ für die Rechte nationaler Minderheiten und andere Vorschläge, mit denen sie sich regelmäßig befassen sollte, einfach unter den Tisch fallen lässt. Zoltán Lomnici erklärte, dass das Komitee unter dem Vorsitz von László Csizmadia plant, ein Büro in Brüssel einzurichten und mit europäischen souveränen NGOs in Kontakt zu bleiben.

Die größte jemals erwartete Anzahl von Menschen auf dem Budapester Friedensmarsch

Er sagte auch, dass die Organisatoren realistisch davon ausgehen, dass am 23. Oktober die größte Friedensdemonstration aller Zeiten stattfinden wird. Der CÖF-CÖKA-Sprecher erinnerte daran, dass der erste Friedensmarsch im Jahr 2012 nach den Erinnerungen von András Bencsik mit 30.000 bis 50.000 Menschen geplant war, aber im Vergleich dazu – unter Berufung auf einen linken Pressebericht von damals – die Straßen von Budapest mit endlosen Menschenmassen gefüllt waren.

Im Geiste der Würde und des Respekts vor dem Gedenken an die Opfer von 1956

Mit dem Näherrücken der Konferenzen über die Zukunft der Europäischen Union müsse Brüssel die Botschaft übermitteln werden, dass es die vielen ungarischen Menschen, die in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft für ein unabhängiges, starkes und freies Ungarn gekämpft haben, nicht ignorieren kann. – Die andere Botschaft des Marsches richtet sich an die dunkle, unnachgiebigere linke Opposition als je zuvor, die in letzter Zeit nicht nur politische Debatten mit der nationalen Rechten führt, sondern auch deren Führer und Mitglieder physisch, psychisch und existenziell bedroht. „Das ist unerträglich“, sagte Lomnici. Auf unsere Frage hin äußerte sich der Verfassungsrechtler auch zu den Vorwahlen der Linken, die er als einen Zirkus bezeichnete, bei dem nichts auf dem Spiel stehe, der unaufrichtig und in Bezug auf die rechtlichen Garantien unberechenbar sei.

- Sie ignorieren die Wähler im In- und vor allem im Ausland und beleidigen damit immer wieder das ungarische Volk, sagte Zoltán Lomnici, der meinte, dass es selbst mit viel strengeren rechtlichen Garantien unrealistisch sei, dass sich diese Institution in unserem Land etablieren könne.

Es sei sehr wahrscheinlich, dass sich die ungarische Linke, wie viele andere europäische Beispiele, die schief gelaufen sind, langfristig nicht für diese Lösung entscheiden werde. Es sei jedoch offen, wie der Prozess selbst finanziert werde, wie die einzelnen Kandidaten Wahlkampf machten und was mit den Wählern geschehe, deren Daten möglicherweise auf ausländischen Servern gespeichert seien. „Die Beispiele aus dem Ausland, vor allem aus Übersee, zeigen, dass diejenigen, die an ähnlichen Vorwahlprozessen teilnehmen, viel ernster genommen und geschützt werden“, fügte der EUCET-Generalsekretär hinzu.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Viktor Orbán feiert die slowakisch-ungarische Freundschaft in Esztergom (Gran)

18. 10. 2021



Foto: Facebook / Visegrád Post

Die slowakisch-ungarische Freundschaft ist ein wiederkehrendes Thema in den öffentlichen Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, [der keine Gelegenheit auslässt, sie zu feiern](#), wie am Montag, den 11. Oktober in Gran (*Esztergom*) in Begleitung seines slowakischen Amtskollegen Eduard Heger anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Einweihung der Maria-Valeria-Brücke, die die ungarische Stadt Gran mit dem slowakischen Šturovo am anderen Donauufer verbindet.

„Wir sind keine Feinde, sondern Waffenbrüder“

„Freundschaft und Bündnis [zwischen Ungarn und der Slowakei] sind der Schlüssel zu unserem Überleben“, sagte er.

„Es kann kein erfolgreiches Ungarn ohne erfolgreiche Slowakei geben und umgekehrt.“

[...] An der Grenze zwischen zwei Ländern, die getrennt und gemeinsam eine harte Lektion aus der Aggression der Besatzer des letzten Jahrhunderts gelernt haben, ist es leicht zu erkennen, dass wir Slowaken und Ungarn keine Feinde, sondern Waffenbrüder sind [...]

Unfreundschaft ist zwischen den Ländern Mitteleuropas unnötig. Die Garantie für unser Überleben ist Freundschaft und die Bildung eines Bündnisses

[...] Die Maria-Valeria-Brücke bleibt ein Symbol dafür, dass wir die Zukunft Europas sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass jemand die Brücken zwischen uns wieder abreiße.“

Innerhalb dieses Jahrzehnts sollen vier weitere Brücken zwischen der Slowakei und Ungarn über die Donau gebaut werden.

Projekt zum Kauf von Ackerland in der Südslowakei

Diese schönen Worte können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen Ungarn und Slowaken ein gewisses Misstrauen herrscht, das sich u.a. in der

nach der Intervention von Eduard Heger bei Viktor Orbán am 11. Oktober in Grab schließlich aufgegebenen Initiative zum Erwerb von Ackerland in großem Umfang – ohne vorherige Absprache mit Preßburg – durch einen ungarischen Staatsfonds,

widerspiegelt.

Eine erste Intervention des slowakischen Außenministers Ivan Korčok (SaS) bei seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó am 5. Oktober trug offenbar nicht gleich die erhofften Früchte. Der Verzicht wurde am 12. Oktober von Viktor Orbán gegenüber Ivan Korčok schriftlich bestätigt, der daraufhin erklärte:

„Ich denke, dies bestätigt die Notwendigkeit gegenseitiger Konsultationen und eines intensiven Dialogs über alles, was wir in unseren bilateralen Beziehungen tun“.

In einem ähnlichen Zusammenhang hatte Rumänien seine Rechtsvorschriften geändert, um die Veräußerung von Ackerland auf rumänischem Gebiet zu verhindern.

Die Frage der ungarischen Minderheit

Die Tatsache, dass die Südslowakei, in der sich diese Ländereien befinden, die der ungarische Staat zu kaufen beabsichtigte, ebenso wie die slowakische Stadt Šturovo (*Párkány*) gegenüber von Esztergom, überwiegend von Magyaren bewohnt wird, die von den Ungarn als durch Trianon getrennte Brüder betrachtet werden und in denen die Slowaken nach wie vor eine Art fünfte Kolonne sehen, trägt dazu bei, dass eine von beiden Seiten gewünschte Freundschaft wegen weniger versöhnlicher Erklärungen auf beiden Seiten manchmal rasch ins Wanken gerät.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Die Sicherheit des ungarischen Judentums

14. 10. 2021



Katalin Novák: In Ungarn spielt eine offen antisemitische Partei, Jobbik, eine Schlüsselrolle im Oppositionsbündnis, und das hat keine internationalen Auswirkungen · Foto: Facebook

Katalin Novák betonte auf einer Konferenz in Schweden die Bedeutung der Bekämpfung des Antisemitismus. Die Ministerin erinnerte die Teilnehmer daran, dass Ungarn Nulltoleranz erklärt hat und dass der Grenzschutz neben vielen anderen Maßnahmen auch der Sicherheit der Juden dient.

Von Mariann Óry

Das Internationale Forum gegen Antisemitismus und die Holocaust-Gedenkkonferenz fanden am Mittwoch in Malmö, Schweden, statt. An der hochrangigen Veranstaltung nahmen Staats- und Regierungschefs aus 40 Ländern, Minister, Leiter von EU-Institutionen und der Generalsekretär des Europarats, mehrere internationale NRO, darunter der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, sowie Vertreter großer Unternehmen wie TikTok, Facebook und Google teil.

Ungarn war durch Katalin Novák, Ministerin ohne Geschäftsbereich für Familien, vertreten, die den ungarischen Standpunkt in der Sitzung „Bekämpfung des heutigen Antisemitismus und anderer Formen des Rassismus online und offline“ darlegte. Zu den Rednern in diesem Teil der Konferenz gehörten der irische Premierminister Michael Martin, Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats, und Margaritis Skinas, Vizepräsident der Europäischen Kommission. Wie die ungarische Ministerin in einem Facebook-Posting mitteilte, wurde sie auch vom schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven und der Bildungsministerin Anna Ekström empfangen.

Die Organisatoren der Konferenz haben alle teilnehmenden Länder um Zusagen gebeten. Ungarn verpflichtete sich, antisemitische Gruppen in der BDS-Bewegung, die zum Boykott Israels aufgerufen hat, einzudämmen und zu verhindern, dass EU-Gelder an diese Bewegung fließen. Ungarn gewährleistet die Freiheit jüdischer religiöser Praktiken und Traditionen und wendet sich gegen Einschränkungen und Verbote dieser Praktiken. Zu diesem Zweck hat Ungarn die Arbeitsdefinition der Internationalen Vereinigung zur Erinnerung an den Holocaust (IHRA) für Antisemitismus übernommen und verpflichtet sich, ihre Umsetzung weiter zu beschleunigen und zu vertiefen. Darüber hinaus wird Ungarn im Rahmen der ungarisch-serbischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Holocaust-Gedenkstätte in der serbischen Stadt Bor einrichten und sein Programm zur Renovierung von Synagogen und Friedhöfen fortsetzen.

Katalin Novák erinnerte ihre internationalen Partner daran, dass die ungarische Regierung eine Nulltoleranzklärung gegen Antisemitismus abgegeben hat und dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern heute in Ungarn in größter Sicherheit leben, wo sie ihre Identität in völliger Freiheit leben können und nicht durch den wachsenden Antisemitismus aufgrund der Migrationswelle in Europa bedroht werden. Die Ministerin betonte, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um zu verhindern, dass antisemitische Kräfte in die Regierung gelangen. Sie machte die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass in Ungarn eine offen antisemitische Partei, Jobbik, eine Schlüsselrolle im Oppositionsbündnis spielt und dass dies bisher keinerlei internationale Auswirkungen hatte. Im Rahmen des ungarischen Kampfes gegen den Antisemitismus unterstützt die Regierung auch die Renovierung von Synagogen und jüdischen Kultstätten, arbeitet mit jüdischen Interessenverbänden zusammen, macht die Holocaust-Erziehung zum Bestandteil des nationalen Lehrplans und verteidigt die Staatsgrenze.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Ungarn: Sorgerecht für Kinder nach der Scheidung

14. 10. 2021



Foto: 123RF

Nach einer Scheidung sind die Kinder die Leidtragenden in einer zerrütteten Familie. Der von der ungarischen Justizministerin Judit Varga vorgelegte Gesetzentwurf soll dazu beitragen, dass minderjährige Kinder nicht von einem Elternteil getrennt werden müssen.

Ein Gesetzesentwurf, der viele Bereiche des Kinderschutzes abdeckt, wurde dem Parlament vorgelegt, gab Justizministerin Judit Varga auf ihrer Social-Media-Seite bekannt. Da es für Kinder sehr schwierig ist, nach einer Scheidung von einem Elternteil getrennt zu sein, würde der Entwurf es dem Gericht ermöglichen, einem Elternteil auf Antrag das gemeinsame Sorgerecht zuzusprechen, d. h. beide Elternteile könnten sich bei der Betreuung des Kindes für denselben Zeitraum abwechseln.

In ihrem Beitrag verwies die Ministerin auf die bereits erzielten Fortschritte: „Wir haben das Meldesystem für den Kinderschutz verstärkt. Das System zur Erkennung und Meldung von gefährdeten Kindern ist nun auf vier Ebenen organisiert: auf lokaler, Bezirks-, Landes- und nationaler Ebene. Für die Behandlung dringender Fälle wurden kürzere Fristen festgelegt, damit die Gerichte in Familiensachen schneller entscheiden können. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz minderjähriger Kinder in Familienrechtsfällen ein.

§Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass Kinder so schnell wie möglich Unterhaltszahlungen erhalten, und damit die Wirksamkeit der Unterhaltsbeitreibung erhöht. Wir haben die Vollstreckung von Umgangsverfügungen effektiver gestaltet und die Verfahrensgarantien verbessert. Wir haben den Kindern eine echte Chance gegeben, ihre Meinung zu äußern“, so Varga.

Die Ministerin betonte auch, dass die Arbeit mit der Expertenarbeitsgruppe zum Familienrecht, der Arbeitsgruppe zum Familienrecht mit mehr als 20 NGOs und der in diesem Jahr eingerichteten operativen Arbeitsgruppe fortgesetzt wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Gerhard Papke: „Das Gepflegte Zerrbild des modernen Ungarn“

Ein Vortrag von Dr. GERHARD PAPKE, Präsident des Deutsch-Ungarischen Gesellschaft E.V. bei "Schwarmintelligenz 2021"
Transkript des Vortrags

12. 10. 2021



Dr. Gerhard Papke · Bildquelle: Ungarnreal

In Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der FDP und ist jetzt und in dieser Funktion hier der Präsident der deutsch-ungarischen Gesellschaft, die heute das erste Mal beim Schwarm dabei ist, und wird uns einige Dinge sagen zum schwierigen, aber schönen deutsch ungarischen-Verhältnis. Gerhard Papke Herzlich willkommen!

Ja, ja. Lieber Klaus, vielen herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch darf man diese Anrede in Deutschland ja benutzen. Es gibt wohl kaum ein anderes Land in Europa, dem wir Deutschen so viel zu verdanken haben wie Ungarn. Und zugleich gibt es kaum ein anderes Land in Europa. Das von Deutschland so unfair behandelt wird. Wenn gute Freunde schlecht behandelt werden, meine Damen und Herren, dann darf man das nicht einfach hinnehmen, sondern dann muss man seine Stimme dagegen erheben. Und dazu möchte ich ihn gerne in der gebotenen Kürze der Zeit einige Gedanken vortragen. So ein bisschen strukturiert anhand von drei Fragen. Erstens Was haben wir Ungarn zu verdanken? Zweitens Wie wird in Deutschland mit Ungarn und ungarischer Politik umgegangen? Und drittens. Warum ist das so? Woran liegt das? Wir werden morgen den Tag der Deutschen Einheit begehen, der in den Köpfen von uns allen vor allem verbunden ist mit dem 9. November 1989, dem Fall der Berliner Mauer. Und ich bin mir sicher, wir alle sind froh, dass wir diesen Tag. Der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes haben miterleben dürfen. Wir sollten aber und das würde ich gerne heute machen! Unsere Erinnerung nicht nur auf den 9. November 1989 richten, sondern zum Beispiel auf den 19. August 1989. Da gab es in Sopron an der ungarisch österreichischen Grenze, unweit von Wien, das sogenannte Paneuropäische Picknick. Das hört sich jetzt so an, als hätten sich da ein paar Leute an einem lauen Sommernachmittag zu Kaffee und Kuchen im Grünen getroffen. Tatsächlich. Gab es an diesem Tag ein wirklich historisches Ereignis? Denn Ungarn hat am 19. August 1989 die Grenze, wenn zunächst auch vorübergehend geöffnet, um 700 DDR-Bürgern, um 700 von unseren Landsleuten den Weg in die Freiheit zu

ermöglichen. Man muss sich das wirklich noch mal vor Augen führen, weil Ungarn stand damals noch unter dem kommunistischen Regime. Und wenn diese 700 jungen DDR-Bürger am selben Tag versucht hätten, in Berlin über die innerdeutsche Grenze zu flüchten, hätten viele von denen das nicht überlebt. Die Ungarn sind ins Risiko gegangen, um den Angehörigen eines anderen Volkes den Weg in die Freiheit zu ermöglichen. Das sind die Ungarn, meine Damen und Herren. Und ich will drittens ihr Augenmerk noch auf ein anderes historisches Datum richten, das etwas weiter zurückliegt auf den 23. Oktober. Der 23. Oktober ist in Ungarn Nationalfeiertag und die Ungarn erinnern Jahr für Jahr an den 23. Oktober 1956. Das war der Tag, an dem der ungarische Volksaufstand gegen die kommunistische Unterdrückung losbrach. Er brach wirklich los. An diesem Tag waren Hunderttausende in Budapest auf den Straßen, um für die Freiheit ihres Landes zu demonstrieren und zu kämpfen. Und auch wenn dieser Volksaufstand nach zwei Wochen durch russische Panzer niedergewalzt wurde. Der Aufstand war nicht vergebens und der Aufstand der Ungarn gegen den Kommunismus war nicht nur ein Ereignis der ungarischen Geschichte, sondern ein Meilenstein der europäischen Freiheits Geschichte. Denn er hat im Bewusstsein ganz Europas. Die Überzeugung lebendig gehalten, dass die kommunistische Unterdrückung Europas und die Teilung Europas niemals von Dauer sein würde, meine Damen und Herren, auch das haben wir den Ungarn zu verdanken. In den gut 1000 Jahren ihrer staatlichen Existenz haben die Ungarn permanent ums nackte Überleben kämpfen müssen.

Dr. Gerhard Papke: "Das gepflegte Zerrbild des modernen Ungarn" | Schwarmintelligenz im Livestream

2.968 Aufrufe

Live übertragen am 02.10.2021

<https://www.youtube.com/watch?v=MC9NRSyMW2E>

Sie haben Phasen brutaler Besetzung erlebt. 150 Jahre alleine durch das Osmanische Reich. Und sie haben sich niemals unterkriegen lassen. Glauben Sie mir eins, meine Damen und Herren, die Liebe zur Freiheit ist in der DNA des ungarischen Volkes fest verankert. Die Ungarn brauchen keinen arroganten Nachhilfeunterricht aus Westeuropa, wie freiheitliche Demokratie funktioniert. Und im Übrigen aus Deutschland brauchen sie diesen Nachhilfeunterricht schon gar nicht. Wirklich nicht aus Deutschland. Kommen wir zum Zweiten Punkt. Wir haben in diesem Jahr den traurigen, bisher traurigen Höhepunkt der Kampagne gegen ungarische Politik in Deutschland, auch in anderen Ländern Westeuropas. Aber bleiben wir bei Deutschland. Sie erinnern sich alle an die Fußball-Europameisterschaft, an das Heimspiel der deutschen Mannschaft gegen Ungarn. Als eine große Mehrheit der deutschen Parteien und der deutschen Medien der Auffassung war, das wäre doch jetzt mal die richtige Gelegenheit, um ein weltweit sichtbares Zeichen gegen die böse homophobe Politik der Ungarn zu setzen und die Münchner Allianz-Arena in Regenbogenfarben zu illuminieren. Auf allen Kanälen konnten sie wie selbstverständlich die Nachricht verfolgen, in Ungarn herrsche eine Politik der Homophobie, also der Schwulenfeindlichkeit. Das wurde wie selbstverständlich wie ein Naturgesetz verbreitet. Und es wurde begründet mit einem Gesetz, das die ungarische Nationalversammlung verabschiedet hatte. Dessen Ziel es war und ist, die Frühsexualisierung von Kindern im Schulunterricht zu begrenzen, meine Damen und Herren, darum ging es. Nur mal so als Randbemerkung. Ich habe die Ahnung, wenn alle deutschen Eltern mitbekommen würden, mit welchen Unterrichtsmaterialien bei diesem Thema in deutschen Schulen operiert wird, dann glaube ich, würden viele von denen auch durchaus ein ähnliches Gesetz in Deutschland befürworten.

Eins ist jedenfalls klar. Die Rechte von erwachsenen Homosexuellen wurden durch dieses Gesetz in Ungarn überhaupt nicht berührt. Niemand in Deutschland wollte zur Kenntnis nehmen, dass es in Ungarn seit vielen Jahren. Ein Das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft gibt weitgehend identisch mit der mit der deutschen Regelung. Und dass Homosexuelle in Ungarn geschützt, gut und sicher leben können, das ist die Realität. Das wurde in Deutschland komplett ausgeblendet. Und das war er schneidend und diffamierend gegenüber unseren ungarischen Freunden, meine Damen und Herren, so etwas gehört sich nicht. Und der Gipfel der Unverschämtheit war da noch das eigene, die eigene Rolle als Gastgeber so zu missbrauchen. Also wer als Gastgeber so mit seinen Gästen umgeht, der muss sich nicht wundern, wenn er bald keine Freunde mehr hat. Im Übrigen Wenn die ungarische Mannschaft nach Deutschland kommt, dann fühlen sich alle stark. Dann blasen alle die Backen auf. Wir haben Ende nächsten Jahres die Fußball-WM in Katar. Ah ja, da wird Homosexualität mit Gefängnis bestraft. Meinen Sie denn, dass der DFB vor den Stadien in Katar dann auch Regenbogenflagge verteilen lässt? Meinen Sie das? Meinen Sie? Meinen Sie, dass Markus Söder dann auf der Tribüne sitzt? Oder andere mit der mit der Regenbogen Maske im Gesicht? Das ist Pharisäertum, meine Damen und Herren, dass in Deutschland leider zur Normalität geworden ist. Ich halte das für fatal. Kommen wir zu einem zweiten Punkt. Ist auch ein Vorwurf, der permanent weiter verbreitet wird.

Die angebliche Abschaffung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt. Ich hatte vor einigen Wochen mal Gelegenheit, bei Phoenix mit Frau Barley darüber zu debattieren. Nein, mir hat das Spaß gemacht. Mir hat das Spaß gemacht. So, und dann habe ich gesagt Ja, Frau Barley, dann konkretisieren wir das doch mal, gehen wir das doch mal durch. Orientieren wir uns mal an den Fakten. Der Reichweiten stärkste ungarische Fernseher ist RTL. Regierungskritisch die auflagenstärkste ungarische Tageszeitung Népszava, traditionelle sozialdemokratische Zeitung. Knallhart auf der Seite der Opposition. Die auflagenstärkste Wochenzeitung HVG geht so brutal mit der ungarischen Regierung ins Gericht, wie sich das in Deutschland kaum eine Zeitung trauen würde. Gucken wir ins Internet. Von den acht Reichweiten stärksten Online-Portalen. Die in Ungarn auf Ungarisch senden sind 7 eindeutig auf der Seite der Opposition. Das sind die Fakten. Deshalb finde ich es immer wieder, drücken wir es mal diplomatisch aus bemerkenswert, wenn ausgerechnet in den Beiträgen von ARD und ZDF. Immer die angeblich fehlende Medienvielfalt in Ungarn beklagt wird. Das hat was. Interessant ist im Übrigen auch nicht nur das, was berichtet wird, sondern auch, was nicht berichtet wird. Als die Ungarn ihre letzte Linksregierung abgewählt haben sie haben sie regelrecht davongejagt 2010 war Ungarn wirtschaftlich und sozial völlig am Ende. Wir haben in Erinnerung aus 2010 immer die Krise in Griechenland. Die in Ungarn hatte eine ähnliche Dimension. Das Land war wirklich völlig am Ende. Und dann hat eine neue Regierung ein marktwirtschaftliches Reformprogramm implementiert. In einer Konsequenz und Radikalität, die wir uns gar nicht vorstellen können. Beispielsweise mit einem Flat Tax Steuersatz bei der Einkommenssteuer: 15 Prozent.

Das wird bei uns nur unter ganz verwegenen Fachkreisen diskutiert. Die anderen trauen sich das gar nicht mehr. Unter Abschaffung fast aller steuerlichen Ausnahmetatbestände eine richtig radikale Steuerreform. Ungarn hat die niedrigsten Körperschaftssteuersatz in der gesamten Europäischen Union von neun Prozent und diese marktwirtschaftliche Reformpolitik hat eine Wachstumsdynamik entfaltet, die enorm ist, ohne die man die enorme Zustimmung der ungarischen Bevölkerung zu ihrer Regierung gar nicht verstehen kann. Aber auch das wird komplett in der Berichterstattung in Deutschland ausgeblendet. Nur um das mal zu konkretisieren. 2010 gab es in Ungarn bei etwa 10 Millionen Einwohnern noch 1,8 Millionen Steuerzahler. Zehn Jahre später, 2020, waren daraus 4,5 Millionen geworden. Trotz trotz einer drastisch reduzierten Einkommenssteuer von 1,8 4,5 Millionen innerhalb dieser zehn Jahre ist die Arbeitslosigkeit in Ungarn von 12,5 Prozent auf 3,3 Prozent

runtergegangen. Und nach den Daten von Eurostat hat in diesem Zeitraum der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, von 27 Prozent abgenommen auf 8,7 Prozent. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn auf solche Fakten in Deutschland auch gelegentlich einmal hingewiesen würde, meine Damen und Herren. Das passiert nicht und deshalb sind wir bei der Frage Warum nicht? Und ich sage Ihnen ganz offen Das ist eine Frage, ich bin alle paar Wochen in Budapest, die mir viele Ungarn auch stellen, weil man muss wissen, die Ungarn lieben Deutschland. Wer von ihnen schon mal Gelegenheit hatte, sich etwas länger in Ungarn aufzuhalten, der merkt, mit welchem Respekt und welcher Sympathie die Ungarn uns Deutschen in aller Regel begegnen.

Die die glauben auch nie, wenn ich den erzähle, wie das in Berlin so aussieht. Nein, nein, das wirklich. Das könnte. Das könnte sich gar nicht vorstellen. Weil es gibt in Ungarn keine brennenden Barrikaden. Da werden keine Autos von Andersdenkenden angezündet. Es gibt überhaupt keine politische Gewalt, es gibt es nicht. Das kennen die gar nicht. Und wenn man denen dann erzählt, wie sich das bei uns so entwickelt, dann glauben die manchmal, man würde aus Kolumbien berichten, aber es ist leider Berlin. Warum, warum wird in Deutschland so mit Ungarn umgegangen? Ich versuche meinen ungarischen Gesprächspartnern und Freunden dann immer zu erklären, dass es sich nicht gegen Ungarn selbst richtet, sondern dass die Ursache für diese Diffamierungskampagne und Desinformationskampagne, an der sich leider weite Teile der deutschen Politik und auch der Medien beteiligen. Als Ursache schlichtweg hat. Das den meisten deutschen Parteien und den deutschen Medien die ganze Richtung der ungarischen Politik nicht passt, die ganze Richtung passt ihnen nicht. 2015 hat Deutschland die Grenzen Europas geöffnet und der gesamten Europäischen Union seine Migrationspolitik aufgezwungen. Die Ungarn waren strikt dagegen. Und seitdem gibt es diesen grundsätzlichen Konflikt zwischen der deutschen Regierung und den Ungarn, die Europa verteidigen wollen. Und die wir haben gerade auch schon darüber diskutiert, die kulturelle Identität Europas verteidigen wollen. Das Selbstverständnis der Ungarn ist ein christlich abendländisches. Sie sind auch deshalb gegen die Massenmigration nach Europa, weil sie nicht ihr christlich abendländisches Selbstverständnis der Massenmigration opfern wollen. Meine Damen und Herren. Das ist die feste Überzeugung der Ungarn. Und da steht erkennbar in Kontrast zu der kulturellen Beliebigkeit der politischen Linken weit über Deutschland hinaus.

Es ist ein massiver Kontrast und der dritte Punkt. Der die Kampagne gegen Ungarn erklärt. Ist natürlich eine Frage, die mit der Statik der Europäischen Union zu tun hat. Wenn Sie sich die Institutionen in der Europäischen Union in Brüssel anschauen, egal ob Parlament, Kommission, EuGH in einem sind sie sich einig Sie wollen mehr Macht. Sie wollen immer mehr Einfluss nach Brüssel verlagern, parteiübergreifend, Institutionen übergreifend. Ist das der Punkt, der alle zusammenbringt und das größte Hindernis für diese Politik, die am Ende, wenn man sie nicht aufhielten, zu einem europäischen Superstaat führen würde? Das größte Hindernis für diese Politik ist Ungarn. Meine Damen und Herren! Denn die Ungarn sind Pro-Europäer, glühende Pro-Europäer. Sie wollen aber keinen Brüsseler Zentralismus, sondern sie wollen ein Europa der Vaterländer. Sie wollen ein freiheitliches Europa. Und sie haben recht damit. Und deshalb müssen sie dabei unterstützt werden. Und ich beobachte ja wirklich bin habe viel erlebt in der Politik, aber ich beobachte zum Teil mit Entsetzen, wie die Kampagne gegen Ungarn gerade in Brüssel hochgefahren wird. Erinnern Sie sich noch an das Zitat des niederländischen Regierungschefs vor einigen Wochen Mark Rutte, der nach dem Europäischen Rat in Brüssel in die laufenden Fernsehkameras gesagt hat Wir wollen Ungarn in die Knie zwingen. Wir wollen Ungarn in die Knie zwingen. Eine unfassbare Entgleisung im Umgang untereinander. Wenn das die neue Tonlage ist, meine Damen und Herren, wie will man denn dann Europa zusammenhalten? Wie will man denn dann sicherstellen, dass wir im Konzert der Großen.

In den Auseinandersetzungen mit China, mit Russland, aber auch unseren amerikanischen Freunden überhaupt noch noch mitreden wollen. Ganz zu schweigen von der islamistischen Bedrohung. Wir haben doch gerade das Desaster in Afghanistan erlebt. Wir werden doch unser Verständnis von europäischen, von europäischer Freiheit nur gemeinsam verteidigen können, wenn wir es überhaupt verteidigen können. Dafür müssen wir Europäer geschlossen sein. Und ich kann Ihnen sagen Wir können froh sein, solche Freunde wie Ungarn in dieser Auseinandersetzung gegen den Islamismus an unserer Seite zu haben. Zum Schluss etwas etwas Beruhigendes. Die Ungarn lassen sich nicht so schnell in die Knie zwingen. Wenn der Druck von außen erhöht wird, schließen die Ungarn sich noch enger zusammen, das haben sie in ihrer langen Geschichte immer so gemacht. Aber. Ich halte es für wichtig. Dass unsere ungarischen Freunde merken. Dass sie in dieser Auseinandersetzung nicht alleine stehen. Sondern dass es in Deutschland viele Bürgerinnen und Bürger, viele Menschen gibt, die die Überzeugung der Ungarn teilen und die alles dafür unternehmen werden, um sie gegen diese ungerechtfertigten Vorwürfe in Schutz zu nehmen, meine Damen. Und das ist meine Bitte zu guter Letzt an Sie alle. In welcher Form auch immer, tragen Sie die Ziele, tragen Sie die Überzeugungen der Ungarn mit. Nicht nur im Herzen, sondern auch in den Gesprächen, die sie führen, an den Positionen, an denen Sie tätig sind. Die Freiheitsliebe der Ungarn, meine Damen und Herren, ist etwas von Europa und wovon Deutschland immer profitiert haben. Und diese Freiheitsliebe der Ungarn ist so wertvoll, dass wir mithelfen sollten, sie zu verteidigen. Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Lieber Gerhard Papke, herzlichen Dank für diesen fulminanten Abschluss des Vormittags, sage ich mal, ich glaube zu erkennen, dass ein wirklicher Diskussionsbedarf nach deinen Worten nicht mehr ist. Aber wenn jemand etwas sagen möchte oder eine Anmerkung hätte, geht das natürlich. Wir haben ja Pluralismus, Meinungsfreiheit und so weiter. Aber vielleicht stelle ich mal selber die Frage Ja, wir sind so rund 400 Leute im Saal. Hat irgendjemand von euch irgendjemand von Ihnen in den vergangenen Jahren mal einen FDP-Politiker so reden hören? Sie haben keine Lust mehr auf Parteipolitik, oder?

Du hast mich bisher nicht eingeladen, Klaus,

Sehr gute Antwort.

Also nein, nein, ich habe vielleicht darf ich das noch sagen, ich bin ja, ich habe 2017 meine parlamentarische Laufbahn beendet. Ich war lange Fraktionschef der FDP hier in Nordrhein-Westfalen, zum Schluss Vizepräsident. Dann hatte ich aus unterschiedlichen Gründen gar keine Lust mehr, weil ich mit meiner Partei nicht ganz im Reinen war, was die Auseinandersetzung mit dem Islamismus, die Massenzuwanderung und andere Themen anging. Und seitdem widme ich mich ehrenamtlich. Sie merken das mit großem Engagement, mit großer Leidenschaft, den deutsch ungarischen Beziehungen. Und ich habe wirklich das Gefühl, dass dieses Engagement den Schweiß der Edlen, den Schweiß von uns allen wert ist. Nicht nur mit Blick auf die Ungarn, sondern auch mit Blick auf unser eigenes Land. Ich freue mich auf die weiteren Gespräche mit denen ich bin es morgen auch noch da. Noch einmal vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

Ja so! Die der erste halbe Tag, obwohl der Abend kommt ja auch noch als das erste Drittel des Tages ist rum. Hat es euch gefallen? War das okay? Holger Sehr schön. Wir haben jetzt eine gute Stunde Mittagspause, draußen ist was aufgebaut. Es ist erstaunlicherweise für alle was da. Genießt die Zeit.

Dr. Gerhard Papke ist Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft E.V., Fraktionsvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen a.D. Seinen Vertrag hielt er am 2. Oktober 2021 bei "Schwarnintelligenz 2021".

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Wie Ungarn Familien unterstützt (und Geburtenrekorde erzielt)

Von Marton Aron Kovacs

11. 10. 2021



Bildquellen: CM

Europa inmitten einer demografischen Krise

Die Lebenserwartung steigt weltweit, dank besserer Gesundheitsversorgung und gesünderer Lebensweise. Allerdings bekommen die Europäer weniger Kinder als früher und in einem höheren Alter. Diese beiden Dynamiken treiben den demografischen Wandel in Europa voran, dessen relatives Gewicht in der Welt abnimmt. Während 1960 die Bevölkerung der heutigen EU-Länder 12 % der Weltbevölkerung ausmachte, sind es heute nur noch 6 %, und es wird erwartet, dass dieser Anteil bis 2070 auf unter 4 % sinken wird. So können wir im Bericht der EU-Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels lesen.

Laut der Weltbevölkerungsprognose der Vereinten Nationen wird mehr als die Hälfte des weltweiten Bevölkerungswachstums bis 2050 in Afrika stattfinden. Von den 2,2 Milliarden Menschen, die zur Weltbevölkerung hinzukommen werden, werden 1,3 Milliarden aus Afrika stammen. Europa ist die einzige Region, deren Bevölkerung im Jahr 2050 voraussichtlich niedriger sein wird als im Jahr 2017. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wird die internationale Migration als positive Kraft für die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Arbeitsmärkten in den Herkunfts- und Zielgebieten anerkannt, wodurch die globale sozioökonomische Entwicklung gefördert wird.

Die UN-Perspektive ist eine globale Perspektive, die die verschiedenen Interessenkreise in der Welt nicht repräsentiert. Europa hat seinen eigenen Interessenkreis – zumindest theoretisch. Die UN-Initiative zielt auf ein „Rebalancing“ ab, was vereinfacht ausgedrückt

bedeutet, dass man dort, wo man mehr hat, etwas wegnimmt und dort, wo man weniger hat, etwas gibt. Ist die hyperkonsumorientierte europäische Gesellschaft bereit für einen solchen Wandel? Eines ist sicher: Die postkommunistischen Länder haben schlechte Erfahrungen mit einer solchen „Neuorientierung“ gemacht.

Im Jahr 2020 werden etwa 15 Millionen EU-Einwohner aus einem Mitgliedstaat mit hohem Bevölkerungsanteil stammen. Die innereuropäische Migration erfreut sich zunehmender Beliebtheit, was vor allem auf die Abwanderung von Fachkräften zurückzuführen ist: Qualifizierte Arbeitskräfte aus Osteuropa werden dazu gebracht, in Westeuropa zu arbeiten, wo sie im Gegenzug höhere Löhne und soziale Sicherheit erhalten. Junge Arbeitnehmer verlassen ihre Länder in der Regel ohne die Absicht, zurückzukehren.

In Ungarn wird jungen Paaren jedoch eine Alternative zur Auswanderung geboten: Sie können eine Familie gründen und dank der zahlreichen Möglichkeiten der Familienförderung eine langfristige Zukunft planen. Worin besteht die ungarische Strategie?

Lassen Sie uns mit einem aktuellen Beispiel beginnen. Ministerpräsident Viktor Orbán hat kürzlich eine Steuerrückerstattung für Familien angekündigt. Die einzige Bedingung ist, dass das BIP im Jahr 2021 um mindestens 5,5 Prozent wächst. 1,9 Millionen Eltern, die Anspruch auf Familienbeihilfe haben, sowie schwangere Frauen nach dem 91. Tag der Schwangerschaft (und ihre Ehepartner) werden anspruchsberechtigt sein. Die Steuerrückerstattung soll die durch die Pandemie verursachten Härten lindern, nachdem das Wirtschaftswachstum wieder eingesetzt hat.

Die Regierung ist der Ansicht, dass die Pandemie vor allem ältere Menschen und Familien getroffen hat. Daher hat sie beschlossen, dass diejenigen, die Steuern zahlen und gleichzeitig Kinder großziehen, belohnt werden, wenn sie ein Einkommen aus einem erheblichen Wirtschaftswachstum haben. Wie Viktor Orbán erklärte, waren es diese Menschen, die während der Pandemie die schwerste Last zu tragen hatten.

Diese Maßnahme ergänzt das Familienhilfssystem, das Ungarn seit 2010 aufgebaut hat. Budapest gibt derzeit 5 % seines BIP für die Unterstützung von Familien aus – das ist der höchste Wert in der Welt. Wie jedes andere Industrieland befindet sich auch Ungarn in einer demografischen Krise, auf die die Regierung mit außergewöhnlichen Maßnahmen reagiert. Die ersten kleinen, aber vielversprechenden Ergebnisse sind zu sehen: Die Geburtenzahl im Jahr 2021 ist die höchste seit 25 Jahren.

Das ungarische System der Familienförderung

Gegenwärtig umfasst das ungarische System zur Unterstützung von Familien:

- Familienwohngeld (CSOK): Finanzielle Unterstützung für Familien und junge Ehegatten, die Wohneigentum erwerben wollen;
- „Rural CSOK“: Menschen, die in kleineren Dörfern leben, haben leichteren Zugang zu Wohngeld;
- „Green CSOK“: zinslose Darlehen für Menschen, die „grüne“ Häuser kaufen oder bauen;
- Steuererleichterungen für Familien, die ein Haus kaufen;
- Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen an Familien für die Renovierung von Häusern;
- Erlass von Studienschulden für Personen mit mehr als drei Kindern;
- Reduzierung der Hypothek im Verhältnis zu den Kindern;

- zinslose Darlehen für Personen, die Kinder erwarten;
- Fonds für den Kauf von Familienfahrzeugen;
- Ausbau der Kinderkrippen;
- Zuschuss für Großeltern zur Betreuung ihrer Enkelkinder;
- ermäßigte oder gar keine Kosten für Dienstleistungen für Kinder, wie z. B. Schulbücher, Impfungen, öffentliche Verkehrsmittel, Sprachprüfungen.

Das ungarische Portal „Portfolio“ bietet ein nützliches Beispiel dafür, wie diese Hilfe funktioniert. Eine Familie mit drei Kindern kann 41 Millionen HUF (115.000 €) an Zuschüssen und 73 Millionen HUF (205.000 €) an zinsgünstigen Darlehen erhalten. Dies ergibt eine Gesamtunterstützung von 114 Millionen HUF (320.000 €). Für Paare mit zwei Kindern beträgt die Unterstützung 100 Millionen HUF (280.000 €), für Paare mit einem Kind 96 Millionen HUF (270.000 €).

Das Familienschutzgesetz regelt teilweise die ungarische Unterstützungspolitik. In der Präambel wird deutlich gemacht, in welche Richtung sie geht:

Die Familie ist die wichtigste Ressource Ungarns. Als Grundeinheit der Gesellschaft ist die Familie von zentraler Bedeutung für den Lebensunterhalt der Nation und bildet das natürliche Umfeld, in dem sich die Persönlichkeit entfaltet. Sie muss vom Staat respektiert werden. [...] Es gibt keinen nachhaltigen Fortschritt oder wirtschaftlichen Wohlstand ohne die Geburt von Kindern und die Gründung von Familien. Kinder zu haben, darf nicht zur Verarmung der Familie führen.

Die Wirksamkeit der ungarischen Familienpolitik wird sich erst langfristig zeigen. In der Zwischenzeit sind bereits kleine, vielversprechende Veränderungen eingetreten. Die ungarische Regierung unternimmt sicherlich große Anstrengungen, um junge Paare zur Gründung einer Familie zu ermutigen.



Marton Aron Kovacs

MCC-Stipendiat am Centro Studi Machiavelli. Er studiert Jura an der Katholischen Péter Pázmány-Universität und ist Projektleiter von „RoLink Biotechnology“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIVALLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten 288 bis 299)

29) Söhne und Töchter der Wolfskirschplantage

Von Jože Biščak

25. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Demokracija

Die erste Hochschuleinrichtung in Slowenien wurde Ende des 16. Jahrhunderts von den Jesuiten gegründet. Der Orden war bereits ein halbes Jahrhundert alt, und sein Gründer, der heilige Ignatius von Loyola, war bereits von Gott heimberufen worden. Die Gesellschaft Jesu, wie sie sich selbst nannte (die Römer nannten sie „Pilger“), wuchs schnell, war ausgesprochen apostolisch und flexibel und arbeitete intensiv mit jungen Menschen. In Bezug auf Kinder wird dem heiligen Ignatius ein Gedanke zugeschrieben, der in etwa so lautet: Gib mir ein Kind bis zum Alter von sieben Jahren, und ich werde dir einen Ehemann zeigen.

Fast ein halbes Jahrtausend später hat die Neurowissenschaft bewiesen, dass der Gründer der Jesuitenbruderschaft seiner Zeit weit voraus war. In vielerlei Hinsicht haben die Erfahrungen und Erlebnisse eines Kindes in den ersten sieben Jahren einen bedeutenden Einfluss auf sein Verhalten während seines gesamten Lebens. Der Zugang zum kindlichen Gehirn zu einer Zeit, in der das neuronale Netz weitgehend durch Emotionen geschaffen und reguliert wird, ist eine große Macht. Die Werbeindustrie weiß das sehr gut, ebenso wie die Ideologen der progressiven Agenden; sie ersetzen traditionelle und „altmodische“ Spiele durch neue, verkleiden Jungen als Mädchen und Mädchen als Jungen. Was daraus erwächst, kann man bei Pride-Paraden beobachten. Nein, ein Kind ist nie zu jung, um indoktriniert zu werden. Der Leitgedanke ist, dass das Kind niemals der Entwicklung überlassen werden darf, damit es sich zu einem neugierigen, kreativen, emotional

belastbaren und verantwortungsbewussten Menschen entwickeln kann. Das ist es, was beim „Rückwärtsspielen“ in der frühen Kindheit passiert: Laufen, Springen, Klettern mit blauen Flecken an Armen und Beinen und gelegentlich einem gebrochenen Knochen haben unsere Vorfahren abgehärtet, und ihre natürliche Umgebung war gut für die körperliche Entwicklung und die geistige Gesundheit. „Bildung“ ist heute anders.

Wenn Sie die Aufnahmen der unangemeldeten Kundgebungen zum Sturz der slowenischen Mitte-Rechts-Regierung gesehen haben, dann haben Sie auch die jüngsten Kinder gesehen, die an der Seite ihrer Eltern marschierten und Transparente gegen die Regierung trugen, während eines von ihnen wütend auf eine Trommel schlug. Natürlich hatten die Kinder keine Ahnung, worum es ging, vielleicht hielten sie das Ganze für ein Spiel, das sie gegen jemanden spielten. Sie werden sich an den Hass erinnern, der in den Älteren, zu denen sie aufschauten und die sie nachahmten, hochkochte. Was sind das für Eltern, die ihre Kinder als Instrument für rein politische Botschaften benutzen? Und um ihnen das beizubringen. Und sie zu einer nicht genehmigten (illegalen) Versammlung mitzunehmen, bei der klar ist, dass es zu Gewalt kommen kann, dass die Polizei Zwangsmittel einsetzen kann? Es ist, als würde man sie zu einer Plantage mit Wolfskirschen bringen, scheinbar verlockende, aber sehr giftige Früchte.

Die Taktik, Kinder zu benutzen, um Sympathien für den Feind zu wecken, ist nicht neu. Im Jahr 2015 hatte ich in der Nähe von Brežice die Gelegenheit, aus erster Hand zu sehen, wie Tausende von illegalen Migranten Jungen und Mädchen in die vordersten Reihen einer Kolonne von Polizisten und Soldaten drängten. Sie waren menschliche Schutzschilde, der wichtigste Teil der Empathie, die von den progressiven Medien hervorgehoben wurde. Diese sinnlose Sentimentalität hat es dann ermöglicht, dass in diesem Herbst mehr als eine Million Menschen einer fremden Kultur auf dem alten Kontinent ankamen, einer Kultur, die aufgrund ihrer aggressiven Botschaft keinen Platz auf diesem Boden hat. Was soll aus ihnen werden, denen ihre Eltern gezeigt haben, dass einem nichts passiert, auch wenn man die Gesetze bricht, die in einem fremden Land gelten? Kindesmissbrauch im Jahr 2015 und im Jahr 2021 sind ähnlich, unabhängig von anderen Umständen. Ob man das nun zugeben will oder nicht. Dies ist ein Akt der Unmenschlichkeit, eine noch nie dagewesene Manifestation von Missbrauch. Und wenn das Tränengas in die Augen gelangt, ist die Polizei schuld, nicht die Eltern, die das Kind in eine giftige Umgebung gebracht haben. Die Kinder werden so zu einer wegwerfbaren Infanterie in einem politischen Kampf.

Ihre Eltern gehören meist der Generation Y an, der zerstörerischsten Generation unserer Zeit. Sie lehnen die Werte der Gesellschaft und der Nation ab, ihnen werden aufgrund ihrer freizügigen Erziehung soziale Kompetenzen und Arbeitsgewohnheiten vorenthalten, sie übernehmen selbst keine Verantwortung, und schuld sind immer die anderen. Sie setzen politische und weltanschauliche Differenzen mit ethischen Mängeln gleich und halten andere Überzeugungen als ihre eigenen für eine Geistesstörung. Sie sind nicht in der Lage anzuerkennen, dass es andere Meinungen, andere Sichtweisen auf die Ereignisse und die Welt gibt. Deshalb terrorisieren sie die Welt. Und sie geben diese Mentalität an ihre Nachkommen weiter, die eines Tages selbst ihre Kinder zu den Wolfskirschplantagen führen werden.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber des konservativen Magazins *Demokracija*, Präsident des slowenischen Verbands patriotischer Journalisten und Autor der Bücher *Geschichten aus dem Hayek-Café*, *Notizen eines konservativen Liberalen* und *Unterwegs mit Orwell*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Slowenien wird vom LIBE-Ausschuss angegriffen

16. 10. 2021



Slowenien unter Beschuss des LIBE-Ausschusses: Dieses Mal kritisierte Sophie in 't Veld den politischen Diskurs in Slowenien - Foto: Europäisches Parlament

Die Linke im Europäischen Parlament will Mitte-Rechts-Regierungen kriminalisieren, so Milan Zver gegenüber Magyar Hírlap

Eine Delegation des Ausschusses für Grundrechte des Europäischen Parlaments besuchte Ljubljana. Milan Zver, Europaabgeordneter der slowenischen Regierungspartei, erklärte gegenüber der ungarischen Tageszeitung *Magyar Hírlap*, er erwarte keine ausgewogene Bewertung.

Eine Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Europäischen Parlaments unter Leitung der niederländischen Liberalen Sophie in 't Veld hat sich in den letzten Tagen mit der Rechtsstaatlichkeit in Slowenien befasst. Die Delegation wurde nicht von Premierminister Janez Jansa empfangen, der in Brüssel für Aufsehen sorgte, als er einige Europaabgeordnete, darunter Sophie in 't Veld, als Marionetten von Soros bezeichnete.

Auf einer Pressekonferenz in Ljubljana sagte der niederländische Politiker gestern, dass die staatlichen Institutionen gut funktionierten, kritisierte jedoch den feindseligen und aggressiven Charakter des politischen Diskurses, der seiner Meinung nach das Vertrauen in die Institutionen untergrabe. Sophie in 't Veld sagte, dass die Politik Slowenien in zwei

Lager geteilt habe und dass ein Dialog der Gehörlosen stattfindet. Mehrere Journalisten fragten die niederländische Politikerin, warum die Gespräche hauptsächlich mit Linken geführt wurden, aber in 't Veld bestand darauf, dass das Programm ausgewogen sei.

Milan Zver, Europaabgeordneter der regierenden Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), erklärte gegenüber unserer Zeitung, er habe keine Hoffnung, dass der LIBE-Besuch für irgendjemanden von Nutzen sein werde. Er erinnerte daran, dass es von Anfang an klar war, dass sie die Situation der slowenischen Medien nicht objektiv untersuchen wollten, sondern der slowenischen Regierung politischen Schaden zufügen wollten.

Der Abgeordnete erwartet einen sehr einseitigen Bericht, der keine nennenswerten Auswirkungen auf die slowenische Innenpolitik haben wird, aber ein weiterer Schritt in Richtung „Kriminalisierung von Mitte-Rechts-Regierungen in der EU“ sein könnte, was ein Ziel der EP-Linken seit Jahren ist. Er sagte, er persönlich habe nichts gegen objektive und gründliche Untersuchungen der Situation der slowenischen Medien. In der Tat würden solche Analysen zeigen, dass mehr als 80 Prozent der slowenischen Medien im Besitz linker Strukturen sind, dass es eine erhebliche Asymmetrie gibt und dass der Besitz unrechtmäßig in den Händen bestimmter linker Pressemagnaten konzentriert ist.

Der Delegation gehörte auch Nicolaus Fest von der Alternative für Deutschland an, der uns mitteilte, dass auf der Reise keine systematischen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit festgestellt wurden, obwohl es Defizite in der Justiz, bei der Korruptionsbekämpfung und beim Datenschutz gibt, sowie eine stark gesplante Gesellschaft und ein geringes Niveau des Diskurses auf Twitter. Er fügte hinzu, dass Sanktionen nicht gerechtfertigt seien, solange die EU-Institutionen nicht „supranationales Kindermädchen“ spielen wollten.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Neues Buch von PM Janez Janša: „Wir haben uns erhoben und haben überlebt“ (Update)

13. 10. 2021



Fotoquelle: Demokracija

Das Buch „**Vstali in obstali: Analiza prelomnih osamosvojitvenih dogodkov in vojne za Slovenijo 1991**“ („**Wir haben uns erhoben und haben überlebt: Analyse der Wendepunkte der Unabhängigkeit und des Krieges für Slowenien im Jahr 1991**“) erschien aus Anlass des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Sloweniens zuerst in slowenischer und englischer Sprache beim Verlag Nova Obzorja (Ljubljana/Laibach).

UNSER MITTELEUROPA erhielt das Recht, für Leser in ganz Europa auch eine deutsche, ungarische, polnische, französische und spanische Ausgabe online zu stellen.

Janez Janša, Verteidigungsminister im Jahr 1991 und heutiger Premierminister Sloweniens, stellt in dem Buch alle wesentlichen Texte zum Verständnis der Unabhängigkeit seines Landes und des Krieges um Slowenien vor.

Der erste Text ist eine Analyse der einschneidenden Ereignisse der Unabhängigkeit und wurde erstmals im sog. „Weißbuch“ veröffentlicht. Darin schildert der Autor detailliert die Zeit zwischen 1990 und 1991, als Slowenien in seinen Unabhängigkeitsbestrebungen international isoliert war, und die innenpolitischen Entwicklungen, wie die damalige linke Opposition Demos Steine vor die Füße warf und mit der Bundesregierung des damaligen Jugoslawien paktierte.



„Die Einheit der Nation, der Mut ihrer bewaffneten Arbeit, der starke politische Wille der Regierungskoalition Demos unter der Führung von Dr. Jože Pučnik und die Eigeninitiative einer Vielzahl einzelner Kommandeure taktischer Einheiten des TO und der Polizei haben Slowenien den Sieg im Krieg gestiftet.“ Aus dem Buch „Vstali in obstali“ · Foto: Demokratija-Archiv

Der zweite Text ist eine Analyse des Krieges um Slowenien und wurde erstmals als Begleitbuch zum Buch „Krieg um Slowenien“ veröffentlicht. Darin analysiert der Autor den militärischen Konflikt, der dank der Einheit des Volkes mit der Niederlage des Aggressors, der jugoslawischen Bundesarmee (JNA) endete.

Der dritte Text ist das Vorwort zur 3. Auflage des Buches „Bewegungen“, von dem fast 100 000 Exemplare verkauft wurden. Der einleitende Text von Janez Janša sind die Erinnerungen des Autors und die Analyse der Ereignisse von seiner Verhaftung (1988) bis zur internationalen Anerkennung des neuen Staates. Die Besonderheit der Einleitung und der 3. Auflage besteht darin, dass der Autor einige Dokumente bespricht und enthüllt, die zur Zeit der ersten Auflage (1992) noch nicht bekannt waren, die aber für das Verständnis der slowenischen Unabhängigkeit sehr wichtig sind.

„Dies ist ein unschätzbbares Zeitdokument. Wir müssen wissen, wie wir unsere Souveränität aufgebaut haben, wie wir die Liebe zu unserem Heimatland empfunden haben und wie dankbar wir für diesen Moment in der Geschichte waren. Aber sie müssen auch wissen, wer dagegen ist. Nicht um irgendjemanden zu verurteilen oder zu verfolgen, sondern einfach, weil dies die Fakten sind. Die heutige Romantisierung der Geschichte, dass Slowenien die Souveränität leicht erlangt hat, ist eine Verzerrung der Tatsachen und dient als Rechtfertigung für diejenigen, die alles sabotiert haben, was die Demos-Regierung in entscheidenden Momenten getan hat. Es stimmt, dass die Nation geeint war, aber die damalige politische Übergangslinke hat alles getan, damit Slowenien keine eigene Armee

bekommt, dass Slowenien nicht einmal unabhängig wird, sondern im Kessel des Balkans bleibt“, schreibt Jože Biščak, Direktor des Verlags Nova Obzorja und Herausgeber der Zeitschrift Demokracija, in seinem Vorwort.

Hier ist ein Link, wo Sie die englische Ausgabe als gedrucktes Buch bestellen können: vseknjige.si/vsenaseknjige/politika/we-got-up-and-survived/

Und hier die Links zu den Online-Versionen des Buches (gratis):

(Deutsch:) [Janez Janša: Wir haben uns erhoben und haben überlebt](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

<https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/>

(Englisch:) [Janez Janša: We got up and survived](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

(Französisch:) [Janez Janša: Nous nous sommes levés et avons survécu](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

(Polnisch:) [Janez Janša: Powstaliśmy i przetrwaliśmy](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

<https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-powstalismy-i-przetrwalismy/>

(Ungarisch:) [Janez Janša: Felálltunk és túlélünk](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

(Spanisch:) [Janez Janša: Nos levantamos y vencimos](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

NEU (Italienisch:) [Janez Janša: Sollevati e sopravvissuti](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

Weitere Sprachversionen folgen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Jože Biščak: Genug ist genug!

Ein Kommentar von Jože Biščak

12. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Demokracija

Achten Sie darauf, wenn slowenische Linke über Eritrea reden und hegemoniale Medien darüber berichten. Meist geht es dabei um Hunger und Armut oder um hilflose Flüchtlinge, die auf dem alten Kontinent ein besseres Leben suchen. Als totalitärer afrikanischer Staat, in dem sich nur die marxistisch-leninistische Eritreische Volksbefreiungsfront politisch organisieren darf, wird sie nur selten und dann auch nur sehr schüchtern erwähnt. Das Gleiche gilt für Kuba, Russland oder Weißrussland. Das Problem für die Linke ist nicht, dass diese Staaten per definitionem totalitär sind; das waren sie schon immer oder seit langem. Für sie sind Armut, Hunger, westliche Einmischung und die dortigen Oligarchenfamilien das Problem, nicht die Tatsache, dass Kommunisten regieren. Sie ignorieren oder vergessen absichtlich, dass es die marxistische Ideologie ist, die all dies verursacht hat und das Übel über die Menschen bringt. Aber das ist für diese Art von Menschen logisch: Sie haben den Sozialismus immer gemocht, er ist das Ideal, das Slowenien anstreben muss.

Slowenien war innerhalb Jugoslawiens bereits sozialistisch und wurde von einer einzigen Partei – der Kommunistischen Partei – regiert. Die Folgen eines halben Jahrhunderts des revolutionären Terrors mit seiner systematischen Verletzung der menschlichen Freiheiten sind noch heute spürbar. Die Kommunisten haben nach dem Krieg nicht nur die Blüte des slowenischen Unternehmertums und der intellektuellen Elite ermordet und in die Gruben gejagt, sie haben auch deren (Unter-)Systeme unterworfen und beherrschen sie bis zum heutigen Tag. Die Mitte-Rechts- oder Rechts-Regierungen sind noch nicht lange genug an der Macht, um die dringend notwendigen Reformen im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen durchzuführen. Bei letzterem wurden alle Schwachstellen während der Epidemie aufgedeckt.

Obwohl Slowenien rund 9 % seines BIP für die Gesundheit ausgibt und damit im goldenen Mittelfeld der EU-Länder liegt, steht die öffentliche Gesundheit am Rande des Zusammenbruchs. Dies ist eine unmittelbare Folge der Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen, aber vor allem der Überbleibsel der sozialistischen Mentalität im (solidarischen und fortschrittlichen) Krankenversicherungssystem (Monopol der Pflichtversicherung in Form der ZZZS) und des Kampfes gegen private Anbieter. Machen Sie keinen Fehler. Wir haben hervorragende, engagierte Ärzte und Krankenschwestern, wir brauchen nur eine radikale Reform und ein kompetentes Management.

Wir stehen für Slowenien

Die derzeitige Regierung versucht, in allen Bereichen etwas zu tun, aber die linke Elite mobilisiert alles, was sie kann, um zu sabotieren. Selbst auf Kosten der Gesundheit der Menschen. Mehr noch. Das in der CUL zusammengeschlossene linke Oppositionsquartett hat in der Kooperationsvereinbarung nach den Wahlen deutlich gemacht, dass es Slowenien zurückerobert wird. Es ist klar, wohin: zurück in den stinkenden Sumpf der Herrschaft der ersten Klasse und der Inkompetenten. Auch sonst besteht die Vereinbarung nur aus endlosen Versprechungen (ohne konkreten Inhalt) und einem Bekenntnis zur Zukunft, auch wenn jede Partei separat und mit ihrem eigenen Programm zu den Wahlen antreten wird. Aber verstehen Sie, wer auch immer das kann. Igor Završnik von Nova24TV schrieb, er habe beim Lesen der Vereinbarung den Eindruck gehabt, „dass sie von Oberstufenschülern in der ersten Konferenz geschrieben wurde“. Ich möchte meinen Kollegen und Freund Igor nur daran erinnern, die intellektuelle Reichweite von Šarc, Bratuškova, Mesec und Fajon nicht zu überschätzen, denn die Oberstufenschüler könnten es ihm übel nehmen.

Es ist klar, dass sie etwas zu Papier gebracht und dann auf dem Platz der Republik theatralisch unterzeichnet haben. Es ist klar, dass sie sich ihrer Unfähigkeit bewusst sind und dass sie es in einer so hohen Position, wie sie die Mitte-Rechts-Regierung innehat, niemals aus eigener Kraft schaffen werden. Es ist vor allem klar, dass es nicht die Regierung selbst ist, die die Linken stört, sondern die (konservative) Weltanschauung, die von mindestens zwei Parteien in der Regierungskoalition vertreten wird. Und sie werden dem Frieden keine Chance geben, sondern weiter für Chaos und Gewalt auf den Straßen sorgen, bis sie ihren Willen bekommen. Sie haben auch immer wieder deutlich gemacht: Solange es in der Gregorčičeva-Straße Rechte gibt, werden die Linken ihre Anhänger und Aktivisten auf die Straße schicken. Sogar über Leichen.

Linke, es reicht!

Die slowenische Geschichte hat bereits einzelne Männer hervorgebracht, die den Mut hatten, dem Druck von Drohungen und inszenierten Protesten zu widerstehen. Slowenien besteht weder aus Menschen, die mitten am Arbeitstag vor aller Augen eine Autobahn blockieren, noch aus Menschen, die auf Fahrrädern herumfahren wie ein Hamster im Rad. Slowenien besteht aus Automechanikern, Ingenieuren, Verkäufern, Krankenschwestern, Gärtnern, Landwirten und Zehntausenden anderen, die hart arbeiten, während die Landlosen auf Kosten der Steuerzahler die Straßen plündern. Sie sind die ruhige und schweigende Mehrheit, von der ich hoffe, dass sie am Wahltag im nächsten Jahr aufsteht, zur Wahl geht und sagt: „Linke, genug ist genug!“

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Kultur des Todes vs. Pro-Life

Kommentar von Aleksander Rant

11. 10. 2021



Marsch für das Leben · Foto: Twitter

Am vergangenen Samstag fand in Slowenien eine der schönsten Veranstaltungen statt – der Marsch für das Leben. Die Demonstranten wollten zeigen, dass jedes Leben heilig ist und dass die künstliche Tötung eines ungeborenen Kindes unmoralisch und unmenschlich ist. Obwohl ich selbst Vorbehalte gegen ein Abtreibungsverbot habe, vor allem wenn es sich um eine Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung handelt, ist das Argument der Demonstranten besser: Das Kind trägt keine Schuld.

Es ist nicht die Schuld des Kindes, wenn die Eltern es versäumt haben, sich zu schützen. Das Kind ist nicht schuld, wenn es in einer absolut bösen Tat gezeugt wurde. Ein Kind ist nicht schuld, wenn die Eltern kein Geld haben, um es zu unterstützen. Es ist nicht die Schuld des Kindes, wenn sich die Eltern vor der Geburt des Kindes trennen. Ein Kind ist ein hilfloses

menschliches Wesen, das sich nicht gegen die Schrecken dieser Welt wehren kann. Auch wenn er sich seiner selbst noch nicht bewusst ist, auch wenn er noch nicht alle seine Organe entwickelt hat, auch wenn er noch kein Bewusstsein hat, ist er ein Lebewesen. Keine seriöse biologische Wissenschaft bestreitet dies. Ein Lebewesen ist eine Zelle.

Am schmerzlichsten ist, dass es bei uns immer noch Menschen und vor allem Politiker gibt, die die Abtreibung als solche als Recht definieren. Ein solches Recht gibt es nicht. Es gibt kein Recht auf Abtreibung. Artikel 55 der Verfassung der Republik Slowenien besagt in seinem ersten Absatz: „Die Entscheidung, eigene Kinder zu gebären, ist frei. Das bedeutet, dass Sie ein Kind haben können oder auch nicht. Es bedeutet auch, dass man nicht gebären kann, sondern abtreiben kann. Was von den Abtreibungsbefürwortern jedoch regelmäßig vergessen wird, ist, dass Artikel 55 zwei Absätze hat. Im zweiten Absatz heißt es: Der Staat schafft Möglichkeiten für die Ausübung dieser Freiheit und schafft Bedingungen, die es den Eltern ermöglichen, sich für die Geburt ihrer Kinder zu entscheiden. Dieser zweite Absatz ist äußerst wichtig, da er den Geist der Verfassung deutlich macht. Der Geist der Verfassung besagt ganz allgemein: „Wir werden Sie nicht daran hindern, über die Geburt Ihrer Kinder zu entscheiden, und der Staat wird Ihnen die Möglichkeit geben, diese Freiheit auszuüben, aber der Staat muss vor allem dafür sorgen, dass es so viele Geburten wie möglich und so wenige Todesfälle wie möglich gibt.“

In der Verfassung steht nicht, dass Abtreibung uneingeschränkt erlaubt ist. Dieser Artikel wird von den Linken und Feministinnen oft als de facto-Recht auf Abtreibung missbraucht. In der Verfassung steht nirgends, dass diese Freiheit besteht. Nirgendwo steht, dass Abtreibung ohne Einschränkung erlaubt ist. Nirgendwo steht, dass Mord besser ist als Leben. Und ganz sicher steht nirgendwo, dass wir nicht eine andere Meinung haben dürfen. Menschen, die am Marsch für das Leben teilgenommen haben, lieben das Leben. Sie lieben Kinder, auch die ungeborenen, weil sie das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod anerkennen. Sie sind der Meinung, dass die Ermordung ungeborener Kinder nicht so allgemein toleriert werden sollte.

Marsch für das Leben

Aber in unserem Land ist das ein Tabu. Über die Kundgebung wird nicht berichtet und sie wird auch nicht manipuliert, um sie zu verleumden. So titelte das neue „unabhängige“ Medium N1: „Heute in Ljubljana eine Kundgebung von Abtreibungsgegnern ...“ Sie wurden sofort mit einer negativen Konnotation versehen, weil sie gegen etwas sind. Aber das stimmt überhaupt nicht. Sie sind für das Leben. Noch schlimmer als die Medien waren die Anhänger der radikalen Linken, die Gegner des Lebens auf die Straße brachten. Befürworter der Kultur des Todes. Frauen ohne Kinder, Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft, die von Natur aus keine Kinder bekommen können, und diejenigen, die die uneingeschränkte Tötung von Kindern befürworten. Sie haben diejenigen ins Boot geholt, die glauben, dass ein Kind ein Teil des Körpers einer Frau ist (was ein medizinischer Unsinn ist) und dass sie mit ihrem Körper machen können, was sie wollen.

Ein Baby ist kein Teil des Körpers einer Frau. Ein Kind hat seinen eigenen Körper, seine eigene DNA, die sowohl von Vater als auch von Mutter stammt. Und die Gewalt, die von den Lebensgegnern ausgeht, könnte psychoanalytisch auch als unverarbeiteter Schmerz über den Verlust des eigenen Kindes definiert werden. Aber lassen wir die Gründe dafür und das Wie beiseite. Betrachten wir das Ganze einmal ganz allgemein. Wir leben in einem Land, das eigentlich demokratisch sein sollte. Wenn dies der Fall ist, ist es zulässig, alle Standpunkte zu äußern. Die Pro-Life-Botschaft ist eine der stärksten Botschaften, die alle Postulate des Kulturmarxismus durchbricht. Das Gebet zerstört die Postulate des kulturellen Marxismus. Die Kirche zerstört den kulturellen Marxismus. Die Familie vernichtet den

kulturellen Marxismus. Das ist der Grund für den Hass, für die Wut, für die Unfähigkeit, auf seine Mitmenschen zu hören. Denn die Kultur des Lebens ist eine Kultur der Freude, des Zusammenlebens und des Glaubens, und die Kultur des Todes ist eine Kultur des Hasses, der Bitterkeit und der Bosheit. Seien wir weise – entscheiden wir uns für die Kultur des Lebens.



Aleksander Rant ist Chefredakteur von Nova24TV.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Kroatien (Seiten 300 bis 303)

34) Hrvatski Suverenisti: „Wir wollen souveräne Nationen, die auf den Willen ihres Volkes hören“

16. 10. 2021



Marko Milanović Litre · Bildquelle: El Correo de España

Interview mit Marko Milanović Litre, Abgeordneter der kroatischen Souveränisten (Hrvatski Suverenisti) und Vorsitzender der Bürgerinitiative für das Euro-Referendum

Die kroatischen Souveränisten nahmen an den Parlamentswahlen 2020 in einer Koalition mit der Vaterlandsbewegung teil und erhielten 12 % der Stimmen und 16 Sitze im Sabor (kroatisches Parlament).

Vor zwei Wochen, am 3. Oktober, schlossen sich beide Parteien mit den Unabhängigen für Kroatien (Neovisni za Hrvatsku) mit 3 Abgeordneten und der Generation der Erneuerung (Generacija Obnove) zusammen. Die neue Organisation, die den Namen Kroatische Souveränisten trägt, ist die drittgrößte politische Kraft in Kroatien.

Sie sind Vorsitzender einer Bürgerinitiative, die ein Referendum gegen die Einführung des Euro als kroatische Einheitswährung durch die Regierung fordert. Worum geht es bei dieser Initiative?

Die Regierung will den Euro ohne jede Debatte einführen, weder in den Medien noch in der Gesellschaft. Wir wollen mit dieser Initiative erreichen, dass die kroatische Währung, die Kuna, durch einen Artikel in der Verfassung geschützt wird und natürlich, dass das kroatische Volk in einem Referendum darüber entscheidet, ob es den Euro einführen will.

Und es ist auch eine Frage der Demokratie, denn wir wollen keine Regierung, die nicht auf ihr Volk hört. Unsere Position als Partei ist klar: Der Beitritt Kroatiens zur Eurozone ist ein weiterer Schritt zur Föderalisierung Europas und unseres Landes.

In Ländern wie Spanien hat die Einführung des Euro zu einem beträchtlichen Preisanstieg und einem Wertverlust der Löhne geführt, obwohl die damalige Regierung versicherte, dass dies nicht passieren würde. Befürchten Sie, dass dasselbe auch in Kroatien passieren wird?

Ja, in den Ländern, in denen dies geschehen ist, war das Ergebnis immer ein Kaufkraftverlust der Löhne. Der Verlust in der Gesamtwirtschaft mag geringer sein, wie in Italien, wo er 1 % betrug, aber wenn man auf die Verbraucher eingeht, ist der Prozentsatz viel höher. Wir haben eine Umfrage in Auftrag gegeben, um herauszufinden, was die Kroaten über den Beitritt zur Eurozone denken. 70 % der Befragten gaben an, dass es keine ausreichende Debatte gegeben hat, und nur 22 % waren für die Maßnahme.

Im Jahr 2018 wurden 400.000 Unterschriften für eine Petition zur Durchführung eines Referendums über die Unterzeichnung der Istanbul-Konvention eingereicht, aber die Regierung verhinderte das Referendum. Könnte etwas Ähnliches auch in diesem Fall passieren?

Die Anzahl der Unterschriften, die für ein Referendum erforderlich sind, beträgt 10 Prozent der Wähler, damals waren es etwa 380.000 Unterschriften. Die Regierung hat jedoch mehr als 40.000 Unterschriften für ungültig erklärt, weil die eingereichten Daten fehlerhaft waren, so dass die erforderliche Zahl von 10 % nicht erreicht wurde. Diesmal werden wir sehr genau darauf achten, dass sich dies nicht wiederholt. Wir werden am 24. Oktober mit der Unterschriftensammlung beginnen und haben bis zum 7. November fünfzehn Tage Zeit, um zwischen 250.000 und 300.000 Unterschriften zu sammeln. Es werden zwei intensive Wochen werden, aber ich bin überzeugt, dass wir die Unterstützung vieler Kroaten haben werden.



Am vergangenen Sonntag hat sich Ihre Partei mit anderen patriotischen Organisationen zusammengeschlossen, um eine größere Partei zu bilden. Sind die Kroatischen Souveränisten die gemeinsame Heimat von Patrioten und Konservativen?

Ja, auch wenn der offizielle Zusammenschluss wegen bürokratischer Probleme erst im nächsten Jahr vollzogen wird, aber ansonsten kommen unsere Strukturen zusammen und schaffen neue lokale Arbeitsgremien. Dieser Zusammenschluss war für Kroatien sehr notwendig, da Mitte-Rechts und Rechts immer sehr gespalten waren, was der HDZ-Regierung (Europäische Volkspartei) sehr gelegen kam. Es war nicht einfach, aber wir haben verstanden, dass es das Beste für Kroatien und für die Werte ist, für die unsere Parteien stehen.

Wofür stehen die Kroatischen Souveränisten?

Unser Volk musste einen hohen Preis für die Freiheit zahlen, und wir wollen diese Freiheit bewahren, daher ist es wichtig, unsere Souveränität zu verteidigen. Wir wollen auch eine echte Demokratie, in der das kroatische Volk vertreten ist, und der Fall des Euro ist ein gutes Beispiel dafür. Was die EU anbelangt, so sind wir für die europäische Zusammenarbeit, aber wir sind besorgt über ihre ideologische Ausrichtung und wollen sie reformieren, um sie wieder zu dem zu machen, was sie war, als sie entstand, und um ihre christlichen Werte wiederherzustellen.

Ihre Partei unterhält ausgezeichnete Beziehungen zur polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie sind gerade aus Polen zurückgekehrt, nachdem Sie sich mit verschiedenen Vertretern der Regierung und der PiS getroffen haben. Ist die polnische Regierung für Sie ein Vorbild?

Ja, die polnische Regierung hat es geschafft, die Vorteile der Europäischen Union zu nutzen, um Polen zu entwickeln und das Land zum Wohlstand zu führen. Es ist lustig, denn wenn man mit einem älteren Kroaten über Polen spricht, zum Beispiel mit meinen Eltern, denken sie, es sei ein Dritte-Welt-Land, weil das vor vierzig Jahren so war. Heute ist Polen ein erfolgreiches Land, was die Wirtschaft und alles andere angeht, und ich glaube, sie haben die kommunistische Mentalität, unter der sie nach dem Eisernen Vorhang gelitten haben, vollständig abgeschüttelt. In Kroatien ist das nicht geschehen. Wir haben immer noch Wirtschaftslehrer, die in Jugoslawien die Fünfjahrespläne gelehrt haben und die jetzt Kapitalismus lehren. Ich vergleiche diese Situation immer mit Moses und den vierzig Jahren in der Wüste. Er war nicht verloren, sondern es ging darum, die Mentalität seines Volkes zu ändern, damit eine Generation mit neuen Ideen kommen kann. Ich glaube, das kommt in Kroatien, und unser Ziel ist es, diese neue Mentalität so schnell wie möglich zu etablieren.

Kennen Sie die Arbeit von VOX in Spanien?

Ich kenne sie. Wir teilen die gleichen Werte wie VOX und sind in der gleichen europäischen Fraktion, der ECR. Unser Europaabgeordneter Ladislav Ilčić hat die große Viva21-Veranstaltung in Madrid besucht und war von der Organisation der Veranstaltung beeindruckt. Seiner Meinung nach ist sie ein Beispiel für die Stärke der konservativen und patriotischen Werte in Spanien und Europa. Wir wollen keinen Superstaat in der Europäischen Union, sondern souveräne Mitgliedsstaaten, die auf den Willen ihrer Völker hören und nicht auf die Bürokraten in Brüssel oder Straßburg.

Bürokraten, die davon besessen zu sein scheinen, Ungarn und Polen anzugreifen.

Die Polen und Ungarn versuchen, die Europäische Union zu ihrem Ursprung zurückzubringen, zu einer Zusammenarbeit zwischen souveränen Nationen, nicht zu einer Zusammenarbeit, bei der uns gesagt wird, wie wir unser Land zu regieren haben. Was die Europäische Kommission tut, ist sehr gefährlich: Sie erpresst die polnische Regierung und droht ihr mit dem Entzug von Geldern, weil ihr Verfassungsgericht entschieden hat, dass das polnische Recht über dem EU-Recht steht. Wenn die EU diesen Weg weitergeht, wird es keine souveränen Nationen mehr geben.

Was halten Sie von der neuen europäischen Gruppe, die u. a. von Viktor Orbán geleitet wird?

Ich halte sie für einen großen Schritt nach vorn, auch wenn ich glaube, dass die Bildung dieser Gruppe nicht sofort erfolgen wird, sondern viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ideologisch unterstützen wir die ungarische Regierung, aber es stimmt auch, dass wir einige Differenzen in Bezug auf die Integration von Serbien und Montenegro in die EU haben, da wir über den russischen Einfluss in beiden Ländern besorgt sind.

Ich wollte Sie noch nach dem Gedenken an die Opfer Titos fragen. In Slowenien gibt es noch viele offene Wunden und die politischen Erben der Henker wollen keine Versöhnung. Ist das in Kroatien auch so?

Natürlich ist das zu einem Problem geworden, und in jeder Diskussion wird alles auf die Spitze getrieben: Ustascha (Faschisten) gegen Partisanen (Kommunisten). In Kroatien ist es nicht so wie in Polen, und die ehemaligen Kommunisten haben immer noch einen großen Einfluss in unserer Gesellschaft, in den Fakultäten, überall. Tito war nichts anderes als ein Schlächter seines eigenen Volkes, so wie Stalin ein Schlächter der Völker der Sowjetunion war. Die Menschen im Westen haben ein romantisches Bild von Tito, weil er nicht hinter dem Eisernen Vorhang verbündet war, aber er war nicht besser als die anderen kommunistischen Diktatoren. Die Zerstörung der kroatischen Nation und der kroatischen Identität ist allgemein bekannt, aber es besteht keine Einigkeit darüber, dass er ein Verbrecher war. Jedes Mal, wenn dieses Thema diskutiert wird, ziehen die kroatischen Medien die rechtsradikale Karte. Ich glaube, dass diese Generation des Wandels notwendig ist, damit Kroatien seine westlichen und christlichen Werte zurückgewinnen kann.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Rumänien (Seiten 304 bis 307)

35) Klaus Johannis: Trianon und das Erbe eines sächsischen Präsidenten

Von Csaba T. Szabó

14. 10. 2021



Klaus Johannis · Bildquelle: Aachener Nachrichten

Bei der Verleihung des Karlspreises 2021 in Aachen reagierte Staatspräsident Klaus Johannis auf die vielbeachtete Erklärung von János Áder zur Ukraine über die Tragödie von Trianon, vermutlich mit einem Monat Verspätung. **Der rumänische Präsident ist „genervt“ und „verärgert“** über die Tatsache, **dass ungarische Politiker ständig auf Trianon pochen, und es ist an der Zeit, dies zu akzeptieren!** Er sagt dies, weil er selbst aus Siebenbürgen stammt und glaubt, dass – ich zitiere –

die Rumänen 1918 per Abstimmung beschlossen haben, dass Siebenbürgen sich mit Rumänien vereinigen soll. Mit dieser Aussage spielt Klaus Johannis zum x-ten Mal die „ungarische Karte“ aus.

Unter dem Deckmantel der **„ungarischen Bedrohung“**, die als **Risiko für die nationale Sicherheit** angesehen wird, haben Generationen von rumänischen Politikern ihre eigene politische Krise durchlebt und erleben sie immer noch – zumindest seit hundert Jahren

Klaus Johannis wurde in eine **sächsische Familie** hineingeboren. Allerdings in einer sächsischen Familie, die sich bereits in den 1970er Jahren sehr von ihren Wurzeln entfernt hatte und, man könnte sagen, **romanisiert wurde**. Dass sie aus Ceaușescus Rumänien nicht fliehen konnten oder wollten, ist eine interessante Geschichte, aber auch das haben nicht viele recherchiert, schließlich gibt es heute kaum noch Menschen, die das Leben von

Politikern wirklich erforschen. Die wenigen investigativen Journalisten und Organisationen, die noch dazu in der Lage sind, sind so beschäftigt, dass solche Kleinigkeiten wie eine **detaillierte Untersuchung der Vergangenheit von Klaus Johannis vor 1990**, bei der jeder noch so kleine Moment erforscht wird, **ein kleines Problem zu sein scheint**.

Natürlich könnte Johannis auch ungarische Freunde aus dieser Zeit gehabt haben, aber auch darüber wissen wir nicht viel. **Hermannstadt ist per Definition keine ungarische Stadt** und war es auch nie, daher ist es einigermaßen verständlich, dass der **gebürtige Sachse aus Südsiebenbürgen den Ungarn gegenüber neutrale oder sogar negative Gefühle hatte**. Dafür gibt es natürlich keine Beweise, obwohl wir wissen, dass sich Sachsen und Siebenbürger Ungarn seit 1848/49 nicht besonders gut verstanden haben: Die **Hinrichtung von Stephan Ludwig Roth, die Magyarisierung** der dualistischen, österreichisch-ungarischen Politik und die schrittweise **Aufhebung der sächsischen Autonomie** haben leider ihre Spuren in den ungarisch-sächsischen Beziehungen hinterlassen. **Ein Ausdruck davon war das Treffen in Medgyes am 8. Januar 1919, auf dem die Sachsen die Vereinigung begrüßten**.

In ihrer Erklärung heißt es:

“Die Siebenbürger Sachsen erklären unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren Beitritt zum Königreich Rumänien und heißen das rumänische Volk als Brüder und Schwestern willkommen und wünschen ihm viel Glück bei der Verwirklichung seiner nationalen Ideale”.

Es ist ja bekannt, dass die Sachsen vor der Medgyes-Erklärung alles andere als einmütig waren: Im November und Dezember 1918 gab es in der sächsischen Intelligenz **große Debatten darüber, wo man** in der zusammengebrochenen österreichisch-ungarischen Monarchie **stehen sollte**. Dies zeigte sich deutlich daran, dass sich der **Zentralrat der Sachsen** am 29. Oktober 1918 in Hermannstadt **zum ungarischen Staat bekannte**. Im November verhandelte der Sächsische Nationalrat mit der Regierung von Mihály Károlyi, doch **ein Teil der Sachsen** begann, **sich stärker an den Rumänen zu orientieren**.

Am 25. November 1918 beschloss die Vertretung der Siebenbürger Sachsen, sich weder an die Rumänen noch an die Ungarn zu binden.

Sie waren auch mit dem Vorschlag von **Friedrich Ipsen**, einem Priester aus Medgyes, unzufrieden, **der Siebenbürgen als Kanton nach dem Vorbild der Schweiz im künftigen Rumänien** sehen wollte. Ipsens Plan gehörte zu den föderalistischen Vorschlägen, die 1918 im Umlauf waren, aber leider konnte er sich nicht mit den Wilson'schen Visionen von Ethnizität und Nationalstaatlichkeit verbinden.

Der Punkt ist jedoch, dass die Sachsen 1918–19 auch nicht für die Wiedervereinigung gestimmt haben: Johannis' Aussage ist daher falsch.

Es waren die sächsischen Anführer, die willkürlich entschieden, und **es gab nie eine Abstimmung oder ein Referendum** unter den Tausenden oder Hunderttausenden Sachsen **zu diesem Thema. Ebenso wenig gab es ein Referendum oder eine Abstimmung unter den Ungarn und Rumänen**, obwohl in deren Generalversammlung in Gyulafehérvár mit fast 100.000 Delegierten ein bedeutender Teil der siebenbürgischen Roma-Bevölkerung vertreten war.

Zwischen **1919 und 1923**, während der Pariser Friedensverträge und -verhandlungen, hielten nur sehr wenige Gemeinden und **kleine Regionen Volksabstimmungen über die**

Legitimität der von den Großmächten willkürlich gezogenen neuen Grenzen ab. Ein Beispiel dafür war die **Abstimmung in Sopron und Umgebung vom 14. bis 16. Dezember 1921**, bei der neun Ortschaften darüber abstimmten, ob sie zu Österreich oder zu Ungarn gehören wollten. Sechs der neun Gemeinden stimmten für Österreich, aber da **Sopron für Ungarn stimmte, blieben alle neun Gemeinden Teil von Ungarn.**

So etwas war in Partium undenkbar, wo **Dutzende von Städten** und deren unmittelbare Umgebung 1919–20 noch **weitgehend ungarisch waren (mindestens 50–60 Prozent, in einigen Fällen 90 Prozent).**

Für eine Generation, die eines Morgens in einem anderen Land ohne Wahlrecht, ohne Referendum aufgewacht ist, war es also keine angenehme Zeit.

Der Krieg war verloren, junge Menschen aus der Familie kamen in den Kämpfen ums Leben, und diejenigen, die überlebten, **wachten nach weniger als anderthalb Jahren in einem anderen Land auf.** Für viele Menschen war dies natürlich nur in der Verwaltung spürbar, aber **Hunderttausende von Ungarn – vor allem die städtischen, intellektuellen und administrativen Schichten – waren direkt und spürbar betroffen.** Klaus Johannis weiß kaum etwas darüber. Warum sollte er auch: selbst seine Eltern haben das Trauma von Trianon nicht erlebt, und **für ihn ist es nur Geschichtsschreibung**, die man auf die eine oder andere Weise erbt: die einen lernen es als Tragödie, die anderen als Geschichte der Geschichte. Johannis, der in den 1970er Jahren **Geschichte in der Ceaușescu-Ära studierte, konnte nur die Propagandageschichte von Trianon kennen.**

Seine Aussage ist jedoch nicht nur wegen ihrer historischen Unzulänglichkeiten und ihres falschen, metahistorischen Charakters problematisch.

Klaus Johannis erhielt in Aachen eine Auszeichnung, die im Geiste des Europäismus, der harmonischen Beziehungen zwischen West und Ost und des Friedens in Europa geboren wurde.

Johannis tritt in die Fußstapfen großer Vorgänger wie **Konrad Adenauer, Winston Churchill, Vaclav Havel und George Konrad** (der gleiche Preis wurde auch dem wegen Kriegsverbrechen angeklagten Henry Kissinger oder dem für seine Korruptionsskandale bekannten Jean-Claude Juncker verliehen).) Die jahrelangen Sticheleien und **die Arroganz von IJohannis gegenüber der ungarischen Gemeinschaft haben nun sozusagen ihren "Höhepunkt" erreicht:** Er hat vor ganz Europa gezeigt, dass er in Wirklichkeit von Europa ganz weit weg ist.

Diejenigen, die mit dem politischen Diskurs in Rumänien vertraut sind, wissen jedoch, dass Johannis nichts anderes getan hat, als was so viele in der heutigen Politik tun: **Er hat den Mythos des Sündenbocks und des gemeinsamen Feindes benutzt.** Wenn das Haus brennt – und in Rumänien brennt alles, vom Krankenhaus bis zum Parlament, von der Gesellschaft bis zur Politik -, **versucht der Präsident**, der sich an den letzten Fetzen seiner Popularität klammert, die Karte des ewigen Erfolgs, die wir die **"ungarische Karte"** nennen. Sie wurde von **Brătianu, Ceaușescu, Iliescu, Vadim, Băsescu und vielen anderen ungarischen und rumänischen Politikern verwendet**, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit oder Partei. So geht das schon seit hundert Jahren:

Die Ungarn sind gut dafür, als nationales Sicherheitsrisiko benutzt zu werden, um einen ansonsten fluid-strukturierten rumänischen Staat, der auseinanderfällt, zu einen.

Seite 307 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Denn wenn die Angliederung von 1,5 Millionen Ungarn an Rumänien keinen anderen Nutzen hatte, so ist doch so viel sicher: Sie gibt einem Land Stabilität, das auf der Suche nach sich selbst ist, das zerbrechlich ist und das aufgrund fehlender Strukturen kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Der Autor, Dr. Csaba T. Szabó, ist Theologe und Postdoc-Forschungsstipendiat.

Quelle: [Szabadság.ro](http://Szabadsag.ro)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER